KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 152 November/Dezember 2010 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 152 November/Dezember 2010 berichten wir über:



18.10. Amed: Prozessbeginn gegen die 151 kurdischen PolitikerInnen. Jeden Tag protestieren die Bevölkerung und die Delegationen vor dem Gericht. Foto: DIHA



Jeden Samstag gehen die Samstagsmütter – die Angehörigen der „Verschwundenen“ – wie hier in Istanbul auf die Straße und fordern Aufklärung. Foto: DIHA



Kundgebung in Kopenhagen gegen die drohende Schließung von Roj TV – „Warum soll Roj TV für Anders Fogh's NATO-Posten bezahlen?“ Foto: ÖP

Liebe Leserinnen und Leser,

als wir an der letzten Ausgabe des Kurdistan Report 2009 vor einem Jahr saßen, machten sich gerade zwei Friedensgruppen auf den Weg in die Türkei – eine Gruppe der Friedensbrigade kam von der Guerilla aus den Kandilbergen, die zweite aus dem Flüchtlingscamp Maxmur aus Südkurdistan.

Millionen haben ihren Weg verfolgt, entweder direkt vor Ort oder über das Fernsehen oder andere Medien. Große Hoffnungen wurden geweckt auf der Karawane des Friedens.

Der türkische Staat und die Regierung konnten die vielen Hände, die ihnen zum Frieden gereicht worden waren, nicht verkraften. Einige der Friedenstauben wurden eingesperrt, andere haben die Türkei wieder verlassen und sind nach Maxmur gegangen mit der Botschaft, auch an die anderen BewohnerInnen des Camps, dass an eine Rückkehr in den Norden noch nicht zu denken, die Türkei für einen gerechten Frieden noch nicht bereit sei. Das hat das Jahr 2010 gezeigt mit seinen vielfältigen Lösungsansätzen von Seiten der kurdischen Friedensinitiativen.

Noch immer zimmern sie an einer militärisch-repressiven Lösung der kurdischen Frage, mit Festnahmen und Verhaftungen kurdischer PolitikerInnen, mit Anschlägen gegen die Zivilbevölkerung und militärischen Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte HPG. Soeben wurde dem Militär von den politisch Verantwortlichen der Türkei für ein weiteres Jahr das Mandat für grenzüberschreitende Operationen gegeben. Mit der Null-Probleme-Politik mit ihren Nachbarstaaten versucht die Türkei – besonderes Augenmerk richten sie dabei auf die Kurdische Regionalregierung im Nordirak –, eine Entente des Mittleren Ostens gegen die Freiheitsbestrebungen der KurdInnen zu entwickeln.

Mit dieser Politik findet die Türkei ihre Unterstützung bei den NATO-Staaten, die in den jeweiligen Ländern gegen KurdInnen und ihre Institutionen vorgehen. Der Angriff gegen Roj TV ist dabei besonders zu beachten, ist es doch ein Medium, das in den verschiedenen Sprachen und Dialekten der Region nicht nur über die aktuellen Probleme berichtet, sondern die Menschen, die über den gesamten Globus verteilt worden sind, wieder zusammenzubringen versucht. Roj TV ist dabei nicht nur ein wichtiges Medium, um den Krieg in Kurdistan an die Öffentlichkeit zu bringen, es ist auch ein nützliches Bindeglied, die Bevölkerung an der Diskussion um Lösungen für die vielen aktuellen Probleme und um Zukunftsaussichten zu beteiligen. So ist dieser Sender nicht nur der Türkei ein Dorn im Auge, den sie schon seit Jahren versucht zu entfernen. Bei dem Versuch, Roj TV zu zerschlagen, zeigen besonders Belgien, Deutschland und auch Dänemark, was sie von einer demokratischen Lösung im Sinne der kurdischen Bevölkerung halten.

Zeitlich passend zu den beginnenden langen Winterabenden ist die deutsche Ausgabe von Abdullah Öcalans „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ erschienen. Die Buchbesprechung in dieser Ausgabe wird sicherlich Interesse wecken für dieses ausführliche Werk, in dem Ansätze für Antworten nicht nur auf die kurdische Frage, sondern grundsätzlich auf bestehende Probleme, die auf der Tagesordnung der Menschheit stehen, gegeben werden. Damit bietet Abdullah Öcalan genügend Zündstoff für tiefgreifende, hoffentlich lösungsorientierte Diskussionen.

In diesem Sinne
Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Taktik der AKP-Regierung, Probleme totzureden

Songül Karabulut

Die politischen Entwicklungen in der Türkei/Kurdistan der letzten zwei Monate waren davon bestimmt, wie sich die Phase um die Aktionslosigkeit der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK entwickeln wird. Die sind davon abhängig, welche Schritte der türkische Staat bzw. die AKP-Regierung unternehmen wird. Die positive Atmosphäre, die sich Mitte September zu entwickeln begann, war nicht langlebig. Schon nach einem Monat begann die politische Wetterlage umzuschwenken. Zum Verständnis ist an dieser Stelle ein kurzer Rückblick geeignet:

Vor dem Referendum um die Verfassungsänderung nahm der türkische Staat Gespräche mit dem inhaftierten kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf. Im Rahmen dieser Gespräche erklärte die KCK auf Empfehlung von Öcalan am 13. August eine bis zum 20. September 2010 befristete Aktionslosigkeit. In dieser Atmosphäre fand das Verfassungsreferendum in der Türkei statt. Die Absicht der AKP, mittels Dialog mit Öcalan das Verhalten der Kurden zum Referendum zu Gunsten der AKP zu lenken, blieb erfolglos. Die Kurden hielten an ihrer Boykotthaltung fest und zeigten erneut, dass es in der Türkei eine nicht zu ignorierende politische Kraft gibt, die im Stande ist, politische Initiative zu ergreifen und weiterzuentwickeln. Diese Gespräche, die von der AKP als Taktik lanciert wurden, nahmen nach dem Referendum an Qualität zu. Auch wenn die Gespräche mit Öcalan den Charakter von Verhandlungen nicht erreichten, so war aus den Verlautbarungen zu entnehmen, dass über Wege diskutiert werde, wie die kurdische Frage gelöst werden könnte. Parallel dazu fand ein Gespräch zwischen Regierungsvertretern und der Partei für Frieden und Demokratie BDP statt. Hoffnungen wurden erweckt und der Eindruck entstand, dass die Regierung mittels Dialog nach Lösungswegen suchen würde. Bei diesen Gesprächen brachten kurdische Vertreter ihre Forderungen zur Sprache, die für den weiteren Verlauf der Phase von Bedeutung sein sollen: Die militärischen und politischen Operationen sollten eingestellt, die 1 700 festgenommenen kurdischen Politiker entlassen, die Wahlhürde auf 5 % herabgesetzt und die kurdische Sprache offiziell anerkannt werden. Eine weitere Forderung war die Aufnahme der Verhandlungen mit Öcalan und die Verbesserung seiner Lebensbedingungen, damit er aktiv am Lösungsprozess teilnehmen kann.

KCK: Phase der Aktionslosigkeit verlängert

Von der KCK wurde am 20. September die Aktionslosigkeit vorerst um eine Woche, dann schließlich am 31. September um einen Monat verlängert. In der Erklärung wurde darauf verwiesen, dass, wenn vertrauensbildende Schritte seitens des türkischen Staates unternommen werden sollten, die kurdische Bewegung beabsichtigt, den aktuellen 8. Waffenstillstand in einen dauerhaften Waffenstillstand münden zu lassen.

In dieser Zeit verging kein Tag, an dem in türkischen Fernsehkanälen keine Programme über die kurdische Frage ausgestrahlt wurden. Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, sogenannte Experten, alle wurden in diese Diskussionen einbezogen. Es wurde viel gesprochen, politische Botschaften wurden über die Medien ausgetauscht, Stellvertreterkonflikte auf dem Bildschirm ausgetragen. Diese Diskussionen schienen anfänglich harmlos, ja sogar hilfreich für die Lösung des Problems, aber bei genauerem Hinschauen wurde klar, dass ein Thema, wenn es lang und breit ständig auf die Tagesordnung gehoben wird, totgeredet werden kann.

Die AKP-Regierung unterscheidet sich von vorherigen Regierungen darin, dass sie kein politisch brisantes Thema unberührt lässt. Debatten über diese Themen werden eröffnet, ohne dass jedoch konkrete Schritte erfolgen. In der Öffentlichkeit werden mit diesen Debatten positive Erwartungen geweckt, währenddessen die AKP-Regierung Schritt für Schritt im Schatten dieser Diskussionen ihre Macht mit konkreten Schritten ausbaut. Auch während der Phase der Aktionslosigkeit war diese Taktik am Zug.

Militärische Operationen und Repression halten weiter an

Widmen wir uns nun den Gründen, die zur Veränderung der positiven Atmosphäre geführt haben.

Die Militäroperationen der türkischen Armee hielten mit Verlusten auf beiden Seiten an. Allein in dem Zeitraum vom 30. September bis zum 15. Oktober nahm das türkische Militär fünfzehn Mal die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan mit schwerer Artillerie unter Beschuss und führte drei Luftangriffe auf das Gebiet durch. In Nordkurdistan führte sie 22 Militäroperationen durch. Das Parlament verlängerte das Mandat für grenzüberschreitende Operationen um ein weiteres Jahr und signalisierte auf diese Weise erneut, dass die mili-

tärische Lösung weiterhin Bestandteil der türkischen Kurdenpolitik ist.

Die politischen Operationen gegen kurdische Politiker hielten entgegen aller Erwartung an. Besondere Aufmerksamkeit wird auf den 18. Oktober 2010 gerichtet – am 18. Oktober beginnen nach über 18 Monaten Untersuchungshaft die Verhandlungen gegen 151 kurdische Politiker, die im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen verhaftet worden sind. Nicht nur in Kurdistan und in der Türkei, sondern auch in Europa ist das Augenmerk auf den 18. Oktober gerichtet. Über 100 ausländische Prozessbeobachter werden an dem Verhandlungstag in Amed (Diyarbakır) erwartet, darunter auch viele diplomatische Vertreter der EU-Länder. Die BDP wird vor dem Gericht für den Zeitraum der Verhandlungen eine Mahnwache abhalten. Es wird erwartet, dass an der Mahnwache Tausende Menschen teilnehmen werden. Auch wenn es zu Freilassungen kommen sollte, welche Bedeutung hätte dies, wenn gleichzeitig die Anzahl der Gefangenen mit neuen Festnahmen aufgestockt wird. Beachtet werden muss zudem, dass die inhaftierten Mitglieder der Friedensgruppe bei der letzten Verhandlung nicht freigesprochen worden sind und sich weiter in Haft befinden.

Die Anwaltsgespräche mit Öcalan wurden zwei Wochen lang verhindert. Während eines Gespräches am 16. September 2010 zwischen einer Delegation des türkischen Staates und Öcalan wurde der Eindruck erweckt, dass eine Übereinkunft getroffen worden sei, über wechselseitige Schritte bis zu den Parlamentswahlen im Juli 2011. Daraufhin hatte die KCK die Waffenruhe bis Ende Oktober mit der Zielsetzung verlängert, aus der noch einseitigen Waffenruhe einen dauerhaften beidseitigen Waffenstillstand zu entwickeln. Bei den Anwaltskonsultationen am 13. Oktober 2010 sprach Öcalan von dem „Grünen Komplott" der AKP-Regierung und erklärte, er werde sich Ende Oktober zurückziehen, wenn bis dahin nicht mit einer Lösungsabsicht an ihn herangetreten worden sei.

NATO-Staaten suchen ihre „Lösung"

Eine weitere beunruhigende Entwicklung betrifft den diplomatischen Verkehr, der Schwindel erregend ist. Mit unterschiedlichen Institutionen wurde und wird gesprochen und verhandelt. Militär (NATO-Generalsekretär Rasmussen sowie US-Generäle), Geheimdienste, Staats- und Regierungsvertreter (USA, Südkurdistan, Irak, Iran, Syrien, Pakistan, Deutschland) sind in diesem Rahmen Gesprächspartner. Bei diesen diplomatischen Gesprächen ist der gemeinsame Kampf gegen die PKK für die Türkei das Topthema. Es wird fleißig verhandelt und gegenseitige Zugeständnisse werden gemacht. Dem Beobachter entgeht nicht, dass dieser diplomatische Verkehr im Rahmen eines Konzeptes verläuft. Wenn auch keine Einzelheiten über den Inhalt veröffentlicht werden, so kann mensch sich einiges zusammenreimen. Es scheint, dass die NATO ihr geplantes Raketenabwehrsystem in der Türkei stationieren wird. Die Realisierung dieser Forderung der NATO wird an Zugeständnisse an die Türkei gebunden sein, die wiederum ein gemeinsames Vorgehen gegen das kurdische Volk bedeuten. Ein am 2. Oktober unter der Überschrift „Die PKK vor einem langfristigen Waffenstillstand und im Vorhof einer nachhaltigen Gesprächsaufnahme mit der Regierung der Türkei" veröffentlichter Bericht des ASPEN INSTITUTE FOREIGN POLICY, Colorado/USA, kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Darin heißt es u. a.: *(…) Hassan Fidan (Geheimdienstchef der Türkei) habe einen umfassenden Plan, eine aktive Vorgehensweise, in den USA geradezu diktiert bekommen, einen „multidimensional Plan", der als „Aktionsplan sowohl Elemente der Sicherheitspolitik wie auch diplomatische Aspekte enthalte". (…) Nach Ansicht Washingtons müsse die Türkei weg von Taktiken und bloßen Einzelmaßnahmen und sich hinbewegen zu einer plausiblen Strategie. Schließlich sei das Referendum vom 12. September zwar ein Erfolg für Erdoğan in der Türkei gewesen, nicht aber in Kurdistan. (…) Die USA hätten sich beim Gespräch mit Fidan auch verpflichtet, erneut an die europäischen Regierungen und besonders die deutsche BR heranzutreten, um vor allem Maßnahmen gegen den Geldzufluss der PKK zu unternehmen. (…) Zur Sorge in Washington habe auch beigetragen, dass die PKK im Zuge des Rückzugs der US-Truppen aus dem Irak sich in den kurdischen Gebieten des Landes unverzüglich mit neuen Basen und Stellungen ausgedehnt habe. (,,,) Daher dürfe auch der militärische Druck, die Drohgeste gegenüber der PKK, nicht nachlassen, weshalb sich die Regierung Erdoğan um ein Mandat zu signifikanten cross-border Operationen bemühen solle. Zur Demonstration, aber auch zur eventuellen Realisierung. (…)* *

Dieser Plan scheint Früchte zu tragen: Die Bemühungen der AKP-Regierung, Dänemark dazu zu bewegen, gegen den kurdischen Fernsehesender ROJ TV vorzugehen, ist auch der deutschen Öffentlichkeit nicht entgangen. Obwohl Dänemark dem Druck der Türkei bislang standhielt, wurde am 31. August 2010 mit dem Vorwurf, „parteiisch zu sein und den Terror zu fördern", mit Bewilligung des dänischen Justizministers ein Verfahren gegen ROJ TV eröffnet. Die Konten des Senders wurden blockiert, obwohl noch kein Gerichtsurteil vorliegt. Es sollte nicht verwundern, wenn in naher Zukunft im Rahmen dieser Zugeständnisse auch in Europa eine breitangelegte Angriffswelle gegen Kurdinnen und Kurden durchgeführt werden sollte. Anhaltspunkte für diese Annahme gibt es genug.

Kurdische Seite hält an friedlichem Lösungsweg fest

Was waren die Entwicklungen auf der kurdischen Seite in dieser Phase:

Die Teilnahme am Boykott bei dem Verfassungsreferendum war für die Kurden ein Erfolg. Dieser Erfolg führte dazu, dass die kurdische Frage erneut auf die politische Agenda gekommen ist. Die KCK hat ihre Aktionslosigkeit am 31. September in einen einseitigen Waffenstillstand gewandelt und ihn um einen Monat verlängert. Die kurdischen Guerillaeinheiten

* http://www.mesop.de/2010/10/03/die-pkk-vor-einem-langfristigen-waffenstillstand-und-im-vorhof-einer-nachhaltigen-gesprachsaufnahme-mit-der-regierung-der-turkei/#more-4547

haben sich an die Aktionslosigkeit gehalten. Von ihnen ging kein Angriff aus, sie haben sich lediglich verteidigt, wenn türkische Militärs angegriffen haben. In der Erklärung der KCK vom 31. September heißt es, dass wenn vertrauensbildende Schritte unternommen werden, die kurdische Bewegung darauf abzielt, den 8. Waffenstillstand in eine dauerhafte Waffenruhe münden zu lassen.

Das kurdische Volk hat in dieser Zeit sein Lösungsprojekt konkretisiert. Vor diesem Hintergrund wird die Demokratische Autonomie Kurdistan innerhalb der Demokratischen Republik angestrebt. Auch die Forderung nach muttersprachlicher Bildung wurde mit einer Kampagne behandelt. Mit einem einwöchigen Schulboykott wurde dieser Forderung Ausdruck verliehen. Ebenso ist die Arbeit für eine neue demokratische Verfassung aufgenommen worden. Die kurdischen Frauen haben mit einer Kampagne, die im März 2010 gestartet wurde, der „Vergewaltigungskultur“ den Kampf angesagt. Mit dieser Kampagne soll jede Art von Herrschaftskultur, die gegen den Willen des Anderen aufgezwungen wird, entlarvt werden.

Sicherlich ist auch die Assimilations- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk nichts anderes als die Vergewaltigung eines Volkes. Denn auch hier zwingt sich eine Übermacht mit militärischer, politischer und psychologischer Gewalt auf, ohne den Willen eines Volkes zu akzeptieren. Diese Vergewaltigungskultur wird in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern, Kulturen, Anschauungen, Nationalitäten, Sprachen, Generationen etc. thematisiert.

Die Kurden bewegen sich in dieser aktuellen Phase sehr sensibel. Sie haben erneut gezeigt, wie sehr sie eine friedlich-politische Lösung der kurdischen Frage sowie die Demokratisierung der Türkei anstreben. Für sie ist die Lösung der kurdischen Frage sowie das friedliche Zusammenleben der Völker von strategischer Bedeutung. Aus diesem Grunde versuchen sie jede Möglichkeit zu ergreifen, um Erfolge in dieser Richtung zu erzielen.



Am 9. Oktober protestierten in vielen Ländern und Städten Kurden und Kurdinnen gegen das internationale Komplott, in dessen Verlauf Abdullah Öcalan völkerrechtswidrig aus Kenia in die Türkei verschleppt wurde. Seit seiner Festnahme am 15. Februar 1999 unterliegt er auf der Gefängnisinsel Imralı strengster Isolation. Foto: DIHA

All diese Entwicklungen benötigen eine neue Lagebewertung. Die Frage, ob gegen das kurdische Volk ein neues internationales Angriffskonzept entwickelt wird, ist vor diesem Hintergrund legitim und sogar notwendig. Denn alle Anzeichen deuten darauf hin. Während zur Lösung der kurdischen Frage außer „Reden“ keinerlei konkrete Schritte unternommen wurden, gewinnt die Liste zur Bekämpfung der kurdischen Bewegung an Umfang.

Am 31. Oktober läuft die Frist des einseitigen Waffenstillstands aus. Es liegt nicht nur an der kurdischen Seite, ob er an Leben gewinnt. Wenn sich an der bisherigen Politik der Türkei nichts ändert, die militärischen und politischen Operationen nicht eingestellt, am 18. Oktober die Verhafteten kurdischen Politiker nicht freigesprochen, die Gespräche mit Öcalan unterbrochen und die Menschen weiterhin belogen werden, dann kann und darf die kurdische Seite für das Scheitern der Phase nicht verantwortlich gemacht werden.

Die Vergewaltigungskultur ist in der herkömmlichen Staatspolitik weltweit Hauptbestandteil. Die Menschen werden manipuliert und für dumm verkauft. Tagtäglich wird die Intelligenz der Menschen vergewaltigt. Vor diesem Hintergrund richtet sich der Appell an alle, den Kampf gegen die Vergewaltigungskultur in allen Bereichen unseres Lebens auszuweiten. ♦

Nutzt die AKP den 8. Waffenstillstand für eine Lösung?

Wird ein Friedensprozess in Gang gesetzt werden können?

Baki Gül, Soziologe und Journalist

Der 1. Juni 2010, der 13. August 2010 und der 30. September 2010 sind für die Geschichte Kurdistans wichtige Tage. Am 1. Juni verkündete die Guerilla eine neue Kampfphase gegen das türkische Militär. Das führte zu einer Zunahme der Gefechte. Parallel dazu erklärten die Kurden ihre Entschlossenheit zum Aufbau der Strukturen ihrer demokratischen Autonomie entweder mittels Dialog und Lösung oder mittels Widerstand. Krieg und Gefechte blieben diesmal im Vergleich zu vorherigen Phasen nicht nur auf die Berge Kurdistans begrenzt, sondern dehnten sich auch auf die Berge und Städte im Westen der Türkei, Istanbul und die Schwarzmeer- und Mittelmeerregionen aus. Diese Entwicklung beunruhigte sowohl den türkischen Staat als auch die Zivilgesellschaft sehr. Denn der am 15. August 1984 begonnene Guerillakrieg weitete sich zunehmend aus. Auch die Intensität der Gewalt bei den militärischen Auseinandersetzungen nahm zu.

Kontakt mit Öcalan

Um die Kämpfe zu beenden, nahmen der türkische Staat und die AKP-Regierung über unterschiedliche Vermittler Kontakt zu PKK-Gründer und -Führung Abdullah Öcalan auf. Unterschiedliche Kreise, zivilgesellschaftliche Gruppen, Intellektuelle sowie politische Parteien appellierten in erster Linie aus Amed (Diyarbakır) und der Region an die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK für einen Waffenstillstand. Daraufhin erklärte am 13. August 2010 die KCK eine vorerst einmonatige Phase der Aktionslosigkeit – also bis zum 20. September. Diese Entscheidung wurde allseits positiv aufgenommen. In dieser Zeit setzte die türkische Armee aber ihre Militäroperationen, Artilleriebeschuss und Flugzeugangriffe gegen die Guerilla fort. Dutzende Guerillas und Armeeangehörige verloren dabei ihr Leben. Schließlich verlängerte die KCK die Phase der Aktionslosigkeit am 20. September erst um eine Woche und schließlich am 30. September um einen weiteren Monat. Das Interesse an der Pressekonferenz des KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayılan, auf der die Phase der Aktionslosigkeit bekannt gegeben wurde, war groß, weil jeder Akteur, der in Kurdistan um die Macht kämpft, seine eigenen Berechnungen anstellt.

In seinen Ausführungen unterstrich Karayılan, dass der aktuelle Waffenstillstand der bislang achte seiner Bewegung sei. Jedem dieser Waffenstillstände seien Botschaften und Gespräche mit der anderen Konfliktpartei vorausgegangen. Während der aktuellen Waffenruhe wurde öffentlich, dass, wenn auch mit Unterbrechungen, systematisch Gespräche mit dem Volksvertreter Abdullah Öcalan auf Imralı geführt werden. Nur die AKP und der Ministerpräsident versuchten sich vorerst in Verlautbarungen von dieser Entwicklung zu distanzieren. Karayılan hatte diese Gespräche während der Ankündigung der Waffenruhe am 13. August 2010 öffentlich gemacht. Auch wenn anfangs unterschiedliche Kreise Vorbehalte zeigten, so normalisierte sich die Lage aber später. Ankara, Amed (Diyarbakır), Erbil, Bagdad, Washington und andere Zentren verfolgten diese Phase sehr intensiv. Die wirksamen Aktionen der Guerilla nach der Ankündigung der „vierten Phase“ am 1. Juni 2010, die Volksaufstände und der Boykotterfolg beim Verfassungsreferendum schafften eine neue Situation. Demnach sollten die Verhandlungen offen geführt werden und die Konfliktparteien ihre Schritte für eine politische Lösung darlegen.

Öcalan unterbreitete der Öffentlichkeit seine Annäherungsweise und seine Anschauungen über die Schaffung einer Lösung und des Friedens. Sein Einfluss auf die Kurden und die KCK ist unbestritten. Derzeit wurde verschiedentlich sein Einfluss auf die Öffentlichkeit und die Politik der Türkei zur Sprache gebracht.

Waffenruhe bis zu den Wahlen 2011?

Vor und nach der Verlängerung der Phase der Aktionslosigkeit erklärten viele Kreise, sie könne und solle sich in einen dauerhaften Waffenstillstand verwandeln. Der türkische Staat und die AKP lancierten Entsprechendes indirekt über die Medien. Während die AKP hofft, dass diese Aktionslosigkeit mindestens bis zu den Wahlen 2011 anhält, ließ sie das parlamentarische Mandat für grenzüberschreitende Militäroperationen um ein weiteres Jahr verlängern. In geheimen Parlamentssitzungen stellt sie ihren Vernichtungsplan gegen die Kurden und gegen die PKK vor. Die Bemühungen der AKP, die regionalen Kräfte Iran, Irak und Syrien dafür zu gewinnen, ließen die KCK sich noch stärker auf die Phase konzentrieren. Die Absicht der AKP, ihren Vernichtungsplan gegen die Kurden, den sie letztes Jahr unter dem Namen „Öffnung“ ins Spiel gebracht hatte, mit unterschiedlichen Methoden erneut einzuleiten, führte bei der kurdischen Seite dazu, ihre Entscheidung über den Status der Waffenruhe bedachtsamer zu treffen. Folglich ist die Phase der

Aktionslosigkeit entgegen allen Erwartungen nur um einen Monat verlängert worden.

KCK-Repräsentanten bekundeten ihre Absicht, die kurdische Frage im politischen Rahmen mit einem dauerhaften Waffenstillstand lösen zu wollen. Da aber AKP und Staat hinter verschlossenen Türen Pläne schmiedeten und anders kalkulierten, würden sie die Entwicklungen während dieses Monats beobachten und dann ihre Entscheidung treffen.

Niederlegung der Waffen nicht auf der Tagesordnung

Karayılan verwies darauf, dass in dieser Phase alle ihre eigenen Berechnungen anstellen und die Kurden ihre Lösung im Rahmen der Demokratischen Autonomie entwickeln würden: „Niemand hat das Recht, mit den Kurden und mit der PKK zu spielen", so Karayılan. Für die kurdische Befreiungsbewegung stünden gegenwärtig die Niederlegung der Waffen und der Rückzug der Guerilla hinter die türkischen Staatsgrenzen nicht auf der Tagesordnung. In der Vergangenheit sei diese Methode angewandt worden, ohne eine Lösung herbeiführen zu können. Außerdem sei die Neigung der AKP-Regierung, Südkurdistan besetzen zu wollen, unverändert.

Die jüngsten Entwicklungen sowie die Diskussionen über die Errichtung einer Pufferzone an der türkisch-irakischen Grenze deuten darauf hin, dass diese Phase eine ganz andere Richtung nehmen könnte. KCK-Vertreter, die auf diesen Doppelcharakter hinweisen, bezeichnen die Antworten auf die folgenden Fragen von zentraler Bedeutung für die Lösung der kurdischen Frage: Werden der kulturelle Genozid und die Assimilationspolitik gegenüber den Kurden eingestellt und ihr politischer Wille anerkannt werden oder wird der türkische Staat seine Vernichtungspolitik mit heimlichen Spielchen weiterhin fortsetzen?

Als KCK-Exekutivratsvorsitzender Murat Karayılan am 30. September die Verlängerung der Waffenruhe um einen weiteren Monat bekannt gab, fragten alle: warum nur ein Monat und nicht ein Jahr? Karayılan erläuterte, sie seien eigentlich für einen dauerhaften Waffenstillstand, aber die geheimen und offenen Gespräche der AKP-Regierung und des türkischen Staates stellten keine positiven Zeichen dar. Wenn wir uns die jüngsten Entwicklungen ansehen, erkennen wir, dass die Phase der Aktionslosigkeit ungenutzt bleibt. Unterschiedlichste Kreise wie zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien, Persönlichkeiten sowie innerstaatliche Kräfte, die für eine Verlängerung der Aktionslosigkeit appelliert hatten, zeigen keinerlei ernsthafte Bemühungen, um diese Phase in einen dauerhaften Waffenstillstand münden zu lassen. Zivile Kräfte sind passiv und ahnungslos. Der Staat und die AKP hingegen wollen hinterlistig die Aktionslosigkeit für die Umsetzung ihres neuen Vernichtungsplans missbrauchen. Der Kolumnist Selahattin Erdem zählte in der Tageszeitung Yeni Özgür Politika die diese Phase gefährdenden und die Kurden beunruhigenden Entwicklungen folgendermaßen auf: „Die Konsultationen mit Öcalan werden verhindert. Es wird versucht, Roj TV zu schließen. Die von den Kurden als ‚politischer Genozid' bezeichneten Operationen halten an. Einen Tag nach der Verlängerung der Aktionslosigkeit um einen Monat wurden bei Operationen in Riha (Urfa) Dutzende kurdische Politiker, darunter auch der Provinzvorsitzende der BDP, verhaftet. Diese Art von Operationen wird überall in Kurdistan fortgesetzt. Vertreter der AKP-Regierung führten ein Gespräch mit den Co-Vorsitzenden der BDP. Eines der Hauptthemen, die sowohl bei den Gesprächen mit dem kurdischen Volksvertreter Öcalan als auch mit der BDP behandelt wurden, ist die Freilassung der gefangenen kurdischen Politiker."

Kurden sollen gegeneinander aufgehetzt werden

Es hat sich herausgestellt, dass Beşir Atalay, koordinierender Minister der Verleugnungspolitik gegenüber den Kurden, während seines diplomatischen Verkehrs im Ausland (Erbil, Washington, Bagdad, Damaskus, Teheran, Berlin, Kopenhagen) und im Inland (in Provinzen wie Hakkari, Şırnak und Mardin) für den Vernichtungsplan wirbt. Die AKP versucht, ihre eigenen Kurden zu organisieren.

Die Delegationen von Atalay und türkischem Geheimdienst MIT versuchen in Erbil, Kurden aus dem Süden und aus dem Norden gegeneinander aufzuhetzen, während sie sich in den Gesprächen in Damaskus, Teheran und Bagdad darum bemühen, aus der anti-kurdischen Haltung ein dauerhaftes Bündnis zu formen. Mit EU-Staaten wie Deutschland, Dänemark und Großbritannien versuchen sie auf der Grundlage der Opposition gegen Kurden, die Interessensolidarität zu organisieren. Von Washington wollen sie grünes Licht für die Besetzung Südkurdistans. Im Inland hingegen trachtet die AKP danach, die PKK vor allem in Provinzen wie Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van), wo die PKK stark ist, zu verdrängen und im politischen Bereich die BDP zu vernichten. Trotz dieser Praxis versucht die AKP, den Anschein zu wahren, sie wolle eine Lösung. Die Entwicklungen zeigen aber, dass sie und der türkische Staat sich nicht auf eine Lösung der kurdischen Frage konzentrieren, sondern vielmehr darauf, wie sie die Kurden abwürgen können.

AKP sollte aus der Vergangenheit lernen

Es ist der achte Waffenstillstand der kurdischen Seite, um den inzwischen vierzig Jahre anhaltenden letzten kurdischen Aufstand zu beenden und die kurdische Frage mit friedlichen politischen Mitteln zu lösen. Wenn wir uns die vorangegangenen Waffenstillstände ins Gedächtnis rufen, fallen uns die Namen der türkischen Politiker Turgut Özal, Süleyman Demirel, Necmettin Erbakan, Bülent Ecevit sowie Tansu Çiller und Mesut Yılmaz ein. War es nicht so, dass die von diesen vertretenen politischen Parteien von der politischen Landkarte verschwunden sind, weil sie die kurdische Frage und die Waffenstillstände falsch eingeschätzt oder weil sie die notwendige Initiative nicht rechtzeitig ergriffen haben? Es wäre ratsam für die AKP und den türkischen Staat, seine jüngste Geschichte nicht aus den Augen zu verlieren und aus diesen lehrreichen Erfahrungen zu lernen. ♦

Ernsthafte Zweifel an der Aufrichtigkeit der Gegenseite

KCK verlängert Waffenpause um einen Monat

Presseerklärung des KCK-Exekutivrats vom 30.09.2010

Sehr verehrte Pressevertreterinnen,
verehrte Pressevertreter,

es ist eine bekannte Tatsache, dass die kurdische Frage eines der Hauptprobleme des Mittleren Ostens darstellt, welches auf eine Lösung drängt. Die in dieser Frage seit hundert Jahren ausbleibende Lösung und die anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen haben den Völkern in der Region, allen voran unserem Volk, sehr große Verluste und Leiden zugefügt. Daher ist es unabdingbar, hieraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen und eine tief greifende Lösung anzustreben. Wir sind der Meinung, dass wir einer Lösung und einem dauerhaften Frieden heute näher sind als je zuvor. Denn die historischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen drängen uns die Lösung des Problems auf.

Unsere Bewegung hat von Beginn an bedeutende Bestrebungen zur Lösung des Problems gezeigt. Vor allem auch die großen Anstrengungen unseres Vorsitzenden seit nunmehr 18 Jahren für eine friedliche und demokratische Lösung des Problems sind der Öffentlichkeit bekannt. Ebenso hat der Vorsitzende Öcalan an unserem Beschluss, den wir heute öffentlich machen werden, einen maßgeblichen Anteil.

Verehrte PressevertreterInnen,

der Zap-Widerstand sowie der Erfolg bei den Kommunalwahlen vom März 2009 stellen einen wichtigen Wendepunkt im Freiheitskampf unseres Volkes dar. Der Beschluss unserer Bewegung vom 13. April 2009 der einseitigen Aktionslosigkeit ist das Resultat dieser Entwicklungen. Die einseitigen Schritte und Anstrengungen unserer Bewegung, um diese Phase in einen dauerhaften Frieden münden zu lassen, haben nicht zum erhofften Erfolg geführt. Der Grund hierfür liegt darin, dass die AKP-Regierung entgegen allen Erwartungen Tausende politische Festnahmen und das Verbot der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) veranlasste und die militärischen Operationen fortsetzte.

Im Anschluss initiierte sie ein ausschließlich auf Täuschung und Vernichtung basierendes inhaltsloses Projekt, anfänglich als Demokratisches Öffnungsprojekt, später in das Projekt der Nationalen Einheit und Geschwisterlichkeit umbenannt.

Diese Annäherungsweise der AKP-Regierung hat zum einen das Problem weiter vertieft und zum anderen das Leid vermehrt und zu noch tieferen Vertrauensproblemen geführt. In dieser Phase waren ernsthafte Bestrebungen unseres Vorsitzenden zur Entwicklung einer friedlich-demokratischen Lösung zu verzeichnen. Wegen der negativen Haltung der Regierung, die nicht von ihrer Vernichtungspolitik Abstand nimmt und somit eine Stagnation verursachte, war unser Vorsitzender gezwungen, ab dem 31. Mai seinen Rückzug aus dem Prozess bekannt zu geben.

Unsere Bewegung unternahm anschließend eine Neubewertung der Situation; Resultat war die Offensive der aktiven Verteidigung vom 1. Juni 2010. Die 1.-Juni-Offensive bestimmte die politische Tagesordnung der Türkei und zeigte erneut, dass die kurdische Frage das Hauptproblem darstellt. Der türkische Staat kam in dieser Phase ernsthaft ins Straucheln. Es wurde offensichtlich, dass die AKP-Regierung mit ihrer Liquidierungspolitik keinen Erfolg haben kann und dass unsere Bewegung in der Phase der Offensive sich erfolgreich gezeigt und wichtige politische und militärische Resultate erzielt hatte. Dies wiederum steigerte Motivation und Moral innerhalb unseres Volkes und unserer Organisation.

Einige Institutionen des türkischen Staates nahmen ausgehend von den Ergebnissen der 1.-Juni-Offensive den Dialog mit unserem Vorsitzenden auf, damit sich eine von militärischen Auseinandersetzungen unbelastete Atmosphäre entwickelt. Daraufhin ließ unser Vorsitzender unserer Bewegung eine Nachricht zukommen, in der er uns zum Waffenstillstand aufrief. Unter Berücksichtigung der Friedensappelle unterschiedlicher Kreise verkündete auf Empfehlung unseres Vorsitzenden unsere Bewegung am 13. August 2010 eine befristete Aktionslosigkeit. Dieser Beschluss gilt bis heute.

In diesem Zusammenhang brachten wir, damit die Phase sich positiv entwickeln kann, unsere vorrangigen Forderungen in vier Punkten zur Sprache. Der türkische Staat und die türkische Regierung haben in dieser Beziehung bislang keinerlei ernsthafte Schritte unternommen. Die militärischen und politischen Operationen halten weiterhin an und die politischen Festnahmen sind nicht eingestellt worden. Auch wird an der bestehenden Wahlhürde festgehalten, ohne eine Senkung in Aussicht zu stellen. Die Haftbedingungen unseres Vorsitzenden sind nicht ernsthaft verbessert worden. An der Untersuchungshaftsituation der zu Unrecht festgenommenen 1 700 kurdischen Politiker hat sich ebenfalls nichts verändert. Über zwanzig kurdische Freiheitsguerillas haben infolge von Militäroperationen der türkischen Armee ihr Leben verloren, obwohl sie sich in der Position der Aktionslosigkeit befanden.

Vor allem in der Region Colemêrg (Hakkari) fanden provokative Angriffe und Massaker gegen die Guerilla und gegen das kurdische Volk statt. Während bei diesen Angriffen zehn kurdische Freiheitsguerillas ihr Leben verloren, starben neun kurdische Patrioten infolge von Angriffen durch JITEM und Kontra-Kräfte.

Trotz all dieser Entwicklungen brachte das Verfassungsreferendum vom 12. September wichtige politische Resultate mit sich. Die erfolgreiche Boykotthaltung unseres Volkes während des Verfassungsreferendums trug dazu bei, dass das Problem erneut umfassend auf die Tagesordnung kam. Die wichtigste Entwicklung dieser Phase ist der Dialog, der mit unserem Vorsitzenden aufgenommen wurde und zunehmend an Qualität gewonnen hat. Trotz aller negativen Haltungen ist dieser Aspekt von Dialog und Beziehung von großer Bedeutung und eine wertvolle Chance für die Lösung. Auf der Grundlage des mit ihm geführten Dialoges ließ unser Vorsitzender dem Präsidium des KCK-Exekutivrates eine Nachricht mit der Empfehlung zur Verlängerung der Phase der Aktionslosigkeit zukommen.

Der Vorstand unserer Bewegung bewertete diese Botschaft und beschloss die Verlängerung der Phase der Aktionslosigkeit vom 13. August. Wir hatten uns gewünscht, dass mit dem Aufbau gegenseitigen Vertrauens diese Phase mit zunehmender Qualität in einen unbefristeten Waffenstillstand münden würde. Aber die Entwicklungen in den letzten zwei Wochen – das Sicherheitsgipfeltreffen, die diplomatischen Aktivitäten mit unterschiedlichen Akteuren, in erster Linie mit den USA und Irak, mit dem Ziel unserer Liquidation sowie die Erneuerung der parlamentarischen Befugnisse für die AKP-Regierung zu grenzüberschreitenden Militäroperationen – haben bei uns ernsthafte Zweifel an der Aufrichtigkeit der Gegenseite aufkommen lassen. Die Wortwahl sowie die psychologische Kriegsführung haben zu Recht unsere Zweifel vermehrt. Des Weiteren müssen wir beobachten, inwieweit der Dialog mit unserem Vorsitzenden anhält oder nicht. Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, die anfänglich als unbefristeter Waffenstillstand überlegte Phase nach einem Monat einer neuen Bewertung zu unterziehen, damit sie konstruktiv verlaufen kann. Es ist offensichtlich, dass diese Phase, im Falle gegenseitiger konkreter vertrauensbildender Friedensbemühungen, innerhalb dieses Monats in eine unbefristete Waffenruhe münden wird. Andernfalls werden wir eine neue Bewertung vornehmen müssen.

Verehrte PressevertreterInnen,

in dieser Phase werden unsere Guerillaeinheiten nicht aktiv sein, außer im Rahmen unabdingbarer Bedürfnisse. Sie werden nur im Rahmen ihrer Selbstverteidigung und Vergeltung antworten, wenn mit Gewalt gegen sie vorgegangen wird. In dieser Phase werden unsere Kräfte ihre Selbstverteidigung zur Grundlage nehmen.

Die Öffentlichkeit und alle Kreise, die sich für den Frieden aussprechen, sollten wissen, dass sich die Gegenseite an bestimmte Dinge halten muss, damit diese Phase anhalten kann und damit die militärischen Auseinandersetzungen nicht mehr entfacht werden.



Der KCK-Exekutivrat erklärt der Presse die Verlängerung des Waffenstillstands Foto: ANF

- In erster Linie müssen die Militäroperationen gegen die Basis unserer Guerillaeinheiten eingestellt werden. Denn ihr Andauern wird den Waffenstillstand von selbst gegenstandslos machen. Um den Waffenstillstand im wahren Sinne umsetzen zu können, muss er beidseitig sein.
- Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass, wenn Repressionen, Gewalt und ungerechtfertigte Festnahmen im Rahmen politischer Operationen gegen die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bereiche unseres Volkes nicht eingestellt werden, die Spannung in der Gesellschaft steigen und der Waffenstillstand nicht mehr zu halten sein wird. Aus diesem Grunde müssen die provokativen politischen Operationen gegen die politischen Kräfte beendet werden.
- Damit die Phase in einen dauerhaften Frieden münden kann, ist es von großer Bedeutung, dass mithilfe einer demokratischen Verfassung, welche die Lösung der kurdischen Frage beinhalten sollte, die Phase der demo-

kratischen Republik entwickelt wird. Für die Lösung des Problems und für die Demokratisierung der Türkei ist die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung eine unaufschiebbare Aufgabe. Vor diesem Hintergrund ist es nur natürlich, dass konkrete Schritte in diesem Zusammenhang die Phase vertiefen werden.

- Parallel dazu sind die Fortsetzung und die Weiterentwicklung des Dialogs und Verhandlungen mit dem Vorsitzenden Öcalan für die Entwicklung und den konstruktiven Verlauf dieser Phase von strategischer Bedeutung. Während die allgemeinen Fragen und konkret die Sicherheitsdimension einer tief greifenden Problemlösung mit unserem Vorsitzenden Öcalan besprochen werden sollten, sollten die demokratischen Rechte und die Dimension der Verfassung mit der DTK und der BDP, als legalen Vertretern des kurdischen Volkes, mittels Dialog und Verhandlung behandelt werden. Das ist der einzige Weg, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Es ist augenfällig, dass es bei der Lösung des Problems nicht an einem Verhandlungspartner mangelt. Der kurdische Volksvertreter ist der einzige Verhandlungspartner. Damit diese Phase ganzheitlich geführt werden kann, ist es von Bedeutung, dass die legalen demokratischen Vertreter des kurdischen Volkes als Gesprächspartner ebenfalls ihre Rolle spielen.

Wichtig ist nur, dass vertrauensbildende, aufrichtige praktische Schritte im Rahmen der Problemlösung beidseitig eingeleitet werden. Die gegenwärtige Atmosphäre des Misstrauens durch vertrauensfördernde Maßnahmen zu überwinden und auf der Grundlage gegenseitigen Respekts Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln, wird die wichtigste, lösungsorientierte politische Haltung kennzeichnen.

Die Formel von der Demokratischen Republik und dem Autonomen Kurdistan ist die Hauptlösungsformel für die kurdische Frage. Das patriotische kurdische Volk sollte in dieser Phase mit der Entwicklung seines Gesellschaftssystems seine demokratische Selbstverwaltung organisieren. Unser Volk sollte parallel zur Phase der demokratischen Lösung ernsthaft seine Strukturen der demokratischen Autonomie entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen und seine demokratische Lösung darlegen.

Alle internationalen und regionalen Kräfte, die gegenüber unserer Region und unserem Land Interesse zeigen, sollten den neuen und somit achten Waffenstillstand, den wir zur Stärkung der Grundlage für eine friedliche Lösung ausgerufen haben, richtig bewerten. Es sollte nicht vergessen werden, dass die demokratische Lösung der kurdischen Frage eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von Stabilität und Demokratie in der Region spielen wird. Wir rufen diese Kräfte dazu auf, ihrer Verantwortung entsprechend die Politik für eine friedliche Lösung zu unterstützen, damit sich in Kurdistan eine friedliche Lösungsphase entwickeln und unser Volk seine ihm zustehenden legitimen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen kann.

Des Weiteren appellieren wir an alle patriotisch-demokratischen Kräfte in Kurdistan, allen voran an die kurdischen politischen Kräfte in Südkurdistan, ihre nationale Einheit und Solidarität zu entwickeln. Sie sind aufgefordert, sich um die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei im Rahmen der Geschwisterlichkeit und nationaler Interessen zu bemühen.

Die Lösung der kurdischen Frage in Nordkurdistan [*türkischer Teil Kurdistans; Anm. d. Ü.*] wird die Voraussetzungen für die Lösung der kurdischen Frage in allen Teilen Kurdistans schaffen. Die Lösung der kurdischen Frage in der Region wird der Demokratisierung des Mittleren Ostens gleichkommen. Daher rufen wir alle Völker in der Region, die für Frieden und Geschwisterlichkeit sind, dazu auf, ihren Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage zu leisten.

Vor allem rufen wir alle Kräfte in der Türkei, Intellektuelle, Demokraten, Revolutionäre und diejenigen, die für eine Lösung sind, in dem Wissen, dass die demokratische Lösung der kurdischen Frage gleichzeitig die Demokratisierung der Türkei bedeutet, dazu auf, ihre Rolle wahrzunehmen und sich ernsthaft für eine würdevolle und dauerhafte Lösung zu engagieren.

Den türkischen Staat und die AKP-Regierung rufen wir erneut auf, bei diesem Waffenstillstand Abstand zu nehmen von jeglicher billigen Politik und die Vernichtungspläne einzustellen. Sie sollten vertrauensbildende Politik entwickeln und entsprechende konkrete Schritte einleiten. Die oppositionellen Parteien in der Türkei sind aufgefordert, Abstand zu nehmen von ihrer bisherigen Politik, die Rassismus und Nationalismus schürt. Wir rufen sie auf, ihren Beitrag zu Frieden, Geschwisterlichkeit und freiwilliger Einheit zu leisten.

Dieser wichtige Schritt [*des Waffenstillstands; Anm. d. Ü.*] ist nicht taktischer, sondern strategischer Natur. Er bedeutet, dass in der kurdischen Frage eine neue Phase begonnen wurde. Es besteht die Möglichkeit, dass bei der Lösung der kurdischen Frage, die ein gesellschaftliches Problem ist, die Waffen für immer außen vor gelassen werden. Aber hierfür sind gegenseitige Anstrengungen und Opferbereitschaft notwendig.

Wenn trotz all unserer wichtigen Appelle und Bemühungen kein Abstand genommen wird von Vernichtung und Gewalt und wir beharrlich angegriffen werden, dann wird unsere Antwort der umfassende Widerstands- und Verteidigungskrieg auf der Grundlage des revolutionären Volkskampfes sein. Die Widerstandsdynamik unserer Bewegung hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, ihre Kräfte, Stellungen und Werte zu verteidigen.

Wir hoffen, dass unsere Appelle in Betracht gezogen werden und alle eine entsprechende verantwortungsbewusste Haltung an den Tag legen, damit in der kurdischen Frage eine neue Phase außerhalb der Gewalt beginnen kann. An dieser Stelle möchten wir erneut unterstreichen, dass wir verantwortungsbewusst und prinzipientreu handeln werden, damit die neue Phase sich als eine Phase des Friedens und des Dialogs entwickeln kann und entsprechende Resultate erzielt werden können.

In diesem Sinne bedanken wir uns ganz herzlich. ♦

Aysel Tuğluk nach dem Besuch bei Abdullah Öcalan:

Wir haben Zweifel, was den Staat angeht

ANF 28. September 2010

Die Co-Vorsitzende des „Kongresses für eine demokratische Gesellschaft“ DTK, Aysel Tuğluk, hat auf İmralı den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan besucht: „Auf İmralı gibt es einen starken Willen zum Frieden und zu einer Lösung, aber was den Staat betrifft, haben wir unsere Zweifel. Wollen sie eine Lösung oder eher die Liquidation, das weiß ich nicht. In dieser Frage ist Klarheit notwendig.“ Aysel Tuğluk, die nach fünf Jahren wieder eine Unterredung mit Öcalan hatte, erklärte DIHA gegenüber:

Ich habe Abdullah Öcalan sehr dynamisch und lebendig wahrgenommen. Er hat die Kontrolle über die Phase. Er hat nichts von seinem Elan und seiner Begeisterung verloren.

Im Gespräch brachte er seine Entschlossenheit zum Ausdruck und seine Überzeugung von der Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage einer Politik jenseits von Gewalt im Rahmen der Geschwisterlichkeit des kurdischen und des türkischen Volkes, und er erklärte, dass seine Bemühungen in dieser Richtung anhalten würden. Er will die gegenwärtige Aktionslosigkeit fortsetzen, aber wir wissen auch von Absichten der PKK in diesem Rahmen. Allerdings ist die diesbezügliche Haltung des Staates noch unklar, ob er wirklich den Willen zur Lösung aufbringen wird.

Folglich können wir sagen: Auf Imralı gibt es bei Herrn Öcalan einen starken Willen zum Frieden. Einen sehr starken Willen zur Lösung. Er will, dass die Lösung auf der Grundlage der Geschwisterlichkeit entwickelt wird.

Dabei durchlebt der Staat eine gewisse Reife, aber dennoch besteht noch keine Klarheit darüber, mit welchen Mitteln und Methoden sie das Problem angehen wollen.

Die kurdische Frage erzwingt inzwischen regelrecht ihre Lösung. Die Kurden haben mit ihren organisierten Strukturen ihren Willen zur Lösung klar und deutlich dargelegt.

Die Kurden haben ihr Lösungsprojekt. Der Staat ist derjenige, der undurchsichtig und unklar bleibt. Es bestehen allgemein ernsthafte Zweifel, was das Projekt des Staates angeht. Zweifel an der Aufrichtigkeit der AKP bezüglich einer Lösung.

Wir befürchten Liquidierung durch Dialog

Die AKP ist sich darüber im Klaren, dass die kurdische Frage die Voraussetzungen zur Lösung hat. Ich denke, dass in diesem Punkt auch mit den anderen Staatsorganen Einvernehmen herrscht. Ich denke, sie hat diese überzeugen können. Aber es bestehen bedeutende Unterschiede zwischen dem Lösungsprojekt der AKP und der Lösungsstrategie der Kurden mit ihren organisierten Strukturen.

Das kurdische Volk hat seine Forderungen sowie die Lösungsmethoden klar dargelegt. Diese gibt es von Herrn Öcalan bei den Gesprächen aus erster Hand. Aber die Annäherungsweise des Staates lässt bei uns Zweifel aufkommen, ob er nach der gescheiterten Liquidation durch Krieg diese jetzt nicht durch Dialog anstrebt. Diese Zweifel sind weit verbreitet.

Öcalan ist bereit

Der Kernpunkt in der aktuellen Phase betrifft den Willen, das Problem auf der Grundlage von Verhandlungen zu lösen, sowie die Frage, ob diese Verhandlungen weitergeführt werden oder nicht. Andere Annäherungen können sich dann innerhalb des Verhandlungsprozesses – wenn der richtige Weg und die Methode gefunden sind – zum Willen eines gemeinsamen Friedensprojektes verwandeln.

Ich kann sagen, dass Herr Öcalan an diesem Punkt bereit ist. Er bekräftigt, dass er sich bemüht und darauf beharrt. Aber wie sich die Absicht des Staates in diesem Punkt herauskristallisieren wird, ist für die kommenden Tage von großer Bedeutung.

Aus der Sicht Öcalans und der PKK gibt es keinerlei Bedenken. Wenn der Staat tatsächlich den Willen zur Lösung aufbringt, wobei die Besonderheiten und Freiheiten der Kurden anerkannt werden sollen, so müssen die Verhandlungen anhalten.

Auf festgelegten Grenzen zu bestehen, bedeutet das Beharren auf Lösungslosigkeit

Die Haltung der Regierung – „Wir haben die Grenzen für die Problemlösung festgelegt; die Kurden haben innerhalb die-

ser Grenzen nach einer Lösung zu suchen." – bedeutet, auf der Lösungslosigkeit zu beharren.

Das kurdische Volk ist organisiert und in der Lage, für sich selbst zu bestimmen und sein autonomes System aufzubauen. Ohne seinen politischen Willen wahrzunehmen und sich auf sein Lösungsprojekt einzulassen, werden diese Verhandlungen keinen Erfolg haben.

Gespräche müssen anhalten

Wir sind dem Frieden und der Lösung sehr nahe. In der erreichten Etappe wird die Haltung des Staates den Verlauf der Phase bestimmen. Die Fortsetzung der Gespräche auf Imralı ist dafür von großer Bedeutung.

Folgendes muss klar sein: Wir Kurden stehen als Gesamtheit hinter einer Lösung des Problems. Wir sind davon überzeugt, dass Probleme durch Gespräche und Diskussionen zu einer Lösung gelangen müssen, ohne dass irgendjemand sein Leben lässt. Wir werden unserer Überzeugung dabei treu bleiben. Wir wissen, im Endeffekt wird die Lösung im Dialog gefunden werden. Egal wie lange ein Krieg geführt wird, am Ende setzt man sich an den Tisch und sucht nach Lösungen.



„Ich habe einen starken Willen für den Frieden und die Lösung in Imralı gesehen, aber was den Staat angeht, bin ich mir nicht so sicher. Wir wissen noch nicht, ob der Staat auf Lösung oder Säuberung abzielt", so fasste Aysel Tuğluk, die Co-Vorsitzende des DTK, ihre Eindrücke über den Besuch bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı zusammen. Foto: DIHA

Wir müssen den Staat unter Druck setzen

Wir müssen noch anspruchsvoller und entschlossener arbeiten. Wir müssen – wie Herr Öcalan so treffend sagte: Tag und Nacht, ohne Nahrung und Wasser, entsprechend unserer Verantwortung sowohl auf der Ebene des Gewissens als auch der Ethik – diese Phase in Richtung einer Lösung drehen. Das sind wir unserem Volk schuldig. Der Staat kann die Absicht zur Liquidierung haben. Aber wir können diese Phase in Richtung unserer Lösung umbiegen, wenn wir den Staat unter Druck setzen und ihm unsere Lösung aufzwingen.

Parlamentsbeschluss zu grenzüberschreitenden Operationen: Beweis für unveränderte Mentalität des Staates

Die Kabinettsresolution zur Genehmigung grenzüberschreitender Militäroperationen zeigt, dass die Mentalität des Staates sich noch nicht geändert hat. Die Chance, die legitimen Forderungen des kurdischen Volkes zu unterdrücken, besteht nicht mehr. Wenn der Staat gegenüber dem kurdischen Volk Vernichtungspläne schmiedet und umzusetzen versucht, wenn er wie in Hakkari seine Politik der Massaker anwendet, wird das kurdische Volk selbstverständlich von seinem international zugestandenen legitimen Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen. Wir hoffen, dass der Staat einen solchen Fehler nicht begeht. Das Resultat eines solchen Fehlers wäre eine Katastrophe. Die Kurden werden ihren demokratischen Kampf führen, mit dem sie die Bedeutungslosigkeit dieses Kriegsbeschlusses erneut offenbaren werden. Der Staat muss endlich die PKK-Realität sehen.

Die Möglichkeit zur Kommunikation mit der Organisation muss Öcalan gegeben sein

Zuletzt möchte ich hinzufügen, dass zur Weiterführung der Verhandlungen Möglichkeiten geschaffen werden müssen, damit Öcalan mit der Organisation kommunizieren kann. Wenn von Verhandlungen die Rede ist, dann müssen Öcalan die Möglichkeiten einer Verhandlung eröffnet werden. Der Kontakt zur Organisation muss möglich gemacht werden. Auch zu anderen politischen Organen muss der Weg des Dialogs eröffnet werden. ♦

Die verschiedenen Phasen der kurdischen Freiheitsbewegung

Die Eigenschaften der „neuen Phase“ in der kurdischen Frage

Baki Gül, Soziologe und Journalist

Am 27. November jährt sich der Gründungstag der PKK vor 32 Jahren. Zwar hatte ihre politische Formierung schon in Ankara begonnen, aber erst am 27. November 1978 wurde sie offiziell auf dem Gründungskongress im Dorf Fîs der Kreisstadt Licê bei Amed (Diyarbakır) aus der Taufe gehoben. Die Bewegung unter der Führung von Abdullah Öcalan nahm ihren Kampf in erster Linie in Nordkurdistan und in der Türkei auf. Aber ihr Einfluss nahm mit jedem Tag zu und sie steht heute im Zentrum der Kräftebalance in allen Teilen Kurdistans so wie sie in der Türkei, Iran, Syrien, Irak, in den EU-Staaten ihre Rolle spielt.

Die kulturellen und politischen Rechte der Kurdinnen und Kurden, die in den vier wichtigsten Ländern des Mittleren Ostens Türkei, Iran, Syrien und Irak leben, werden heute auf der Grundlage der Freiheiten behandelt. Die an der kurdischen Sache Interessierten sind sich darin einig, dass sie endlich gelöst werden muss. Vor allem mit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen am 15. August 1984 verloren über 40 000 Menschen ihr Leben. Ortschaften in Nordkurdistan wurden zerstört, über 4 000 Dörfer entvölkert. Millionen wurden gezwungen, aus den kurdischen Gebieten in die türkischen Metropolen, in die europäischen Staaten und andere Gebiete auf der Welt zu flüchten. Hunderte Verhaftete sowie unzählige von Rechtsverletzungen Betroffene wurden von diesen Auseinandersetzungen beeinflusst.

Es gab Phasen, in denen der Krieg aufgrund von Waffenstillständen und der Suche nach Lösungen zeitweise eingestellt wurde, aber weil der Weg für eine wahre Lösung nie beschritten werden konnte, wurde die Gewalt erneut entfacht. Obwohl von 1984 bis heute eine demokratisch-politische Lösung für die kurdische Frage immer für Diskussionsstoff sorgte, konnte bislang keine Grundlage für eine Lösung und einen dauerhaften Frieden geschaffen werden. Wer die Kurden, die PKK und die Türkei auf der Grundlage dieses Problems in den letzten fünfzig Jahren untersucht und recherchiert, unterteilt die Entwicklungen in der kurdischen Frage in Phasen. Zuletzt deklarierte die größte Organisation des kurdischen Aufstandes, die KCK, am 1. Juni 2010 den Beginn einer „neuen Phase“ der kurdischen Frage in der Türkei. Deren Definition beinhaltet sehr wichtige Feststellungen. Es wird unterstrichen, dass die kurdische Angelegenheit nicht wie gewohnt behandelt werden kann.

Abdullah Öcalan, der politische, ideologische und organisatorische Anführer des Aufstandes unter der Führung der PKK, erläuterte, dass mit dem 1. Juni 2010 in der kurdischen Frage eine „neue Phase“ eingetreten sei. Die „erste Phase“ habe 1973 vor der offiziellen Gründung der PKK begonnen und 1983 geendet, die „zweite Phase“ mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK am 15. August 1984 begonnen und bis 1993 gedauert. Die „dritte Phase“ umfasst eigentlich die Zeit von 1993–2002, dehnte sich aber aufgrund der Regierungsübernahme der AKP sowie der regionalen Entwicklungen bis 2010 aus. Dass die Einteilung in diese Phasen von der Führung der PKK vorgenommen wird, ist von großer Bedeutung. Denn Abdullah Öcalan ist bis heute die bestimmende Kraft für die Entwicklung dieses Kampfes seit der Formierung der PKK. Lasst uns nun die historischen Spuren, die diese Etappen hinterlassen haben, etwas genauer betrachten.

Die kurdische Frage in der „ersten Phase“

Wie stellte sich die Situation in Kurdistan, in der Türkei und in der Region in den Jahren 1973–1984 dar? Welche Position nahm die PKK ein? Was geschah in Kurdistan und in der Türkei? Diese Fragen können mit Reihen von Büchern und Analysen beantwortet werden. 1973 folgte unmittelbar auf den Militärputsch vom 12. März [*1971*]. Nach dem letzten kurdischen Aufstand war viel Zeit verflossen. In der türkischen Presse wurden die Gräber für die „Illusion Kurdistan“ karikiert. Es war die Zeit, in der die revolutionären Führungen zu liquidieren versucht wurden und die Welt bipolar war. Der junge Öcalan, der 1973 von Riha (Urfa) nach Ankara kam, versuchte die Tradition erst der Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei (Dev-Genç) und später der Türkischen Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C) unter Führung von Mahir Çayan zu vereinen. Weil die türkische revolutionäre Bewegung zersplittert war, bildete Öcalan mit einer Gruppe, in der auch türkische Revolutionäre waren, die erste Kerngruppe der PKK. Unmittelbar nach der Vollendung der ideologischen Aufbauphase und der Gründung der PKK kam es in Maraş und Malatya zu Massakern an kurdischen Aleviten, anschließend am 12. September 1980 erneut zu einem Militärputsch. Es folgten die Grausamkeiten im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) und der Widerstand der Kurden gegen die berüchtigte Folterpraxis. In dieser Zeit vor dem 12. September zog sich Öcalan mit einer Gruppe wichtiger Kader ins Ausland

zurück. Die politische Situation in der Region sah wie folgt aus: Im Iran fand die islamische Revolution statt, der iranisch-irakische Krieg brach aus, die UdSSR intervenierte in Afghanistan und die USA versuchten mit allen Mitteln den Kalten Krieg zu beenden. Die von Öcalan ins Leben gerufene Bewegung konnte weder den Militärputsch in der Türkei und die Grausamkeiten im Gefängnis Diyarbakır noch die Entwicklungen in der Region aufhalten. Öcalan gelang die Gründung seiner Bewegung auf stabiler Grundlage und die Vollendung der Vorbereitungen für einen langen Guerillakrieg in Kurdistan. Die PKK definiert diese Etappe als die Zeit der „Parteiwerdung, in der die ideologische, politische und organisatorische Linie sich entwickelte". Mit dieser entwickelten Linie steuerte man auf den August 1984 zu.

Die Phase, in der sich einer Lösung angenähert wurde, und die Ermordung Özals

Die „zweite Phase" von 1983 bis 1993 bedarf einer vielseitigen Recherche und Analyse. Die Türkei ging nach dem Militärputsch in die Ära Turgut Özals über. Die kurdische Frage wurde zum einen mit den Methoden der Notstandsregierung und des Ausnahmezustandsrechts zu verschleiern versucht und zum anderen wurde der kurdische Aufstand als einer von „ein paar Banditen" abqualifiziert. Özal hat diese Unterschätzung mit seinem mysteriösen Tod beendet. In dieser Phase hatte die PKK den bewaffneten Guerillakampf aufgenommen, ihre Guerillaeinheiten bezogen in Nord- und Südkurdistan Stellung und sie breitete sich in den Dörfern, Bezirken und Städten aus und entwickelte sich zu einer Volksbewegung. Der türkische Staat verlor seine Funktion, junge Kurden, noch nicht einmal im Wehrdienstalter, wandten sich der Guerilla zu, die kurdische Gesellschaft schleuderte die tote Erde über sich fort, die „Illusion Kurdistan" wurde mit all ihren Komponenten erneut zum Leben erweckt und organisierte große wirksame Volksaufstände, die Serhildans. Wie PKK-Gründer Abdullah Öcalan es sehr treffend formulierte: „Das Wiedererwachen ist vollendet, die Befreiung ist an der Reihe." In der Region wurde der Krieg zwischen Iran und Irak beendet, Saddam Hussein massakrierte die Kurden in Halabja, der Realsozialismus in der Sowjetunion und auf dem Balkan ging mit hoher Geschwindigkeit seiner Auflösung entgegen, die USA versuchten mit allen Mitteln, ihre globale Herrschaft zu festigen, und die EU war, um ihre Wirkung zu verstärken, um die Beschleunigung ihrer Reorganisierung bemüht. Özal begann die Realität der PKK zu erkennen, versuchte zu begreifen, was in Kurdistan vor sich geht, und war auf der Suche nach abseits der Gepflogenheiten des türkischen Staates liegenden Lösungen für die kurdische Frage. Die PKK verkündete damals ihren ersten und wirksamen Waffenstillstand. Als die Situation sich zum Positiven wendete und die Hoffnungen auf eine Lösung wuchsen, wurde interveniert und die Phase eingeleitet, die bis heute anhält und noch fester an Verleugnung und Vernichtung festhält. Von 1983–1993 haben sich die Kurden im militärischen und politischen Bereich institutionalisiert, die Guerilla hat ihre Stellung auch in den anderen Teilen Kurdistans gefestigt.

Die PKK definiert diese Phase folgendermaßen: Sie „war dadurch gekennzeichnet, dass auf der Grundlage der Guerilla eine Lösung für die kurdische Frage gesucht wurde. Eine Phase, in der auf der Grundlage der nationalen Befreiungsstrategie der bewaffnete Widerstand entwickelt wurde." Auch

10 kurdische Jugendliche verweigerten in Istanbul Militärdienst

Emir Çelik, İstanbul, BİA, 20.09.2010



Zehn kurdische Jugendliche haben in der Istanbuler Sektion des IHD ihre Militärdienstverweigerung öffentlich gemacht. Somit ist in der Türkei die offizielle Zahl der Kriegsdienstverweigerer auf 131 gestiegen. Der Vorsitzende der IHD-Sektion Istanbul, Boğa, erklärte: „Wenn wir nicht mutiger handeln als eine Handvoll Uniformierter, die uns mit unseren eigenen Geschwistern kämpfen lassen wollen, so sind wir zum Verlieren verurteilt."

IHD-Sektionsvorsitzender Abdülbaki Boğa: „Die Jugendlichen sind entschlossen in ihrer Haltung, nicht zu töten und nicht getötet zu werden."
Demirsoy, einer der kurdischen Verweigerer, erläuterte: „Wir haben als Kurden das meiste Leid in diesem Krieg erlebt. Wir werden keine Partei für diesen Krieg ergreifen. Wir erklären ganz klar und deutlich, dass wir den Militärdienst für die Türkei nicht ableisten werden."
Der BDP-Abgeordnete Bengi Yıldız erklärte, dass es in der Türkei Hunderttausende Deserteure gebe. Es handele sich bei ihnen um verdeckte Kriegsdienstverweigerer. Sie seien mit Schwierigkeiten konfrontiert, weil sie sich ihres Rechts auf Kriegsdienstverweigerung nicht bewusst seien.
Das Recht auf Militärdienstverweigerung müsse im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses anerkannt werden. „Diese Bewegung hat für unser Land eine besondere Bedeutung. Denn der Militärdienst bedeutet auch Zwangsmilitärdienst und beim Militär den eigenen Bruder zu töten." Diese öffentliche Erklärung ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Aktionspause der PKK von großer Bedeutung. ♦

wenn der Widerstand der Guerilla den türkischen Staat in der Person Özals in die Lösungsphase zwang, ist klar, dass die Kurdenpolitik des türkischen Staates nicht mit Özal zu definieren ist, Özal nur als eine der Optionen in Erinnerung bleiben wird. Denn er wurde in einer für die Lösung wichtigen Phase aus dem Weg geräumt. Der Grund seines Todes ist klärungsbedürftig.

Schmutziger Krieg, Banden und der Widerstand der Kurden

Während die Zeit der „zweiten Phase“ für die Lösung nicht ausreichend genutzt worden war, wurden die Entwicklungen in der Türkei nach 1993 von Bedingungen wie Banden, JITEM und Kontra-Guerilla bestimmt. Zwischen 1993 und 2002, ja sogar bis heute, bestimmten etliche Ereignisse die türkisch-kurdischen Beziehungen in vielerlei Hinsicht. Diese „dritte Phase“ kann auch unter zwei Untertiteln untersucht werden. Von 1993 bis 1999 wurde der Krieg in Kurdistan in unvorstellbaren Dimensionen geführt. Es gab Spezialkriegsregierungen. Die Gesellschaft wurde mit einer unter Vormundschaft des Militärs stehenden Politik zu formen versucht. In den kurdischen Provinzen verübten Kontra-Guerilla, Hizbokontra [*für staatliche Ziele benutzte Hizbollah-Kräfte*], Dorfschützer und Spezialeinheiten Tausende Morde, sogenannte „Morde unbekannter Täter“. Kurdische Patrioten wurden ermordet. Viertausend Dörfer wurden entvölkert. Es gab fünfundzwanzig grenzüberschreitende Militäroperationen mit der Beteiligung hunderttausender Soldaten. Der Gründer und Vorsitzende der PKK wurde in einem internationalen Komplott belagert und am 15. Februar 1999 von den USA eigenhändig in die Türkei gebracht. Öcalan hob in dieser Situation die Notwendigkeit einer Lösungs- und Friedensphase hervor, um die Ausweglosigkeit im kurdisch-türkischen Krieg verhindern und die kurdische Frage auf politischer Grundlage einer Lösung zuführen zu können. In der Zeit von 1999 bis heute hat Öcalan die Guerilla außerhalb der türkischen Grenzen zurückgezogen, den Krieg einseitig eingestellt und einseitige Waffenstillstände deklariert. Außerdem hat er die Organisation ideologisch, organisatorisch und politisch einer starken Wandlung unterzogen. In dieser Zeit fand der weltweit als der „11. September“ bekannte Angriff statt. Der „Terrorismus“-

4. Strafgericht des Kassationsgerichtshofs: Uğur Kaymaz während einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet

Das 4. Strafgericht des Kassationsgerichtshofs hob den Freispruch für den Bürgermeister von Amed (Diyarbakır)-Sur, Abdullah Demirtaş, auf, der ein Denkmal für Uğur Kaymaz errichten lassen wollte. Uğur Kaymaz war in Qoser (Kızıltepe) bei Mêrdîn (Mardin) mit 12 Jahren von türkischen Sicherheitskräften gemeinsam mit seinem Vater vor seiner Wohnung erschossen worden. Im Urteil des Kassationsgerichtshofs heißt es, Uğur Kaymaz sei bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Sicherheitskräften getötet worden.

In der Anklageschrift der Oberstaatsanwaltschaft von Amed (Diyarbakır) von 2006 hatte es geheißen, dass das von Demirbaş in Auftrag gegebene Denkmal zum Gedenken an den am 21. November 2004 von Sicherheitskräften vor seiner Wohnung getöteten 12-jährigen Uğur Kaymaz dessen Alter und die Anzahl der Kugeln in seinem Körper symbolisiert habe und somit der Kommune einen Schaden von 2292 YTL zugefügt habe. Mit dieser Begründung war gegen Demirbaş ein Verfahren mit einer Strafforderung von 3 Jahren Gefängnis eröffnet worden. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Nun hat der Kassationsgerichtshof den Freispruch aufgehoben.

Zur Prüfung der Frage, ob der angeklagte Bürgermeister (…) nach Art. 213 des Strafgesetzbuches der Türkei („Verunsicherung der Bevölkerung“) eine Straftat begangen hatte oder nicht, wurde das vorherige Urteil einstimmig aufgehoben und beschlossen, die Akte an das zuständige Strafgericht zu leiten.

Der Bürgermeister von Sur, Abdullah Demirbaş, bestätigte, dass ihm das Urteil des Kassationsgerichtshofs zugestellt wurde.

ANF, 16.09.2010



Uğur Kaymaz: 12 Jahre, 13 Kugeln. Foto: DIHA

Begriff wurde international auf die Agenda gesetzt und die USA intervenierten politisch und militärisch in Afghanistan und Irak. Der südliche Teil Kurdistans erlangte einen Sonderstatus, Saddam wurde hingerichtet. Die Lösung in der Nahostfrage blieb aus. Der EU gelang es, ihre innere Einheit noch weiter zu festigen. Die PKK definierte diese Phase als „Liquidierungs- und Lösungsphase", die wirklich von Komplexität gekennzeichnet war.

Am 1. Juni 2004 reaktivierte die PKK mit einer neuen Offensive ihren Guerillakrieg auf der Grundlage der „legitimen Selbstverteidigung". Die Türkei modifizierte ihre klassische Politik. Banden wurden entlarvt. Neue Bandenkoalitionen wurden begründet. Auch wenn im Rahmen der EU-Anpassung einige Änderungen vorgenommen wurden, so veränderten sie nichts an der Kriegssituation in Kurdistan. Die Jahre 1999 bis 2004 wurden charakterisiert durch die Aktionslosigkeit der PKK und eine sowohl innere als auch äußere günstige Konjunktur für eine Lösung. Diese Phase ist vor allem in den letzten acht Jahren unter der AKP nicht effektiv bewertet worden. Während die AKP und die angebliche Opposition CHP und MHP der Guerilla die militärische und politische Vernichtung aufzwingen wollten, versuchten sie jede Art von Widersprüchen in den regionalen und globalen Kräfteverhältnissen gegen die PKK zu benutzen. Auf diese Weise haben sie die Türkei an den Rand des Abgrunds getrieben und stehen kurz davor, sie ins Feuer zu stürzen. Repräsentanten der PKK unterstreichen zu Recht, dass die AKP und die politischen Kräfte von links und rechts Teil der Lösungslosigkeit anstelle einer Lösung geworden sind. Abdullah Öcalan definierte diese Situation als „Verteidigung seiner Existenz und Herstellung seiner Freiheit", d. h. die Phase, in der Liquidation und Lösung miteinander verquickt sind, ist beendet. Politische Beobachter betonen, dass die AKP mit ihrer „Öffnungs"-Rhetorik vernebeln will. Die Roadmap Öcalans und die in die Türkei entsandte Friedensgruppe hatten eine gute Basis dafür gebildet, die Phase in eine Lösungsphase zu verwandeln. Sie wurde aber unter Führung der AKP nicht effektiv genutzt.

Die Eigenschaften der „neuen Phase" in der kurdischen Frage

PKK-Kreise heben hervor, dass die neue Phase mit neuen Vernichtungs- und Liquidierungsplänen vorbereitet wurde, auf einer politischen Grundlage wie früher von London praktiziert und umzusetzen durch die Allianz Washington-Ankara-Bagdad-Erbil. Die AKP, zudem mit Unterstützung einiger EU-Staaten, ist darum bemüht, durch die Vermarktung der islamischen Identität Iran und Syrien ebenfalls in ihr Bündnis gegen Kurden und PKK einzubinden. Sie glaubt, im Rahmen dieser Entwicklungen eine neue Spezialkriegspolitik entwickelt zu haben und damit die Kurden und die PKK liquidieren zu können. Aus diesem Grunde kann sie auf staatlicher Ebene jegliche Reformen und Öffnungspakete vorbereiten. Während sie Südkurdistan akzeptiert, will sie mit der Gewährung weniger Rechte für die kurdische Bevölkerung im Rahmen des EU-Anpassungsprozesses den Anschein einer Anerkennung der Kurden erwecken und so Legitimation für den neuen geplanten Krieg in Kurdistan finden. Repräsentanten der PKK erörtern diese Situation folgendermaßen: „Das Bündnis AKP-USA versucht zum einen, die Kurden/PKK noch weiter zu isolieren, um allseits Unterstützung für die genozidalen Angriffe auf die Kurden zu bekommen, und zum anderen durch die Stärkung der AKP-Macht ein neues Regime zu etablieren. Auf dieser Grundlage soll sie zu einem Vernichtungsangriff gegen unsere Befreiungsbewegung befähigt werden." Und sie fügen hinzu, dass sie besser als je zuvor auf einen solchen Angriff vorbereitet seien. Wie sieht eine solche Vorbereitung aus? Die PKK-Vertreter verweisen darauf, dass Tayyip Erdoğan mit seinen jüngsten Reisen die fehlenden Bausteine für seine geplante Liquidationspolitik zu vervollständigen gesucht habe, und wenn sie bereit zu sein meinten, sie eine umfassende militärisch-politische Vernichtungsoperation starten würden. Die AKP wird sich als die neue Kriegskraft des türkischen Staates präsentieren. Es wird häufig davon gesprochen, dass der AKP die Rolle zugekommen sei, die demokratischen Kräfte und die Kurden in der Türkei zu vernichten.

Aber es darf nicht vergessen werden: Der türkische Staat sowie seine politisch-gesellschaftlichen Strukturen sind sehr zerbrechlich und zersplittert. Weder der politische Bau und seine Akteure noch die gesellschaftlichen Institutionen sind in der Lage, die Situation, in der sich die Türkei befindet, voranzubringen. Die türkische Armee ist im Kampf gegen die PKK abgenutzt und ihr Prestige in der Gesellschaft aufgrund ihrer Verbindungen zu Banden beeinträchtigt. Die Politik hingegen ist nicht imstande, eine Alternative zu entwickeln. Politische Beobachter verweisen sowohl auf die große Gefahr als auch auf die Vorteile dieser Phase sowie darauf, dass die Kurden totalen Widerstand leisten. Sie unterstreichen, dass die Kurden, ausgehend vom ideologischen Bereich, das politische Feld in ein wirksames Kampffeld verwandeln und, untereinander ihre Einheit herstellend, sich mit einem wahren bewaffneten Widerstand gegen die Vernichtungspolitik zur Wehr setzen werden. Wenn diese Bewertungen tatsächlich zuträfen, sollten alle Kräfte, in erster Linie die AKP, wissen, dass sie keine Chance haben werden. Im Ganzen betrachtet werden wir erkennen, dass wir in eine Phase eingetreten sind, die sowohl für eine Lösung als auch die Vernichtung offen steht. Die kurdische Befreiungsbewegung erklärt, noch besser organisiert und vorbereitet zu sein und über noch mehr Erfahrungen zu verfügen als je zuvor. Sie wird eine Lösung nicht auf der Basis und in dem Ausmaß diskutieren, die ihnen in der neuen Phase aufgezwungen werden, sondern innerhalb der Notwendigkeiten. Anderenfalls werden die Region und in erster Linie die Türkei einen gewaltigen Umbruch erleben. Die Kurden sind der Meinung, dass sie ohnehin kaum etwas zu verlieren, aber dafür viel zu gewinnen haben. Es wäre falsch, die kurdische Frage von 1973 bis heute losgelöst von ihrer eigenen Dynamik mit den Äußerungen türkischer Politiker verstehen und lösen zu wollen. Sich auf die AKP stützend, die ihre Ausführungen über die angebliche Öffnung jeden Samstag einer Gruppe von Gemeinden schmackhaft zu machen und zu servieren versucht, die Phase verstehen zu wollen, wäre grob unachtsam. ♦

Anmerkungen zur Eröffnung des KCK-Prozesses in Diyarbakır

Ein Anschlag auf den Frieden

Mahmut Şakar, MAF-DAD – Verein für Demokratie und internationales Recht e.V., Köln

Die massivste Operation gegen die legale kurdische Politik in der Türkei wird nun endlich vor Gericht fortgesetzt. Am 18. Oktober 2010 wird vor dem mit Sondervollmachten ausgestatteten 6. Gerichtshof für schwere Straftaten in Diyarbakır ein Prozess beginnen, der sowohl einen Lackmustest für die kurdische Frage darstellen als auch schicksalhaft für die Fragestellung sein wird, ob sich ein Friedensprozess entwickeln kann.

Beginnen wir mit einer kurzen Zusammenfassung der Geschehnisse. Bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 errang die DTP einen unerwartet großen Sieg. Neben zwei Städten (Van und Siirt), die zuvor von der Regierungspartei AKP regiert wurden, konnte die DTP eine Reihe von Bürgermeisterämtern gewinnen und die Gesamtzahl ihrer Rathäuser von 56 auf 101 steigern. Die Regierung hatte dagegen damit gerechnet, durch den hastigen und schlecht vorbereiteten Aufbau des kurdischsprachigen Senders TRT 6 der DTP etliche Rathäuser abzujagen und ihr auch in ihren Hochburgen ihre Basis zu entziehen.

Die Wahlergebnisse erstaunten viele – nicht zuletzt die AKP. Der Erfolg der DTP, errungen trotz des Einsatzes aller Mittel, welche eine Regierungspartei zur Verfügung hat, brachte bedeutende politische Konsequenzen mit sich. Die Öffentlichkeit fasste das Wahlergebnis als klare Botschaft auf, dass Gespräche und eine Zusammenarbeit mit der DTP zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage notwendig, ja geradezu geboten sind.

Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Wahlkampf scharf geführt wird. Daher ruhten alle Hoffnungen auf intensivere Diskussionen um eine Lösung auf der Zeit nach den Wahlen. Doch die Haltung der AKP bewies, dass diese allgemeine Erwartung nicht befriedigt werden würde. Mit Hilfe der öffentlichen Überzeugungsarbeit von der AKP nahestehenden strategischen Forschungsinstituten und Intellektuellen wurde unter dem Namen „KCK-Operation" eine Kriminalisierungskampagne gestartet, welche den demokratischen Bereich komplett liquidieren sollte. Das Ziel lag auf der Hand: Die Stärke von politischen Parteien und NGOs in Kurdistan verhinderten ein weiteres Vordringen und eine stärkere Einflussnahme der AKP in Kurdistan. Die AKP versuchte, ihren Einflussbereich zu vergrößern, indem sie die politischen und lokalen Repräsentanten des kurdischen Volkes dezimierte. Der Unterschied zur Vergangenheit lag darin, dass sie dieses Mal zu ihren stärksten Waffen griff: der Polizei und der Justiz. Die Justiz, die sich in der Vergangenheit durch Schweigen zu „Morden unbekannter Täter", Verschwindenlassen und Folter mitschuldig gemacht hatte, wurde nun als Knüppel der politischen Machthaber zu einer eigenständigen Kraft.

Nachdem in der Presse kurzfristig die emotionale und propagandistische Grundlage geschaffen worden war, startete die Regierungsoperation am 14. April 2009, genau zwei Wochen nach den Kommunalwahlen. In der ersten Runde wurden 60 teilweise führende DTP-Mitglieder festgenommen, nach vier Tagen einem Richter vorgeführt und gegen 53 von ihnen Haftbefehl erlassen. Im Juni, September und zuletzt am Heiligabend 2009 gab es entsprechende Operationen, denen 103 Inhaftierungen folgten. Insgesamt wurden mehr als 1 700 Menschen verhaftet. 151 von ihnen wird nun in Diyarbakır der Prozess gemacht.

Wenn wir die Namen einiger der Inhaftierten aufzählen, ergibt sich ein klareres Bild der Lage. Es handelt sich um Hatip Dicle, ehemaliger Abgeordneter der Demokratie-Partei (DEP) und Sprecher des Kongresses der Demokratischen Gesellschaft (DTK), die stellvertretenden Vorsitzenden der DTP, Bayram Altun und Kamuran Yüksek, den DTP-Vorsitzenden der Provinz Diyarbakır, Fırat Anlı, sowie eine Reihe von ehemaligen und amtierenden Bürgermeistern wie Necdet Atalay (Batman), Abdullah Demirbaş (Diyarbakır Sur), Zülküf Karatekin (Kayapınar). Dazu der zweite Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, Muharrem Erbey, und die Anwälte Ebru Günay, Şinasi Tur und Siracettin Irmak. Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakır, und Yüksel Baran, Bürgermeisterin von Bağlar, sind nicht inhaftiert, aber im selben Prozess angeklagt.

Auf der Liste der Gefangenen stehen überwiegend Bürgermeister und teils leitende Mitglieder des Ausschusses der DTP für Kommunalverwaltungen. Das „Büro für Kommunalverwaltungen", welches der Vorstand der DTP eingerichtet hatte, ist seit dem 14. April 2009 geschlossen und versiegelt.

Der Anklageschrift, die wie alles in diesem Verfahren äußerst lange auf sich warten ließ, entnehmen wir, dass die Ermittlungen 2007 aufgenommen wurden. Seit damals wurden zahlreiche Telefone abgehört, unter anderem diejenigen der jetzt Inhaftierten. Das „Büro für Kommunalverwaltungen" wurde verwanzt und abgehört, die Aufnahmen tauchen als Beweisstücke in der Akte auf. Darüber hinaus finden sich belastende Aussagen von „geheimen Zeugen", deren Identität nicht benannt wird. Die Ermittlungen und ihre Ergebnisse



Am 18.10. begann in Amed der Prozess gegen 151 kurdische PolitikerInnen, die im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen verhaftet worden waren. Zu Prozessbeginn sind mehr als 100 ProzessbeobachterInnen aus Europa nach Amed gefahren. Die italienische Delegation steht vor den Werbetafeln, die in Amed auf den Prozessbeginn aufmerksam machen. Foto: DIHA

unterlagen von Anfang an der Geheimhaltung, so dass die Verteidigung der Angeklagten und ihre Anwälte behindert wurden. Einsprüche dagegen wurden ebenfalls abgelehnt. Die 103 am 14. April 2009 verhafteten Personen wurden bis heute nicht einem Gericht vorgeführt. Alle Widersprüche der Anwälte gegen die Verhaftungen blieben bisher ohne Ergebnis. Über die Einsprüche wird nach Aktenlage entschieden, die Angeklagten und ihre Rechtsvertreter werden nicht angehört.

Die zahlreichen Unrechtmäßigkeiten, die das Ermittlungsverfahren von Anfang an kennzeichneten, geben Anlass zur Sorge über das zukünftige Verhalten der Behörden. So wurden angesehene Persönlichkeiten der kurdischen Community in unwürdiger Weise erst in Handschellen in der Öffentlichkeit vorgeführt und dann für 17 Monate ohne richterliche Überprüfung inhaftiert, trotz der Geheimhaltung der Akten Details an die Presse geliefert oder auch für den Prozess völlig irrelevante private Einzelheiten aus den Telefonüberwachungen in die Akte aufgenommen. Gegen derartige und andere unverantwortliche Maßnahmen erstatteten einige Anwälte Strafanzeige, was jedoch bisher folgenlos blieb.

Kurz gesagt ist dieses Liquidierungskonzept, das die Regierung über Polizei und Staatsanwälte durchsetzt, mit juristischen Regelverstößen übersät. Allein die übermäßig lange Untersuchungshaft trägt bereits den Charakter einer Strafe. Bestraft werden so nicht nur die betroffenen Individuen, sondern mit ihnen die Bevölkerung, die ihnen bei der Wahl mehrheitlich ihre Stimmen gegeben hat. Anders ist es wohl nicht zu nennen, wenn die gewählten Volksvertreter zwei Wochen nach der Wahl weggesperrt werden. Ohne auf die 7 000 Seiten umfassende Anklageschrift im Detail einzugehen, möchte ich kurz die Logik der Anklage erläutern: Im Zentrum der Anklage steht, dass Politiker Politik gemacht, Anwälte ihre Mandanten verteidigt und Menschenrechtler Menschenrechtsverletzungen festgestellt und öffentlich angeprangert haben. Kurz: Dass all diese Menschen ihre Arbeit getan haben. Damit beruht das ganze Verfahren auf einer Mentalität, die es für einen kriminellen Akt hält, für die Rechte von Kurden einzutreten.

Zu Recht haben sich die Kurden über dieses Verfahren entrüstet. Sie begreifen das Abführen ihrer gewählten Volksvertreter und deren überlange Untersuchungshaft als repressive Schikanen, als einen Angriff auf jegliche Bemühungen um Frieden und eine Lösung der kurdischen Frage. Darin liegt die besondere Bedeutung dieses Prozesses. Während manche vorschlagen, dass die PKK die Waffen niederlegen und legale Politik betreiben sollte, um so eine Phase der Gewaltfreiheit einzuleiten, antwortet die Regierung darauf durch die Inhaftierung derjenigen, die seit vielen Jahren legale Politik betreiben. Damit unterstreicht sie, dass sie nicht beabsichtigt, den Kurden irgendeine Alternative zur Gewalt zu lassen.

Hierin liegt die historische Bedeutung des Prozesses, der nun in Diyarbakır beginnt. Diese Operation ist ein Anschlag der Regierung auf die Hoffnung auf Frieden und eine demokratische Lösung. Anders als die traditionellen Putsche „à la turca" der Generäle greift die angeblich zivile Regierung zu einem Semi-Putsch durch Polizei und Justiz, um die demokratischen Errungenschaften der Kurden zunichtezumachen. Alle Intellektuellen, Juristinnen und Juristen im In- und Ausland sind aufgerufen, gegen diesen Putsch vorzugehen. Das kurdische Volk wird körperlich bei Gericht anwesend sein oder zumindest ideell hinter seinen Vertretern stehen.

In der Hoffnung auf einen Sieg des Friedens,
Mahmut Şakar

(Das Original auf der Website von MAF-DAD: http://www.mafdad.org/deutsch/index.php?option=com_content&task=view&id=38&Itemid=1)

BDP wertet Boykott des Referendums als Erfolg

Das Referendum und das Danach

M. Ali Çelebi / Istanbul

Die Krise des politischen Systems in der Türkei kam in der Phase des Verfassungsreferendums ganz besonders deutlich zum Ausdruck. Eine kurze Inhaltsangabe schafft hier Überblick: Die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP versucht, das von der militärisch-zivilen Bürokratie seit 87 Jahren mit Unterdrückung aufgebaute Regime in ihrem Sinne mit umgekehrter Unterdrückung in einen ihr unterstehenden Apparat umzuwandeln. Ähnlich wie frühere Regierungen will sie durch Schließungs- oder Bußgeldandrohungen die oppositionellen Medien einschüchtern und eigene abhängige schaffen. Es werden sowohl Militäroperationen als auch Verhaftungswellen gegen kurdische Politiker durchgeführt. Weiterhin ist ein unheimlicher Lauschangriff zu registrieren, die Aufzeichnungen mit den Betroffenen werden dann unter der Hand veröffentlicht. Die Menschen fürchten sich davor, von zu Hause oder von ihren Arbeitsplätzen aus zu telefonieren oder über Computer kommunizieren. (Der Sturz des ehemaligen Vorsitzenden Deniz Baykal der Republikanischen Volkspartei CHP beruhte auch auf einer heimlichen Videoaufnahme, deren Ursprung immer noch diskutiert wird.) Die Nachwirkungen der Ausnutzung des YÖK (des von den Putschisten zur Steuerung der Wissenschaft gegründeten Hohen Bildungsrats) im Regierungssinne, ausgestattet mit eigenen Kadern, statt geschlossen zu werden, dauern noch an. Die dem YÖK unterstehende zentrale Studienplatzverteilung wird nur noch mit Täuschungsversuchen in Verbindung gebracht.

Unter derartig schwierigen Umständen und in einer Phase höchsten Vertrauensverlustes fand in der Türkei am Jubiläum des 12.-September-Putsches das Verfassungsreferendum statt.

Es erzielte drei Resultate. An den Küsten von Ägäis und Mittelmeer das in erster Linie von den CHP-Anhängern getragene „Nein“, in den kurdischen Städten der „Boykott“ (in Colemêrg (Hakkari) beispielsweise lag der Boykottanteil bei 93 %, in Şirnex (Şırnak) 78 %, Amed (Diyarbakır) 65 %, Êlîh (Batman) 61 %, Mêrdîn (Mardin) 57 % und Wan (Van) 57 %), und in den übrigen Städten gab es das „Ja“ der Gefolgsleute von AKP und Saadet Partisi SP. Mit ihrem Wahlboykott haben die Kurden gezeigt, dass man sie bei politischen Entscheidungen und der Zukunftsplanung beachten muss und die Rechnung nicht ohne sie machen sollte. Weiterhin haben die Wahlurnen gezeigt, dass die Partei der nationalistischen Bewegung MHP, die ihren Platz mit der CHP an der „Nein“-Front hatte, eine regelrechte Wählererosion erlebt hat. Infolgedessen kam es unmittelbar nach dem Referendum dann auch zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen AKP und MHP. Die MHP, die Staatsstreiche vorbereitet und unterstützt, deren einzige Lebensquelle die Rassentrennung ist, beschuldigt die AKP, ihre Anweisungen aus Übersee zu erhalten, um die MHP von der politischen Bildfläche zu fegen. (Mit Übersee ist der Anführer der islamischen Nur-Gemeinschaft Fethullah Gülen gemeint, dessen Hilfe Ministerpräsident Erdoğan erbeten und wofür er sich nach dem Referendum bedankt hatte.)

Worum ging es eigentlich in diesem Referendum, das Parteien, Medien, Justiz, Bevölkerung, Militär und Polizei so polarisierte und in Lager versprengt hatte?

Wie es begann

Die AKP machte ihren ersten großen Fehler, als sie die Änderung der Putsch-Verfassung in Angriff nahm. Darüber, dass diese geändert werden müsse, herrschte große Einmütigkeit, aber mit der Taktik „es wird gemacht und damit basta“ wurden alle gesellschaftlichen Erwartungen missachtet. Es wurden weder die kurdischen, sozialistischen oder demokratischen Strukturen angehört, die am meisten unter dem Putsch gelitten hatten, noch die Oppositionspartei CHP, die den Status quo aufrechterhalten will und die militärisch-zivile Bürokratie repräsentiert. Die AKP hat gezeigt, dass sie den Wandel nur insoweit mitträgt, wie er ihr selbst nützt, und ein Paket mit 26 Artikeln geschnürt. Als das Paket im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit erhielt, wurde eine Volksabstimmung unumgänglich.

Die größten Reibungspunkte zwischen den System-Parteien und der AKP erzeugte die Neugestaltung der Bereiche, die die Kompetenzen des Hohen Rates der Staatsanwälte und Richter (HSYK), des Verfassungsgerichts und des Staatspräsidenten regeln.

Es wird befürchtet, dass die Annahme der Individualbeschwerde vor dem Verfassungsgericht lediglich dazu dienen soll, die Anträge der Beschwerdeführer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verzögern.

So trug die oppositionsführende CHP das Änderungspaket zum Verfassungsgericht, das einige Teile streichen ließ. Die Passage im 4. Absatz des Artikel 146 der Verfassung, die die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts regelt und die vorsah, dass die Mitglieder des Kassationsgerichtshofs, des Obersten Verwaltungsgerichts, des Militär-Kassationsgerichts, des Obersten Militär-Verwaltungsgerichts, des Obersten Rechnungshofs, des Hohen Bildungsrats und der Präsidenten der Anwaltskammern bei der Wahl des zum Verfassungsgericht zu entsendenden Mitglieds ihre Stimme jeweils nur einem Kandidaten geben könnten, wurde vom Verfassungsgericht gestrichen. Ebenso die Aussagen über die Ernennungen durch den Staatspräsidenten und die Möglichkeit der Stimmabgabe an nur eine Person bei der Bestimmung der Mitglieder des Hohen Rates der Staatsanwälte und Richter (HSYK) durch die Mitglieder des Obersten Verwaltungsgerichts, des Kassationsgerichts, der Gerechtigkeitsakademie und der Mitglieder der Zivil- und Verwaltungsgerichte. Die CHP konnte jedoch die Bevölkerung trotzdem nicht von einem „Nein“ überzeugen. Die Ironie am Referendum war, dass der für Deniz Baykal an die CHP-Spitze gelangte Kemal Kılıçdaroğlu seine Stimme nicht abgeben konnte, weil er nirgendwo als Wähler registriert worden war. Die Polizei wurde beschuldigt.

Wo stehen die Kurden?

Die Repräsentantin der Kurden im Parlament, die Partei für Frieden und Demokratie BDP, war bemüht, eine Alternative zu AKP, CHP und MHP zu schaffen, die danach trachten, den Status quo auf verschiedene Arten aufrechtzuerhalten, die jeden Versuch unternehmen, die Kader in allen Institutionen unter ihre eigene Kontrolle zu bringen, und die, trotz enormer Differenzen untereinander, mit unglaublichen Reflexen sich stets darüber einig sind, dass mit der kurdischen Problematik nur durch Missachtung der Menschenrechte und militärische Repression umgegangen werden sollte. Weiterhin hatte die BDP zum Ausdruck gebracht, dass in dem Falle, sollten die 10%-Hürde auf ein vernünftiges Maß herabgesenkt, kurdischer muttersprachlicher Unterricht für die kurdische Bevölkerung anerkannt, die Verwendung der kurdischen Sprache bei kommunalen Dienstleistungen möglich, Kinder nicht mehr vor den Richter geführt, das freie Denken nicht mehr in Gefängniszellen angekettet, die Rechte des kurdischen Volkes in einem Gleichheitssinne unter verfassungsrechtlichen Schutz gestellt werden, sie sowohl bei den Abstimmungen im Parlament als auch beim Referendum mit „Ja“ stimmen würden. Als der Tag des Referendums näher rückte, kündigte die BDP an, mit „Ja“ zu stimmen, falls die Regierung sich bereit erklärte, gemeinsam eine neue Verfassung zu gestalten. Auf Demonstrationen hatten sie darauf aufmerksam gemacht, dass man, wenn der Wille zur Lösung des kurdischen Problems wirklich bestehe, sich mit der PKK an einen Verhandlungstisch setzen müsse.

Da sich die Haltung der Regierung nicht änderte und der angeschlagene Ton in der Mobilisierungskampagne als diskriminierend empfunden wurde, blieb man bei der Entscheidung für einen Boykott und die Urnen wurden leer zurückgeschickt. Bei der Analyse des Referendums im Zentralen Ausführungsausschuss der BDP (MYK) wurde festgestellt, dass der „Boykott“ erfolgreich gewesen sei und dies zur Kenntnis genommen werden sollte.

Die Putschisten und 2011

Eine Kritik an der AKP besagt, dass hinter deren Propaganda von einer Verurteilung der Putschisten und der Putsche oder der Auflösung Gladio-ähnlicher Seilschaften wie Ergenekon keine ehrlichen Absichten stünden. So wurde unmittelbar nach dem Referendum eine Flut von Anzeigen erstattet gegen den noch lebenden Chef der Militär-Junta Kenan Evren und die ehemaligen Befehlshaber der Marinestreitkräfte Najat Tümer und Tahsin Şahinkaya und einige Funktionäre des damaligen Militärregimes, die teilweise heute in der AKP tätig sind. Doch nach allgemeiner Einschätzung wird die AKP einen solchen Schritt nicht wagen, sondern lediglich ein paar ihr unbequem gewordene Köpfe rollen lassen. Wir sehen, dass sich im Kampf zwischen dem gegenwärtigen und dem von der AKP angestrebten Status quo die Fronten erhärten werden und es zu einigen ernsthaften Brüchen im System kommen wird.

In dieser Atmosphäre sind alle Blicke auf die Parlamentswahl 2011 gerichtet. Im Rahmen der Wahlvorbereitungen sind sogar bei der CHP, die der EU mit Skepsis gegenüberstand, erste Veränderungen zu verzeichnen. Kılıçdaroğlu, der auf Veranstaltungen zum Referendum von einer Generalamnestie sprach, versucht, im Gegensatz zu Baykal, der sich eher der MHP genähert hatte, nun mit einer Tour durch die EU, auch hier die Wogen zu glätten. In seinen Gesprächen in Brüssel und Berlin, die einige Tage dauerten, sprach er von universellen Werten, der Abschaffung des Hohen Bildungsausschusses YÖK, vom Absenken der 10%-Hürde und der Abschaffung der Immunität; wenn er hinter diesen Aussagen stehen sollte, könnte ein wirklicher Wandel bevorstehen. Auf der einen Seite fängt die CHP an, sich zu öffnen, auf der anderen Seite scheint es, als ob die AKP nach der Vollendung der Ausgestaltung ihrer eigenen Administration wohl zur Wächterin des Status quo mutieren wird. Die BDP besteht weiterhin auf ihrer Forderung nach einem verfassungsrechtlichen Schutz der Identität und der Freiheitsrechte und hat sie mit einer Botschaft an alle Parteien versehen: dem Schulboykott in der ersten Schulwoche. Abschließend lässt sich feststellen, dass die Parteien aus dem Resultat des Referendums von 58 % Ja- und 42 % Nein-Stimmen und einer hohen Boykottbeteiligung in kurdischen Städten gewisse Lehren ziehen sollten. Anderenfalls werden sie wie Blätter hin und her gewirbelt werden.

Wenn ich mich nicht irre, besagt ein chinesisches Sprichwort: „Alle Blumen der Zukunft stecken in den Samen von heute.“ ♦

Schlüssel für die Lösung vieler akuter Probleme der gesamten Region

Die demokratische Autonomie führt zu einer Lösung der Konflikte

Interview mit Demir Çelik (BDP), geführt von Deniz Bilgin

Das Projekt der demokratischen Autonomie ist neben der kurdischen Frage und vielen weiteren Problemen der politisch kriselnden Türkei eines der Haupttagesthemen der Türkei. Was ist aber die demokratische Autonomie, und aus welchem Grunde hat man ein Bedürfnis nach einem solchen Projekt? Ist es ein Projekt, welches lediglich für das kurdische Volk vorgesehen ist? Welche Art von System geht mit dem Projekt einher? Wie kann man ein solches Projekt trotz der Existenz des Staates umsetzen? Welches sind seine politischen und rechtlichen Grundlagen? Wer ist weshalb in der Türkei Befürworter des Projekts und wer spricht sich dagegen aus? Diese und weitere Fragen stellte die Journalistin Deniz Bilgin dem stellvertretenden Vorsitzenden und Sprecher der Kommission für Ökologie und Basisverwaltungen der BDP, Demir Çelik.

Deniz Bilgin: Seit einiger Zeit engagiert sich die Bewegung für die Arbeit in freien demokratischen Kommunalverwaltungen. Woher entsprang das Bedürfnis nach dieser Arbeit?

Demir Çelik: Das kurdische Volk hat sich erstmals Anfang der 90er Jahre dazu entschlossen, eine politische Partei in ihrem Namen ins Leben zu rufen und deshalb eine eigene politische Linie zu entwickeln. Die Früchte hierfür ernteten sie dann 1999 mit den ersten gewonnenen Kommunalverwaltungen.

In dieser Phase suchten wir nach einem gerechteren System, ohne uns an bestehende Systeme zu binden, und standen gleichzeitig im Widerspruch zum autoritären Zentralstaat.

Im Jahre 2004 erkannte man, dass die vorhandenen Verwaltungen ungenügend waren bzw. an die Stelle des vorhandenen Zentralstaats ein neues Modell treten sollte, das verschiedene Identitäten, Glaubensbekenntnisse, Dynamiken und Volksgruppen beachtet und sie in die Entscheidungsmechanismen mit einbezieht. Unser Weg war geprägt durch eine sehr intensive Suche. Hierfür haben wir Beispiele aus aller Welt unter die Lupe genommen. Wir haben erforscht, wie ein neues Modell aussehen soll, und betrachteten Beispiele wie den Werdegang Europas, sozialistische Vorstellungen wie in Porto Alegre, das Beispiel der Zapatistas, das baskische Modell, Italien, Großbritannien und viele weitere Modelle, die wir als relevant empfanden. Wichtig war für uns aber auch, dass unsere Suche entlang der Debatten über die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft verlief und der damit einhergehenden Bemühungen, den Nationalstaat als solches in eine demokratischere Richtung zu lenken.

Unser Modell der freien demokratischen Basisverwaltung stützt sich auf vier Säulen:

1. Die Säule der Partizipation, wobei sich die Bevölkerung in eigenen Räten und ähnlichen Institutionen zu Worte melden kann. Als Beispiele hierfür sind Bezirks-, Frauen- und Stadträte zu nennen.
2. Eine ökologische Lebensweise, welche Umwelt und Ökologie schützt und nicht vernichtet. Eine solche Vorstellung kann nur zusammen mit den kommunalen Selbstverwaltungen ins Leben gerufen werden.
3. Der Kampf gegen die staatszentrierte und herrschaftsorientierte Denkweise, der mit einem geschlechterbefreienden Paradigma einhergeht. Dieser kann nur umgesetzt werden, wenn die Erkenntnis wahrgenommen wird: „Die Freiheit der Gesellschaft führt über die Freiheit der Frau." Diese Säule kann auch als „Kampf gegen Sexismus" betitelt werden.
4. Wir haben versucht, ein System zu entwerfen, welches der Gesellschaft die Möglichkeit gibt, ihre ökonomischen Belange selbst zu lenken. Eine partizipative „Wirtschaft des Volkes" über Vereinigungen und Kooperativen ist hierbei unser Ziel.

Dies alles sehen wir nicht nur als Lösungsmodell für das kurdische Volk bzw. die kurdische Frage. In Anbetracht der politischen Struktur der Türkei sind wir der Meinung, dass ein solches Modell für die verschiedenen Teile des Landes anwendbar ist.

Wie wird sich das autonome System basierend auf diesen Säulen ausformen?

Die Kommunalverwaltungen müssen sich in denjenigen Bereichen, in denen sie nicht zwangsweise an den Staat gebunden sind, weiter von staatlichen Funktionen und Aufgaben befreien bzw. weiter demokratisieren. Wenn wir uns die ganzen Probleme – vor allem die kurdische Frage – vor Augen halten, ist die Abkehr des momentanen Zentralstaats von seiner Philosophie ein Muss, und ebenso seine Verwandlung in einen hinnehmbaren Zustand. Dies zeigt auch, dass eine politische Struktur vonnöten ist, die flexibel und transparent ist. In diesem Sinne sagen wir, dass an die Stelle des unitären National-

staats, der ein Produkt des Kapitalismus ist, eine autonome Struktur treten soll, die den vorhandenen Staat demokratisiert und zulässt, dass die Gesellschaft ihre Beschlüsse selbst in demokratischen und nach eigenem Willen ausgerichteten Verwaltungen fasst. Dies gilt nicht nur für die kurdische Frage. Wenn man sich die politische Struktur der Türkei vor Augen hält, sind wir der Meinung, dass auch mehrere autonome Strukturen möglich sind, unabhängig von geografischen Kriterien oder Identitäten.

Bedeutet das, dass die autonomen Strukturen nicht zwangsläufig auf ethnischen Identitäten beruhen?

Richtig. Es werden je nach Bedarf wirtschaftliche, klimatische, kulturelle, demografische und/oder geografische Kriterien ausschlaggebend sein. Das bedeutet also, dass dieses Modell nicht statisch, sondern dynamisch ist und die jeweiligen Gegebenheiten berücksichtigt. Anstatt einer geografischen Autonomie wollen wir eher eine, die sich auf lokale Probleme stützt. Als Beispiel führe man sich hier einmal wirtschaftlich entwickelte Regionen wie Izmit, Sakarya und Bursa vor Augen. Grundlegende Probleme dieser Regionen rühren aus ihrer Industrie her, wie Verschmutzung der Umwelt und ökologische Zerstörungen. Hier muss ein autonomes Projekt her, das diese Probleme lösen kann.

Wohingegen es aber Tatsache ist, dass sich in einer Region wie Colemêrg (Hakkari) die kurdische Identität in den Vordergrund drängt.

Auf der anderen Seite aber leben Kurden und Dadaschen in Erzirom (Erzurum) zusammen, ebenso wie in Îdir (Iğdır) Kurden, Aserbaidschaner und Armenier. Im Norden leben Lasen und Türken miteinander und im Süden Türken, Kurden und Araber. Während Adana und Mersin von regionaler Bedeutung sind, spielen Antalya und Muğla eine internationale Rolle. Angesichts all dieser Kriterien erscheint es am realistischsten, dass es durch eine autonome Struktur in der Türkei zu einem politischen Aufschwung kommen kann.

Wir lehnen es also ab, dieses Projekt ausschließlich als Lösung der kurdischen Frage zu betrachten, sondern sehen darin den Schlüssel für die Lösung vieler akuter Probleme der gesamten Region.

Aber auch die Kurden haben in diesem Rahmen ihr Lösungsprojekt: Sie werden im Nahen/Mittleren Osten die Vierteilung durch die nationalen Grenzen überwinden und dort ihre eigene Kultur, Sprache und Identität leben können.

Und wie werden die internen Angelegenheiten dieser Regionen dann geregelt?

Beispiele hierfür gibt es in Italien und Großbritannien. Je nach Bedarf wird dies auf geografischen, kulturellen oder ganz anderen Kriterien beruhen. Diese Autonomie bezweckt nicht irgendeine Form von Herrschaft oder Macht. Sie soll dazu führen, dass lokale Verwaltungen ihre eigenen Probleme auf eigenem Wege lösen. Das kann wie gesagt je nach Bedarf auf der türkischen, armenischen, arabischen oder kurdischen Identität basieren oder auch auf der islamischen oder einer anderen Glaubensrichtung, wenn dies erforderlich ist. Zum Beispiel werden in Tekirdağ, Istanbul, Izmit, Sakarya oder Ankara, wo die kapitalistische Produktionsweise am weitesten entwickelt ist und beispielsweise stark zur Erderwärmung beiträgt, eigene Lösungsprojekte entwickelt.

Es muss ein System geschaffen werden, das z. B. in Sachen kurdische Frage ein Lösungsmodell anbietet, aber alle Volksgruppen der Türkei teilhaben lässt. Dieses System wird neben der türkischen Flagge, als Repräsentanz des gesamten Landes, auch eigene, lokale Farben haben. In diesem System haben Kurden ein gleiches Anrecht darauf wie Tscherkessen und Araber. Dies aber wird nur mit dem Willen der regionalen Bevölkerung möglich sein. Anstelle begrenzter Überlegungen und Lösungsansätze wollen wir Lösungen, die heute zeitgemäß sind und an die historische Entwicklung, die Traditionen der Gesellschaft und ihre politische wie kulturelle Struktur gekoppelt sind. Einen solchen Rahmen wollen wir setzen.

Wieso keine Föderation oder Unabhängigkeit und unbedingt eine Autonomie?

Die Kurden sind heutzutage ein wichtiger dynamischer Faktor bei der Stadt- und Gesellschaftswerdung sowie der Politisierung. So sind sie eines der wenigen Völker, die eine Chance auf Verwirklichung ihres eigenen Vorhabens mittels einer organisierten Gesellschaft haben. Die Errungenschaften dieses Volkes sind groß. Und wir behaupten, dass durch die Dynamik dieser Errungenschaften eine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut werden kann. Deshalb benutzen wir nicht den Begriff Föderation bzw. unabhängiges Kurdistan. Wir sind der Meinung, dass solche Modelle nicht wirkliche Lösungsperspektiven anbieten. Denn mit der Zeit ist folgende Realität unübersehbar geworden: Die größte Stadt der Kurden heißt Istanbul. Und weiter gibt es Städte wie Adana, Mersin und Izmir, die Kurden haben sich mit der Zeit in allen Gegenden der Türkei angesiedelt. Deswegen sprechen wir von einer autonomen Struktur, die nicht auf geografischer Basis fußt, sondern – in Sachen kurdische Frage – eher eine verfassungsrechtliche Sicherheit gibt, mit der sie ihre Sprache und Kultur ausleben können. Als nächsten Schritt der Umsetzung dessen erwarten wir dann keine weitere Unterstützung des Staates, sondern wollen dies selbst auf den Straßen, in den Vierteln und Städten durch eigene Institutionen ins Leben rufen. Diese können je nach Bedarf durch Gemeinden, Verwaltungsräte, Frauen- und Jugendgremien, aber auch durch den Kongress der Demokratischen Gesellschaft (DTK) oder NGOs aufgebaut werden.

Dieses Projekt hat das Potenzial, den Demokratiebegriff mit neuem Inhalt zu füllen. Egal, wie sehr wir auch terrorisiert werden, die Kraft unseres Beitrages wird der Türkei, dem Nahen/Mittleren Osten und der gesamten Menschheit in naher Zukunft von großem Wert sein.

Können also die bisher unternommenen Schritte und aufgebauten Institutionen als Basis der Autonomie gelten?

Praktisch gesehen ebnen sie den Weg zur Autonomie. Sie sind eine organisierte Kraft, die trotz des Staates für die Umsetzung der erkämpften Rechte auf kommunaler Ebene arbeitet, den Staat zwar beachtend, aber mit dem Ziel, ihn zu verändern.

Hierfür sind unsere Stadtverwaltungen und Kommunalräte gelungene Beispiele.

Die Gemeinden sind gebunden an verschiedene Gesetze und haben auf Grundlage dessen gewisse Aufgaben und Verantwortungen. Aber gleichzeitig haben sie das Potenzial, Veränderungen zu schaffen. Die Frage ist: Wie? Wir haben im Jahr 1999 die Stadträte hierfür als geeignet betrachtet. Das war nach damaligen Gesetzen verboten. Viele Bürgermeister von uns wurden angezeigt und sogar bestraft. Ab dem Jahr 2005, als die Türkei die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung unterschrieb, musste sie die Stadträte in ihr Programm mit aufnehmen. Schon 1994 hatte sich die Türkei verpflichtet, dies alles zu erlauben, als sie die dazugehörige Absichtserklärung unterschrieb.

Welche Gemeinsamkeiten existieren zwischen Ihrem Projekt der demokratischen Autonomie und dem der EU? Wie wird sie dem Projekt helfen, wenn sie in der Türkei angewendet wird?

Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ist eine wichtige Referenz bei der Lösung der politischen Krise. Wir besitzen zwar ein fortgeschritteneres Modell als dasjenige der EU, aber es bestätigt uns dennoch in unserem Vorhaben. Wenn die EU ein Staatenbund ist, an dem die Türkei auch teilnehmen will, dann muss sie nach dessen Kriterien ein neues rechtliches und politisches System entwickeln.

Weshalb verhält sich die Türkei so zurückhaltend bezüglich dieser Charta?

Diese Charta hat ca. zwanzig Artikel, und die Türkei hatte von Anfang an mit einigen davon ihre Probleme. Vor allem bei denjenigen, die verschiedenen Kulturen, Sprachen und Religionen Rechte einräumen. Wenn es um solche Rechte geht, dann geistert sofort wieder die Angst vor dem „Separatismus“ in der Türkei umher. Daher die Skepsis der Türkei vor diesen Artikeln.

Man begegnet in der Türkei sofort gewissen Vorurteilen, wenn das Autonomieprojekt angesprochen wird. Ist es unverständlich oder wurde es ganz einfach zu wenig erklärt?

Das stimmt, und es kann aus beiden Gründen herrühren. Aber der Blickwinkel des Systems bzw. der Akteure des Systems ist vollkommen subjektiv. Wenn man diesen Menschen das Stichwort „Kurde“ gibt, sind die ersten Gedanken, die ihnen einfallen, „Separatist“ und „Terrorist“. So wird nicht alles von Gewicht sein, was sie sagen. Es sind Gedanken, die zu verurteilen sind. Für uns ohnehin nichts Neues.

Im Osmanischen Reich wurde problemlos von „Kurdistan“ gesprochen, aber heute verdeutlicht dies, dass hier ein Problem zum Vorschein kommt, das die Republik seit neunzig Jahren unter den Teppich kehrt. Eigentlich sind die Kurden aus Sicht der Türkei eine wichtige dynamische Kraft.

Es ist auch klar, dass sie nichts separieren, sondern eher die Funktion eines Katalysators einnehmen und die Veränderungen vorantreiben werden. Das ist ein wichtiges Projekt, das den gegenwärtigen Krieg in ein geschwisterliches Verhältnis umkehren wird – die vielen Milliarden, die jährlich in den Krieg fließen, mal außen vor gelassen! Dies aber wollen unsere „Herrscher“ nicht sehen. ♦



Initiative für Meinungsfreiheit – gegen die andauernde Repression gegen JournalistInnen und das Verbot von Zeitungen Foto: DIHA

Basê (Güçlükonak), Hemkan (Beşağaç), Çelê (Çukurca), Peyaniş (Geçitli) …

Welchen Verlauf werden die Untersuchungen nehmen?

Sidar Boran – ANF 17. September 2010

Trotz des bis zum 20. September geltenden KCK-Beschlusses der einseitigen „Aktionslosigkeit“ [inzwischen verlängert, s. S. 9; Anm. d. Ü.] kamen bei einem Anschlag auf einen Kleinbus, der aus dem Dorf Peyaniş (Geçitli) bei Colemêrg (Hakkari) in das Stadtzentrum unterwegs war, neun Personen ums Leben und vier weitere wurden verletzt. Dieser Anschlag brachte erneut ähnliche Massaker aus den Vorjahren in Erinnerung.

Nach jedem Massaker der Kontra-Guerilla schreiben Generalstab, Regierungsvertreter und Gouverneure diese Taten der PKK zu. Zeugen und/oder Dokumente, die Jahre später auftauchen, lüften die Schleier um die Geheimnisse. Trotzdem wurde bislang von keiner Staatsanwaltschaft etwas in die Wege geleitet. Darum ist die Haltung der Staatsanwaltschaft im Falle des jüngsten Massakers von Interesse.

Für die Ereignisse von Basê (Güçlükonak), Hemkan (Beşağaç) und Çelê (Çukurca) wurde ebenfalls die PKK verantwortlich gemacht, aber inzwischen stellte sich heraus, dass sie damit nicht in Verbindung stand.

Noch ist ungewiss, wie die Untersuchung des jüngsten Anschlages in Peyaniş (Geçitli) ausgehen wird.

Bei dem Attentat auf den Kleinbus auf dem Weg vom Dorf Peyaniş (Geçitli) in Richtung Stadtzentrum verloren Aydın Erol (30), Eşref Gür (32), Enes Erol (22), Şirin Kurt (23), Abuzeyt Idem (40), Cane Dayan (50), Zarife Çiftçi (25), Semiha Dayan (35) und Nurullah Çiftçi (2) ihr Leben. Özgür Idem, Sudenaz Kurt, Berivan Dayan und die sechsmonatige Zeynep Kurt wurden verletzt.

Nachdem die Explosion im nahen Dorf gehört worden war, begaben sich Dorfbewohner zum Tatort. 15 Meter entfernt entdeckten sie Taschen, darin zwei Minen, Leuchtraketen und Raketenmunition. Als sie diese Funde den inzwischen eingetroffenen Pressevertretern zeigen wollten, intervenierten die Soldaten und gaben Warnschüsse ab. Die zwei Taschen samt Inhalt wurden später vor Ort der Staatsanwaltschaft übergeben.

Kurze Zeit nach dem schrecklichen Ereignis erklärten der türkische Staatspräsident Abdullah Gül, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sowie der Gouverneur von Colemêrg (Hakkari), Muammer Türker, die PKK zum Täter.

Die Oberstaatsanwaltschaft von Colemêrg (Hakkari) leitete eine Untersuchung ein. Aber es ist fraglich, inwieweit diese ordentlich und gründlich geführt werden wird.

Ähnlichkeiten bei den Massakern: Beispiel Basê (Güçlükonak)

Nachdem die PKK am 15. Dezember 1995 einen einseitigen Waffenstillstand verkündet hatte, führten türkische Soldaten am 12. Januar 1996 im Dorf Yatağan der Kreisstadt Basê (Güçlükonak) bei Şirnex (Şırnak) eine Razzia durch und nahmen unter dem Vorwand, sie hätten die PKK unterstützt, die ehemaligen Dorfschützer Abdullah İlhan, Ahmet Kaya, Ali Nas, Neytullah Ilhan, Halit Kaya und Ramazan Oruç fest. Sie wurden zum Gendarmeriebataillon Taşkonak gebracht, ebenso wie am 15. Januar die Dorfschützer Hamit Yılmaz, Abdulhalim Yılmaz, Mehmet Öner und Lokman Özdemir aus dem Dorf Koçyurdu mit der Begründung, es gäbe Dienst. Sie wurden alle gemeinsam in den Kleinbus von Ramazan Nas gesetzt. Der machte sich auf den Weg und wurde zwischen dem Bataillonsstandort und dem Dorf Koçyurdu von Bewaffneten zum Halten gebracht. Die Täter schossen aus allen Richtungen auf den Bus und die Insassen und zündeten ihn anschließend samt Passagieren an. Alle verbrannten.

Nach einem Tag (16. Januar) wurde den Journalisten, die vom Generalstab aus Ankara nach Basê (Güçlükonak) eingeflogen worden waren, erklärt, die PKK sei für dieses Massaker verantwortlich.

Jahre später offenbarte Özcan Tozlu, Gendarmeriehauptmann in Şirnex (Şırnak), der Presse, dass die elf Dorfschützer auf Befehl des damaligen Infanteriebrigadekommandanten von Akçay, Oberst Selahattin Uğurlu, unter der Obhut des MAK [*das türkische Combat Search and Rescue Team*] von sieben Dorfschützern getötet worden seien.

Dann erklärte der damalige Minister für Menschenrechte Adnan Ekmen, das Massaker sei von JITEM verübt worden. Die Arbeitsgruppe „Zusammenkunft für den Frieden“, die am 13. Februar Tatortrecherchen durchgeführt hatte, teilte die Details in einem Bericht der Presse mit. Die Mitglieder dieser Gruppe wurden aufgrund ihrer Äußerungen verurteilt, mit der Begründung, die ideelle Persönlichkeit der Armee gedemütigt zu haben. In ihrer Verhandlung vor dem 4. Strafgericht Istanbul erhielten Şanar Yurdatapan, Minür Ceylan (damaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Petrol-İş) sowie Ercan Kanar (damaliger Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD Istanbul) jeweils 10 Monate Gefängnis.

Keiner der Täter ist jedoch bislang vor Gericht gebracht worden.

12 Tote in Hemkan (Beşağaç)

In den Abendstunden des 29. September 2007 wurde im Dorf Hemkan (Beşağaç) bei Elkê (Beytüşşebap) in Şirnex (Şırnak) ein Kleinbus mit 14 Insassen bei ihrer Rückkehr von der Arbeit beschossen, zwei von ihnen waren vorläufige und fünf freiwillige Dorfschützer. Das passierte ca. 10 km vom Platz Sıhala Deresi entfernt. Diese Personen arbeiteten bei einem Lieferunternehmen. Der Fahrer des Busses Kamil Akdoğan, die freiwilligen Dorfschützer Rahmi Acer, Kadri Acer, Orhan Acer, Kazım Acer, der Dorfschützer und Dorfvorsteher Yusuf Acer, der Bruder eines vorläufigen Dorfschützers Zeki Acer sowie die Dorfbewohner Reşit Acer, Harun Acer, Sefer Acer, Bengin Acer und Cuma Ermahan wurden beim Angriff getötet. Memduh und Erdal Acar entkamen verletzt.

Auch hier machten der Generalstabschef und Regierungsvertreter unmittelbar nach dem Angriff die PKK für die Tat verantwortlich. Erst später gestanden Zeugen ein, dass sie vom Jirki-Clan wegen Grundstückskonflikten verübt worden sei. Trotz inzwischen drei vergangenen Jahren gibt es keinerlei Verurteilung für die Täter. Die Akte befindet sich in den Regalen der Oberstaatsanwaltschaft von Elkê (Beytüşşebap).

Sieben Soldaten in Çelê (Çukurca) durch eine Minenexplosion getötet

In der Nähe der Kreisstadt Çelê (Çukurca) bei Colemêrg (Hakkari) kam es am 27. Mai 2009 zu einer Minenexplosion, als eine Einheit des 20. Gendarmeriebrigadekommandos in Richtung Hantepe unterwegs war. Dabei starben die Soldaten Ziya Bener, Deniz Demirci, Özkan Dumlu, Cafer Çelik, Kemal Özer, Adil Yılmaz und Oğuz Kır, sieben weitere wurden verletzt. Nach dem Vorfall wurde behauptet, die Mine sei von der PKK gelegt worden. Später tauchten im Internet zwei Tonbandmitschnitte eines Gesprächs zwischen zwei Kommandanten auf. Darin wurde deutlich, dass die explodierte Mine nicht wie behauptet von der PKK kam, sondern vom Brigadier Zeki Es vom 20. Gendarmeriebrigadekommando gelegt worden war.



Auf der Strecke Colemêrg – Peyaniş explodierte am 16.9. eine Mine und riss 9 ZivilistInnen in den Tod, die mit einem Kleinbus unterwegs waren. Dieser Angriff steht leider nicht allein. Der Terror gegen die Bevölkerung muss ein Ende finden. Foto: DIHA

Nach dem Auftauchen der Bänder leitete die Staatsanwaltschaft von Wan (Van) eine Untersuchung ein. Die ist bislang nicht abgeschlossen.

Am Tag der Explosion stand ein Gespräch zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan und dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk bevor. Auch am Tag des Anschlags auf den Kleinbus in Peyaniş (Geçitli) sollten Gespräche von Regierungsvertretern mit den BDP-Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Gülten Kışanak stattfinden. Das Gespräch wurde wegen des Vorfalls von der Regierung verschoben.

Nach dem Anschlag in Peyaniş (Geçitli) stellt sich die berechtigte Frage, welchen Verlauf die Untersuchung nehmen wird. Der Provinzverband der BDP erklärte nach dem Vorfall, dass es bei ähnlichen Ereignissen bislang immer üblich gewesen sei, dass das Militär mit Kobra-Helikoptern breit angelegte Operationen in der Region durchführte. Es wurde darauf verwiesen, dass dies beim jüngsten Anschlag nicht geschehen sei.

Dieser Angriff auf ein Dorf, das kürzlich beim Verfassungsreferendum zu 99 % nicht zur Urne gegangen war, weist eigentlich auch auf die Täterschaft hin.

Werden bei der Untersuchung alle Gespräche, die in der Region über Funk und Telefon mitgeschnitten wurden, berücksichtigt werden? Oder werden die zwei Taschen mit ihrem Inhalt untersucht und zur Akte genommen werden?

Generalstab, Regierung und ein Teil der Medien schrieben heute die Tat der PKK zu. Aber was werden diese Kreise sagen, wenn morgen ein Zeuge auftritt und Details über den Vorfall öffentlich macht? ♦

Mitglieder der türkischen Armee verüben Anschlag auf einen Kleinbus: 9 Tote

Das kurdische Volk wurde für seine Boykott-Haltung bestraft

Exekutivrat des Kurdistan Nationalkongresses, 16.09.2010

An die Presse und die Öffentlichkeit

Auf der Strecke Colemêrg (Hakkari) – Peyaniş (Geçitli) explodierte heute Morgen eine Mine und riss 9 Zivilisten in den Tod, die mit einem Kleinbus unterwegs waren. Bei dem Anschlag wurden zwei weitere Personen verletzt. Dorfbewohner, die nach der schrecklichen Explosion zum Tatort stürmten, entdeckten zwei nicht explodierte Anti-Panzer-Minen, zwei Militärtaschen, in denen zwei Messer, eine Kamera und Verbindungskabel waren. Auf den Kameraaufnahmen vom Tatort ist zu erkennen, dass diese Bestände zur Kommandobrigade von Colemêrg (Hakkari) gehören. Die Soldaten versuchten die Dorfbewohner daran zu hindern, die Beweismaterialien der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Soldaten gaben Warnschüsse ab und es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen kurdischen Dorfbewohnern und türkischen Soldaten. Den Dorfbewohnern gelang es trotz allem, die Funde der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Obwohl die KCK erklärt hat, sich bis zum 20. September an ihre einseitige Aktionslosigkeit halten zu wollen, führt die türkische Armee ununterbrochen ihre Angriffe fort. Auffällig ist, dass die Militäroperationen sich auf die Region von Colemêrg (Hakkari) konzentrieren. Während der einseitigen Aktionslosigkeit verloren annähernd 20 Guerillakämpfer ihr Leben. Jetzt macht das türkische Militär die Zivilbevölkerung zum Angriffsziel.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Anschlag von Peyaniş (Geçitli) von den türkischen Kontra-Kräften verübt wurde. Mit diesem Anschlag sollen in erster Linie die Dorfbewohner von Peyaniş (Geçitli) und im Allgemeinen die Bevölkerung von Colemêrg (Hakkari) bestraft werden. Beim [*Verfassungs*-]Referendum am 12. September gingen in Peyaniş (Geçitli) von 970 Wahlberechtigten nur 5 Personen zur Urne, der Rest nahm am Boykott teil. Colemêrg (Hakkari) hielt den Rekord-Boykottanteil mit 93 %. Daher liegt es nahe, dass mit diesem Anschlag die Bevölkerung von Colemêrg (Hakkari) für ihre Boykott-Haltung bestraft werden soll. Unmittelbar nachdem die Ergebnisse des Referendums bekannt geworden waren, hat die Regierung Colemêrg (Hakkari) zum Angriffsziel erklärt. Es scheint, dass die Kontra-Kräfte heute diese Strafaktion durchgeführt haben.

Diese Art von Angriffen ist in Colemêrg (Hakkari) nicht neu. Schon mehrfach wurden auf ähnliche Weise Angriffe gegen die Zivilbevölkerung verübt mit der Absicht, wie beim jüngsten Angriff auch die Tat der PKK in die Schuhe zu schieben. Die Erinnerungen an den Bombenanschlag vom 9. November 2005 auf einen Buchladen in Şemzînan (Şemdinli) sind noch frisch. Türkische Offiziere wurden damals auf frischer Tat von der Bevölkerung ertappt. Bei dem Anschlag kam ein Mensch ums Leben und mehrere wurden verletzt.

Der Anschlag in Peyaniş (Geçitli) ist offen und klar. Es handelt sich um einen bestialischen Angriff gegen unser Volk. Die Täter sind türkische Kontra-Einheiten. Wir verurteilen diesen Anschlag aufs Schärfste und rufen die Regierungsverantwortlichen dazu auf, den Vorfall aufzuklären und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. ♦



In der Nähe des Tatorts fand die Bevölkerung u. a. 2 Anti-Panzer-Minen, 2 Militärtaschen, in denen sich 2 Messer, eine Kamera und Verbindungskabel befanden. Sie setzten sich gegen das Militär durch und übergaben der Staatsanwaltschaft die Beweismittel. Foto: DIHA

Jeden Samstag um 12 Uhr auf dem Galatasaray-Platz

Lasst uns die in Untersuchungshaft Verschwundenen nicht vergessen!

Eren Keskin, Rechtsanwältin, 07.10.2010

Ich denke, dass der größte Schmerz, den ein Mensch erfahren kann, der über das Ableben eines geliebten Angehörigen ist. Einen Menschen in die Ewigkeit verabschieden zu müssen, ihn nie wieder berühren, seine Stimme nie wieder hören zu können, einzig sich mit der Erinnerung begnügen zu müssen, ist etwas sehr Schwieriges.

Ich habe das auch erfahren müssen, daher kann ich es nachvollziehen ...

Aber, einen geliebten Menschen als Verschwundenen zu wissen, über sein Leben oder seinen Tod im Ungewissen zu sein, ihn jederzeit zu erwarten, als könne er zurückkehren, seinen Tod nicht zu akzeptieren, im Gewirr von Hoffnung und Hoffnungslosigkeit gefangen zu sein, das bedeutet, von Tag zu Tag stärker in Verzweiflung zu geraten.

Dies alles sind beängstigende Gefühle ...

Man hat keine Grabstelle, die man aufsuchen kann, auch wenn man die Hoffnung auf Rückkehr größtenteils aufgegeben hat.

Der türkische Staat ließ seine Bürger dies erleiden und tut es noch immer.

Das Verschwindenlassen von Menschen in Untersuchungshaft wird seit der Zeit der Jungtürken [*1908*] in der Türkei als Staatspolitik gegen Oppositionelle angewandt. Leider verschloss sich die Öffentlichkeit demgegenüber und opferte das Gedächtnis daran, indem den Lügen der offiziellen Staatsideologie Glauben geschenkt wurde.

Der vor dem Genozid von 1915 verschleppten und ermordeten armenischen Intellektuellen wird erst seit dem Jahre 2010 gedacht. Die Öffentlichkeit tut dies 95 Jahre verspätet.

Ich persönlich habe das Verschwindenlassen in Untersuchungshaft aus nächster Nähe erleben müssen.

Ich erinnere mich, dass es im Januar 1995 war. Rıdvan Karakoç kam eines Tages in mein Büro.

Er berichtete mir, dass er jeden Tag und zu jeder Zeit von Zivilpolizisten verfolgt werde. Er vermutete, dass die Verfolger aus der JITEM stammten, und war in Sorge darüber. Er erbat meine Hilfe. Ich verlangte die Übertragung einer Vollmacht und Angaben über all seine problematischen Erfahrungen. Es vergingen an die zehn Tage. Diesmal rief er mich an. Er unterrichtete mich über die Bevollmächtigung seinerseits. Aber er stünde ständig unter Beobachtung, könne nicht kommen und würde daher die Bevollmächtigung per Post schicken.

Er fügte hinzu, „wenn mir etwas geschieht, dann wisse, dass der Staat verantwortlich ist“.

Ein paar Tage später hielt ich die Vollmacht in Händen.

Ende Februar rief mich seine Familie an, da sie von Rıdvan nichts mehr hören konnte. Ich habe zu der Zeit überall nachgefragt, in den Terrorbekämpfungsstellen, im Polizeipräsidium, bei der Jandarma, im Leichenschauhaus. Darüber vergingen zwei Monate, in denen Rıdvan gefoltert, ermordet und vergraben worden war, so dass schließlich sein lebloser Körper aufgefunden wurde. Ich konnte zu dem Zeitpunkt nicht zugegen sein, da ich aufgrund einer verhängten Haftstrafe wegen einer Veröffentlichung polizeilich gesucht wurde.

Daher konnte ich ihm kein Geleit geben auf seinem letzten Weg.

Es bleibt uns einzig, uns jeden Samstag auf dem Galatasaray-Platz um 12 Uhr an sie zu wenden. Der Staat ließ hunderte Menschen, nur weil sie Kurden, Armenier oder Oppositionelle waren, in Untersuchungshaft verschwinden.

Es ist nicht nötig, die Täter in der Ferne zu suchen. Die Mörder leben weiter unbehelligt auf Kosten unserer Steuern. Sie erhalten ihre Löhne von Institutionen wie Teskilat-i Mahsusa, JITEM und Spezialkriegseinheiten und sie erhalten zudem Prämien für die Ermordung jedes Einzelnen.

Sie sind nur die Auftragskiller ...

Die Auftraggeber sind diejenigen, die jederzeit mit Leichtigkeit Drohungen gegenüber der ganzen Bevölkerung verbreiten, die Befehlsgewalt über Leib und Leben, Exekutive und Judikative haben.

Sie sind diejenigen, die über vorbereitete offizielle Dokumente Macht über die Übrigen ausüben, die die Innen- und Außenpolitik prägen, die über den OYAK von jedweden Steuern oder Abgaben befreit sind und über unrechtmäßigen Wettbewerb ihren Markt stärken. Ihre Gesichter, ihre Kleidung und ihr Rang sind uns gut bekannt, da sie das Antlitz von Militaristen tragen.

Leider haben sie noch immer das Wort. Sie werden weiter Wortführer sein, bis die wahren Identitäten der Auftragsmörder durch die breite Öffentlichkeit aufgedeckt werden und bis Rechenschaft abverlangt wird.

Um sie zum Schweigen zu bringen, müssen wir unsere Stimme lautstark gegen sie erheben ... ♦

Fußnoten:
Teşkilât-ı Mahsusa: „Spezialorganisation“ des „Komitee für Einheit und Fortschritt“; Teil der Jungtürken-Bewegung zum Ende des Osmanischen Reiches
JITEM: Nachrichtendienst und Terrorabwehr der Gendarmerie
OYAK: Pensionsfonds der türkischen Streitkräfte

Anmerkungen zu den türkisch-kurdischen Gesprächskontakten

Die Dialektik von Isolation und Dialog

Reimar Heider, Mitarbeiter der Internationalen Initiative

Isolationshaft verhindert Kommunikation. Zusammen mit der psychischen Folter, die das Abschneiden eines Gefangenen von allen sozialen Kontakten mit sich bringt, ist die Verhinderung der Kommunikation einer politischen Person mit ihren Mitstreitern das wichtigste Ziel der Isolation. In der türkischen Variante, die seit elfeinhalb Jahren auf der Insel Imralı für den PKK-Gründer Öcalan praktiziert wird, ergibt sich aber seit neuestem ein bemerkenswertes Wechselspiel zwischen Isolation und Dialog.

Gefängnissituation

Die Verlegung in den mit neun Einzelzellen ausgestatteten Neubau auf Imralı im November 2009 markierte für Öcalan den Übergang von der Totalisolation in die Kleingruppenisolation. Für seine fünf neuen Mitgefangenen hingegen kam die Verlegung einer massiven Verschlechterung ihrer ohnehin prekären Situation in den berüchtigten F-Typ-Gefängnissen gleich. Denn das Haftregime in Imralı ist um einiges härter. Mittlerweile hat es sich so weit stabilisiert, dass genauere Aussagen darüber möglich sind. Die Zellen sind durch Wände so geschnitten, dass der effektiv nutzbare Raum lediglich rund sieben Quadratmeter beträgt. In diesen Zellen müssen sich die Gefangenen regelmäßig mehr als zwanzig Stunden pro Tag aufhalten, auch der Hofgang findet einzeln statt. Lediglich für drei Stunden pro Woche können die Gefangenen zum Gespräch zusammenkommen.

Dieses Regime kritisierte das europäische Antifolterkomitee (CPT) in seinem letzten Bericht vom Juli 2010 harsch.* Auch die für Öcalan spezifischen Zensurmaßnahmen und Beschränkungen bei der Briefkommunikation fanden keine Gnade vor den Augen des CPT. Seit 1999 forderte das Komitee bereits einen Fernseher für Öcalan. Doch auch im zwölften Jahr seiner Haft besitzt er als einziger Häftling in der Türkei noch immer keinen.

Dialog

Während die türkische Regierung also weiterhin alles tut, um Öcalan nicht zum Teil eines Informationsflusses mit der Außenwelt zu machen, schafft sie auf der anderen Seite eigene Kanäle zu ihrem prominentesten Gefangenen. Im August bestätigten zunächst Öcalan selbst, dann KCK-Exekutivratsvorsitzender Murat Karayılan und zuletzt gezwungenermaßen die Regierung selbst, dass auf Imralı ein „Dialog“ des Staates mit Öcalan stattfindet. Dieses Bekanntwerden fiel in die Zeit der Diskussionen um die Verlängerung der einseitigen Aktionspause der Volksverteidigungskräfte (HPG). Gleichzeitig erschien eine Vielzahl von Zeitungsartikeln, die diese Kontakte rechtfertigten und die bereits seit Anfang der 1990er Jahre erfolgten Kontakte für eine breite türkische Öffentlichkeit offenlegten.

Damit sind mehrere Parameter der politischen Landschaft auf Dauer verändert. Zum einen ist Öcalan – selbst wenn es noch keine Verhandlungen gibt – de facto als legitimer Verhandlungspartner für den türkischen Staat etabliert. Das zeigt sich insbesondere daran, dass die Protestschreie der Opposition verhalten waren und die des Militärs ganz ausblieben.

Zum zweiten wird im Rückblick verständlich, dass alle bisherigen Waffenstillstände weder taktische Finten noch Tricks der PKK waren. Vielmehr hatte es seit dem ersten Waffenstillstand 1993 stets Signale der Türkei gegeben, im Falle eines Waffenstillstandes könne man sich politisch bewegen. Meist war es jedoch in jedem Fall denjenigen Kräften, die eine Eskalation des Konfliktes wollten, in der Folge gelungen, die Waffenruhe zu torpedieren.

Diese implizite Neubewertung der Geschichte führte dann auch zu einer neuen Welle von Enthüllungen. Nicht nur die Gründungsumstände der JITEM-Todesschwadronen wurden erhellt, auch die äußerst dubiosen Todesumstände von Präsident Özal und General Eşref Bitlis sowie vieler Offiziere aus seinem Stab füllen wieder die Schlagzeilen. Öcalan (und die Familien der zu Tode Gekommenen) waren stets von Mord ausgegangen. Mittlerweile mehren sich die Stimmen in der Öffentlichkeit, die das genauso sehen. Der Grund: Özal, Bitlis und andere waren schon 1993 geneigt, eine Verhandlungslösung mit der PKK zu suchen.

Drittens ist der breiten Öffentlichkeit klar geworden, dass einseitige Waffenstillstände nichts sind, das ohne Weiteres von der PKK verlangt werden kann, und auch nichts, wozu sie durch moralischen Druck gedrängt werden kann. Waffenruhen erscheinen so im aktuellen Diskurs als etwas, das von

* http://www.cpt.coe.int/documents/tur/2010-20-inf-eng.pdf

staatlicher Seite positiv beantwortet werden muss, um zu einem dauerhaften Ende des Blutvergießens zu gelangen.

Inhalt der Gespräche

Der aktuelle Status des „Dialogs“, Verhandlungen gibt es ja nach allseitiger Sprachregelung keine, ist eher unklar. Der Bombenangriff auf einen Kleinbus mit BDP-Anhängern in der Provinz Colemêrg (Hakkari) scheint seinen provokativen Zweck, den Abbruch der Gespräche, zunächst erfüllt zu haben. Viel ist über die diskutierten Inhalte auch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Dennoch lassen sich aus veröffentlichten Äußerungen Öcalans und seinen Diskussionsbeiträgen der letzten Zeit verschiedene Schlüsse ziehen.



Auf Demonstrationen ist Abdullah Öcalan immer dabei. Damit zeigt die kurdische Bevölkerung, dass er ihr Repräsentant ist und es eine Lösung der kurdischen Frage ohne ihn nicht geben wird. Foto: DIHA

Öcalan sieht mittelfristig zwei Protokolle vor, an denen in den nächsten Monaten gearbeitet werden solle. Das erste Protokoll, überschrieben „demokratische Rechte und Verfassung“, betrifft in erster Linie die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und den Kongress der Demokratischen Gesellschaft (DTK). Offensichtlich geht es hierbei um die Forderungen des kurdischen Volkes nach Anerkennung ihrer Identität, die in einer neuen Verfassung erfüllt werden müssen. Darüber hinaus wird es aber weniger auf Forderungen und Appelle ankommen, sondern entscheidend darauf, was die kurdischen politischen Strukturen an Aufbauarbeit leisten können. Öcalans grundsätzlicher Ansatz für die „demokratische Autonomie“ ist ja der Aufbau eigener Selbstverwaltungsstrukturen von unten – ohne dabei erst auf eine Erlaubnis des Zentralstaates zu warten.

Das zweite Protokoll betrifft die PKK und die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) und dreht sich um die Sicherheit. Damit ist natürlich nicht das Verständnis des türkischen Staates von Sicherheit gemeint, die dann gewährleistet wäre, wenn der bewaffnete Arm der Bewegung, die Volksverteidigungskräfte (HPG), einfach seine Waffen niederlegte. Murat Karayılan hat bereits mehrfach erläutert, dass ein Niederlegen der Waffen schließlich unter der Supervision einer internationalen Institution wie der EU oder den UN möglich wäre. Schwer denkbar ist jedoch, dass die HPG die Waffen niederlegen, ohne dass in Kurdistan Strukturen geschaffen worden sind, die die politischen Errungenschaften unumkehrbar machen. Sicherheit muss insofern beidseitig gewährleistet sein.

In der Vergangenheit ist um eine angebliche Forderung Öcalans nach einer „kurdischen Polizei“ viel Aufhebens gemacht worden. Als 2009 Öcalans „Roadmap“, die vom Staat konfisziert und niemals veröffentlicht worden ist, spekulativ in der Presse diskutiert wurde, wurde der Eindruck erweckt, als sei dies eine völlig unverschämte und unerfüllbare Bedingung. Da jedoch die Forderung nach der Entwaffnung der Guerilla ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung steht, muss sie sich wohl oder übel Gedanken machen, was mit Tausenden von Bewaffneten in dem Fall geschehen soll, dass sie eines Tages ernsthaft eine Verhandlungslösung in Betracht zieht. Berichte, dass Erdoğans jüngster Besuch in Syrien auch zur Absprache über eine koordinierte Amnestie beider Staaten dienen sollte, dementierte nur die Türkei, während Syrien sie bestätigte.

Doch derartige Diskussionen sind noch Zukunftsmusik in einer Situation, in welcher schon die aktuelle Waffenruhe auf tönernen Füßen steht. ♦

Bewegung für die kurdische Sprache und Bildung:

Schulboykott für Bildung in Kurdisch

Zusammenfassung aus ANF

Die Bewegung für die kurdische Sprache und Bildung (TZPKurdî) führte vom 20. bis 25. September einen einwöchigen Schulboykott durch mit der Forderung nach Bildung in der kurdischen Muttersprache sowie für die offizielle Anerkennung der kurdischen Sprache. Dem Aufruf folgten viele Kurdinnen und Kurden. Zu Beginn des neuen Schuljahres blieben in den kurdischen Landesteilen viele Klassenzimmer leer. Die Kampagne fand eine breite Unterstützung unter den kurdischen Institutionen und Organisationen. Die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und die LehrerInnengewerkschaft Eğitim Sen riefen ebenfalls zur Teilnahme auf.

Der Boykott war insbesondere in den Städten Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Wan (Van), Mûş, Agiri (Ağrı), Gever (Yüksekova), Çelê (Çukurca), Geçitli, Amed (Diyarbakır), Silîvan (Silvan), Çınar, Licê, Bismil, Giyadîn (Diyadin), Panos (Patnos), Dûtax (Tutak), Bazîd (Doğubeyazit), Kop (Bulanık), Milazgir (Malazgirt), Gimgil (Varto), Bostaniçi, Şemzînan (Şemdinli), Çelebibağ, Cizîr (Cizre), Girgê Amo (Silopi), Hezex (İdil), Elkê (Beytüşşebap), Qilaban (Uludere), Mêrdîn (Mardin), Qoser (Kızıltepe), Nisêbîn (Nusaybin) und Îdir (Iğdır) deutlich zu spüren.

TZPKurdî hat im Rahmen der Kampagne in Amed (Diyarbakır) auf Tafeln Plakate angebracht und so für ihre Anliegen geworben: „Lasst uns mit der demokratischen Autonomie freie Schulen errichten“, „Nein zum staatlich beherrschten System, wir werden mit der demokratischen Autonomie ein kurdisches Schulsystem aufbauen“, oder „Wir wollen Bildung in Kurdisch, daher boykottieren wir die Schulen“.

Staat und Regierung zeigten keinerlei Verständnis für die Kampagne. So wurde sie trotz massiven Drohungen durch Polizei, Armee, Gouverneur und SchuldirektorInnen durchgeführt. Allen SchülerInnen, die dem Boykott folgten, wurden rechtliche Schritte sowie der Entzug der „grünen Karte“ für die Krankenversicherung angedroht.

Der Parlamentspräsident äußerte sich ebenfalls zur Kampagne: „Sie werfen Steine. Es gibt Personen, die unsere Kinder für ihre politischen Ziele missbrauchen. Ich finde es äußerst traurig, dass die Bildung der Kinder zur Grundlage einer Aktion gemacht wird. Ich halte es für ein Unglück, dass es in unserem Zeitalter noch solche Gedanken gibt, dass noch solche Mentalitäten herrschen.“ Diese Äußerung legitimiert die Gegenfrage: „Wie ist das Verbot der Muttersprache mit unserem Zeitalter zu vereinbaren?“

Kurdisch darf bislang nur an privaten und für die Masse der Bevölkerung unerschwinglichen Sprachschulen gelehrt werden, während der Unterricht an den staatlichen Einrichtungen in türkischer Sprache erfolgen muss.

In Nordkurdistan und der Türkei sind Schulen Orte, an denen besonders scharf Nationalismus, Ausgrenzung und Assimilation vermittelt werden. Angefangen beim allmorgendlichen Fahneneid „Ich bin Türke, ich bin aufrichtig und fleißig“ über das Verbot einer anderen Sprache oder Identität als der türkischen bis hin zur Unterdrückung jeder Form einer anderen Religion oder Weltanschauung als der des sunnitischen Islam.

Adil Ercan, ein Sprecher der TZPKurdî, erklärte, dass die kurdische Identität und die Sprache seit der Gründung der türkischen Republik verleugnet werden: „Obwohl die türkische Republik vor 88 Jahren gegründet wurde, werden die Kurden noch immer ignoriert. Für den türkischen Staat sind die Kurdinnen und Kurden ‚angebliche‘ Staatsbürger. Der Staat wünscht sie sich taub, stumm und willenlos. Die Kurden haben keinerlei Erwartungen mehr an den Staat. Im Falle des Sprachverbots für ein Volk kann nicht die Rede vom Recht auf Leben sein. Die Kurden werden sich ab jetzt auf der Grundlage der demokratischen Autonomie organisieren. Jedes Jahr sind Millionen kurdischer Kinder unglücklich, wenn Schulbeginn ist. Die kurdischen Kinder werden zwangsweise ihrer eigenen Identität entfremdet. Das Alter für die Assimilation ist inzwischen auf zwei Jahre gesunken. Der Ministerpräsident hatte gesagt, dass Assimilation ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei, und er praktiziert sie selbst. Unsere Kinder werden, kaum dass sie sich von der Mutterbrust entfernt haben, in den Kinderkrippen assimiliert. Wenn die Sprache im Kindesalter assimiliert wird, so bewegen sich diese Sprache und diese Nation ihrem Ende zu. Damit wir unsere Identität nicht vollständig verlieren, müssen wir unsere Sprache verteidigen. Denn die Sprache ist die Identität der Nation.“

Der BDP-Co-Vorsitzende Selahattin Demirtaş antwortete auf die Kritik von Ministerpräsident Erdoğan: „Er hat selbst

die Schulen in der Türkei boykottiert, weil es keine Glaubensfreiheit gibt. Er schickte seine Tochter, die ein Kopftuch trägt, in den USA zur Schule. Jetzt sagt er, der Boykott sei ein Verfassungsbruch.“



Auf Kurdisch, lesen, schreiben, sprechen ... Foto: DIHA

Aufgrund des großen Erfolgs des Schulboykotts überlegen nun auch andere gesellschaftliche Gruppen, zu diesem Mittel zu greifen; so wird gerade in alevitischen Kreisen ein Boykott gegen den zwangsweise durchgeführten sunnitischen Religionsunterricht diskutiert.

Die Kampagne war von der TZPKurdî auf der 4. Konferenz für kurdische Bildung und Sprache vom 23. bis 25. August 2010 in Amed (Diyarbakır) beschlossen worden.

TZPKurdî wurde 2006 gegründet und führte seitdem unterschiedliche Kampagnen und Aktivitäten zur Bildung in kurdischer Muttersprache durch. So wurde die Kampagne „Ich möchte in meiner Muttersprache unterrichtet werden“ von Zehntausenden von Menschen unterstützt. Alle SchülerInnen von der Grundschule bis zur Universität waren aufgefordert, für einen Tag die Schule zu boykottieren, in den Universitäten wurde drei Tage lang kurdischer Unterricht organisiert und Tausende von Anträgen mit derselben Forderung wurden den Schulämtern übergeben. Im Jahre 2009 wurde für die Forderung „Für die offizielle Bildungssprache Kurdisch“ eine zweimonatige Kampagne mit unterschiedlichen Aktivitäten durchgeführt. Es fanden im Rahmen dieser Kampagne mehrere Kundgebungen und Demonstrationen in unterschiedlichen Städten statt, Pressekonferenzen wurden organisiert, die Schulen wurden für zwei Tage boykottiert und Anträge übergeben. Mit diesen Aktivitäten bezweckt die TZPKurdî, das Recht auf muttersprachlichen Unterricht als eine natürliche Forderung auf alle Bereiche des Lebens auszuweiten. Für die Durchführung der Kampagne wurden Kommissionen mit VertreterInnen unterschiedlicher Institutionen und Organisationen gegründet, die aktiv an der Organisation der Kampagne mitwirkten.

Auf der Konferenz vom 23. bis 25. August mit 76 Delegierten wurden folgende Beschlüsse gefasst:
- Die Herstellung von Bildungsmaterialien und Schulbüchern bis zur 8. Klasse.
- Ein einwöchiger Schulboykott zu Beginn des neuen Schuljahres. Parallel zum Boykott werden von SchülerInnen und Eltern von der Grundschule bis zur Universität den zuständigen Ämtern Anträge mit der Forderung nach muttersprachlichem Unterricht eingereicht werden.
- Personen, die in kurdischen Einrichtungen arbeiten, sollten sich einem Kurdisch-Unterricht unterziehen.
- Eine ExpertInnenversammlung zur kurdischen Sprache Zazaki wird einberufen.
- Dafür arbeiten, dass Azadiya Welat in Kurdistan die meistverkaufte Zeitung wird.
- Sich vor Gerichten in kurdischer Sprache artikulieren.
- Kurdische UnternehmerInnen und ArbeitgeberInnen auffordern, ihren Unternehmen kurdische Namen zu geben und hierfür Massenanträge zu stellen.
- Die notwendigen Tätigkeiten leisten, damit die Ortschaften kurdische Namen bekommen.
- Die kurdischen PolitikerInnen auffordern, sich in Schrift und Sprache auf Kurdisch auszudrücken.
- Initiativen für kurdische Angebote in Kinderkrippen und Kindergärten zu ergreifen.
- Die kurdischen Imame auffordern, an religiösen Feiertagen und bei ähnlichen Anlässen auf Kurdisch zu predigen.
- Den 15. Mai, Tag der kurdischen Sprache, groß und feierlich wie Newroz begehen. Bei den diesjährigen Feiern Ehmedê Xanî besonderen Raum gewähren.

Die diesjährige Sprachkampagne war effektiver als die vorherigen. Die vorhandenen Erfahrungen der Vorjahre sowie die Entschlossenheit der Kurdinnen und Kurden krönten die Kampagne mit Erfolg. Diese Kampagne ist nicht losgelöst vom Lösungsansatz der demokratischen Autonomie Kurdistans zu bewerten. Sie bietet Anhaltspunkte, wie die demokratische Autonomie denn entwickelt werden wird. Die Kurdinnen und Kurden sind entschlossen, sich Schritt für Schritt allen Institutionen des Staates, die den Willen des kurdischen Volkes nicht anerkennen, zu verweigern. Parallel zur Verweigerungshaltung wird auch die eigene Alternative entwickelt werden, ohne auf das staatliche Zugeständnis zu warten. Es scheint, dass die demokratische Autonomie Kurdistans auch ohne Einverständnis des Staates innerhalb der Türkei umsetzbar ist. Ein System, das sich auf Verleugnung stützt, wird nicht mehr tragbar sein, wenn immer mehr Menschen und Gruppen sich in bewusster Haltung aus diesem System heraushalten und ihre Alternative ausbauen. Es ist so, wie der bekannte Satz ausdrückt: „Stell dir vor, es ist Krieg und niemand geht hin!“ ♦

Für Frieden und eine Lösung:

Die Konfrontation des türkischen Volkes mit seiner eigenen Geschichte

Ayşe Batumlu, Rechtsanwältin, Verteidigerin von Abdullah Öcalan

Das Vermächtnis des 2. Weltkriegs an das deutsche Volk war nicht nur ein besiegtes und besetztes Land, sondern auch die Tatsache, zu anonymen Tätern zu werden mit einer Täter-Mehrheit, deren Verbrechen an der Menschheit in dem Ausmaß bis zu jenem Tag unvorstellbar war. Dieses Verbrechen ist der Holocaust, also die Schuld des Genozids an den Juden. Die Deutschen, die der antisemitischen Hetze des Nazi-Regimes in diesen Tagen und Jahren verfielen, sind für das begangene schreckliche Verbrechen verantwortlich. Schon früher wurden in der Geschichte Dutzende von Pogromen begangen. Jedoch vermochte sich niemand vorzustellen, dass die Menschheit durch diese Lynchkampagnen eines Tages Zeuge eines nie gekannten Genozids werden würde. Sie vermochten sich nicht vorzustellen, dass sie durch ihr Anheften von Judensternen an der Kleidung, ihre Misshandlungen, Erniedrigungen und Peinigungen, manchmal auch Tötungen, die Bürde der Schuld für die millionenfache Vernichtung eines Volkes auf sich nehmen würden. Auch wenn sie sich dieser Dimension nicht bewusst waren, sind sie dennoch verantwortlich für das begangene Verbrechen.

Nehmen wir als Beispiel Deutschlands Kulturzentrum Weimar, welches Schiller als Zufluchtsort diente und Goethe als letzte Ruhestätte, und das nur einige Kilometer entfernt liegende Buchenwald. Hier fanden Massenmorde statt, mit deren Geschichte sich nichtsahnende Deutsche, die auch Teil dieser Geschichte waren, nicht scheuten auseinanderzusetzen. Seit jenen Tagen hat das deutsche Volk viel unternommen, um diese Sünde des Verbrechens aufzuarbeiten. Eine dieser Anstrengungen ist es, die Stätten des Holocaust-Verbrechens, die Konzentrationslager wie Sachsenhausen, Buchenwald, Auschwitz, Dachau, bis in die heutige Zeit als Mahnmale zu schützen. Denn sie wissen, dass das Vernichten der Verbrechensspuren auch ein menschliches Unrecht ist.

Bei uns stellen sich diese Gegebenheiten jedoch sehr anders dar. Dass die Nazis einige Kilometer von ihrer eigenen „Kulturhauptstadt“ entfernt ein Konzentrationslager errichteten, ist historisch äußerst makaber, so wie die Tatsache, dass die Türken ihre erste eigene technische Universität unmittelbar neben dem Sultanahmet-Gefängnis erbauten. Aber es geht noch schlimmer: Der türkische Staat, dem sich sowohl von linker (als Beispiel Nazım Hikmet) als auch von rechter Seite (als Beispiel Necip Fazıl) Tausende und Abertausende Intellektuelle widersetzten, hat diese in Kerkern verdorren lassen. Aber anstatt diese Kerker zu Mahnmalen zu erklären, damit sich die türkische Bevölkerung hiermit konfrontiere, wird aus einem ein Fünf-Sterne-Hotel. Und noch erschreckender verhält es sich mit dem Gefängnis von Diyarbakır. Aus diesem Ort des Schreckens, an dem während des 12.-September-Putsches viele kurdische Revolutionäre, denen die alte PKK-Generation angehörte, gefoltert wurden und auch ihr Leben ließen, soll von Seiten der AKP-Regierung eine „Schule“ gemacht werden.

Was würde ein deutscher Staatsbürger fühlen, wenn er hören müsste, dass das Konzentrationslager Buchenwald in ein „Hotel“ umfunktioniert werden würde und das Konzentrationslager Dachau in eine Schule für seine Kinder? Denn dies ist die Konfrontation mit seiner eigenen Geschichte.

Wenn ich gefragt werde, was die türkische Bevölkerung unternehmen muss, damit der Kurdenkonflikt gelöst wird, ist meine erste Antwort, dass sie sich mit ihrer eigenen Geschichte offen, ehrlich und mutig auseinandersetzen muss. Denn in ihrer Geschichte gibt es, wie in jeder Gesellschaft, neben wichtigen Kulturleistungen auch sehr schwerwiegende Verbrechen. Und werden diese Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden, nicht offen verurteilt, kann dies durch keine Kulturleistung ausgeglichen werden. Das Essentiellste für das Reinwaschen der gesellschaftlichen Geschichte sind in erster Linie das Eingeständnis und die Verurteilung, welche definitiv unverzichtbar sind.

Aber an dieser Stelle sei folgendes Problem zu nennen: Wird bei einem Verbrechen die Verantwortung der aktiven Täter nicht festgestellt, werden die aktiven Täter nicht vor Gericht gestellt und verurteilt, so kann unmöglich vom Volk als passivem Täter des Verbrechens erwartet werden, seinen Teil an der Schuld zu akzeptieren, das Verbrechen als objektive Tat anzuerkennen und die Täter zu verurteilen. Wären Nazis für den Holocaust nicht in Nürnberg vor den Internationalen Militärgerichtshof gestellt und verurteilt worden, und hätte das deutsche Volk trotzdem aus einer gesellschaftlichen und objektiven Verantwortung heraus dieses Verbrechen auf sich geladen, trotz ausgebliebener abschließender Verurteilung, so würden zukünftige Schuldige nicht von ihrem Vorhaben abgebracht werden können.

Mein Beweggrund für diese Einführung im Hinblick auf die Lösung des Kurdenkonflikts ist die Notwendigkeit, eine juristische und moralische Verantwortung der türkischen Bevölkerung für die Verbrechen aufzuzeigen, für die sie selbst instrumentalisiert wurde und die in ihrer eigenen Geschichte verübt wurden. Es muss mit Nachdruck verdeutlicht werden, dass, obwohl wir im 21. Jahrhundert leben, die türkische Bevölkerung nicht in der Lage ist, den Weg der Konfrontation zu gehen. Sie sind weder in der Lage, die in ihrer eigenen Geschichte begangenen Verbrechen vor Gericht zu bringen, noch sind sie in der Lage, sich mit der gesellschaftlichen, historischen und objektiven Verantwortung zu konfrontieren. Nun wird deutlich, dass ein Land, das die Konfrontation mit dem im Jahre 1915 geschehenen Völkermord an den Armeniern scheut, auch keine Lösung in der Kurdenproblematik suchen kann. Da die Verbrecher des Dersim-Genozids von 1938 nicht verurteilt werden, kann der gravierende Umfang an Kriegsverbrechen nicht ans Tageslicht gebracht werden. Solange die „Enteignung und Vertreibung" [*verharmlosende offizielle türkische Sprachregelung für die Genozide*], verbunden mit dem Pogrom gegen die in Istanbul lebende Minderheit christlich-orthodoxer Griechen im September 1955, nicht ernsthaft vor Gericht gestellt wird und das Recht auf Bildung in kurdischer Muttersprache verboten ist, kann dieser „zwangsweisen Assimilation" nicht entgegengewirkt werden.

Natürlich heißt dies nicht, dass nichts gemacht wird. Aber die öffentliche Meinung des Westens hat einige Enthüllungen aus der Amtszeit der AKP-Regierung falsch interpretiert, wie zum Beispiel die Verurteilung des türkischen Gladio-Zweiges in ihren Reihen. Sämtliche Tatsachen und Verurteilungen betrafen einzig und allein den Versuch, die AKP-Regierung seitens der militärischen und zivilen Bürokratie zu stürzen. Und diese Putschisten, die dreißig Jahre lang Verbrechen in Kurdistan begangen haben, wurden vor kein Gericht gestellt. Allerdings blieb den Ergenekon-Verdächtigen, die einen Putsch gegen die Regierung geplant hatten, nicht wegen der Intervention der Regierung, sondern wegen ihren eigenen internen Schwierigkeiten und noch mehr durch die ausbleibende Unterstützung durch USA und EU ein Erfolg verwehrt; auf diese Weise ist ihre Schuld eine Art „unvollendeter Versuch" geblieben. Aber ihre Taten in Kurdistan gehören in die Kategorie der Menschenrechtsverletzungen, begangen auf extrem blutige und barbarische Art und Weise. Als Resümee bleibt das eigentlich begangene Verbrechen am kurdischen Volk. Ein zum Genozid geführtes Verbrechen, auch als „kultureller Genozid" zu verstehen. Das an der Regierung verübte Verbrechen, „der Putschversuch", ist vielleicht vergleichbar mit dem Vergehen eines Mörders, dessen er sich schuldig macht, wenn er sich, nachdem er einen Mord begangen hat, ein Auto als Fluchtmittel widerrechtlich aneignet. Somit ein „Neben-Vergehen"; und die türkische Justiz stellt den Angeklagten nicht wegen „Mordes", sondern wegen der danach begangenen Tat des „Autodiebstahls" vor Gericht. In der EU sollte diese Situation sehr präzise bewertet werden.

Der Auseinandersetzung der türkischen Bevölkerung mit ihrer eigenen Geschichte wird bei der Lösung des Kurdenkonflikts eine immense Bedeutung zukommen. Und dass dies nicht einfach ist, zeigt uns unsere Erfahrung. Bekanntlich hatte ich auf Imralı mit Herrn Öcalan einige juristische Unterredungen, in denen er sich oft zur Konfrontation mit der eigenen Geschichte äußerte und auch wichtige Vorschläge machte. Auch schrieb er die Verantwortung für die Konfrontation nicht zwingend und einzig der türkischen Bevölkerung zu. Sein Vorschlag bezieht sich auf beide Völker, die zuerst vor allem anderen mit ihren politischen und gesellschaftlichen Vertretern, die sie in der letzten Zeit vertreten haben, zusammenkommen müssen, damit sie sich gemeinsam mit ihrer Geschichte auseinandersetzen. Hierzu soll eine „Kommission zur Untersuchung der Wahrheit" gegründet werden.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans nennt folgenden Vorschlag für den „humanen Aspekt" bei der Lösung der kurdischen Frage: die Konfrontation der Bewegung und seines Volkes mit der eigenen Geschichte, die Offenlegung jeglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während des seit dreißig Jahren anhaltenden Krieges begangen wurden, in der Kommission und das letztendliche gegenseitige Verzeihen beider Völker, nachdem sie alle Taten verurteilt haben.

Der Vorschlag von Herrn Öcalan hat in der kurdischen Gesellschaft eine sehr breite Resonanz gefunden. Jegliche kurdische Organisation, allen voran PKK und BDP, sehen die vorgeschlagene „Kommission zur Untersuchung der Wahrheit" als eine der wichtigsten Forderungen im Programm zur Lösung der kurdischen Frage an. Was bedeutet dies? Es demonstriert auf eine offene und ehrliche Weise, dass das kurdische Volk bei der Konfrontation mit seiner eigenen Geschichte in der weiteren und näheren Vergangenheit sehr entschlossen ist. Zu keiner Zeit haben der türkische Staat oder die bewaffneten Organisationen ihre Schuld akzeptiert. Demgegenüber ist die PKK qualitativ wie auch quantitativ mit ihren Taten nicht vergleichbar. Nichtsdestotrotz werden diejenigen, die sich in ihren eigenen Reihen Schuld haben zukommen lassen, öffentlich gemacht. Kurdische Intellektuelle und Zivilorganisationen scheuten sich trotz einer „Sensibilität gegenüber dem Islam" nicht, die eigene blutige Rolle bei der Teilnahme am Genozid an den Armeniern anzuprangern, zu welchem kurdische Stämme damals von Spionen des Komitees für Einheit und Fortschritt aufgehetzt worden waren. Allen ist bewusst, dass die staatliche Sprachregelung der „Armenier-Deportationen" als Beleidigung aufzufassen ist.

Im Zusammenhang mit den getöteten Guerillas äußerte sich der stellvertretende Ministerpräsident und Staatsminister Cemil Çiçek zum Beispiel mit den Worten, die meisten von ihnen seien nicht beschnitten. Hiermit wollte er verdeutlichen, dass die meisten von ihnen ursprünglich Armenier seien. So wollte er sich anmaßen, die Guerilla in den Augen der muslimischen Bevölkerung zu diskreditieren. Dies hat jedoch in der Gesellschaft der kurdischen Muslime nicht in der erwarteten Weise seine negative Wirkung entfaltet. Der Mut der Kurden, sich ihrer eigenen Geschichte zu stellen, ist eine der wichtigsten Komponenten, um solche Propaganda rassistischer Ideen zu negieren und ins Leere laufen zu lassen.

In diesem Kontext sollte die türkische Bevölkerung die Haltung der Kurden bezüglich der Konfrontation mit ihrer eigenen Geschichte besser für sich nutzen. Wenn sich ein Volk, das unterdrückt und ungerecht behandelt wird, trotz allem mit seiner Geschichte auseinandersetzt, so sollte diese Größe anerkannt werden und man selbst auch zu einem verantwortlichen Umgang mit seiner eigenen Geschichte in der Lage sein. Die aktuelle Situation macht diese Konfrontation noch wichtiger, der eine wichtige Funktion für den Frieden und die Lösung zukommt. Bekanntlich haben in der heutigen Türkei sehr ernsthafte Unterredungen zwischen dem Staat und den Organisationen der kurdischen Freiheitsbewegung über eine Lösung der kurdischen Frage begonnen. Diese Gespräche werden auf Imralı mit dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistan Abdullah Öcalan, im Parlament mit der BDP und mittelbar mit Kandil geführt. Dies ist eine sehr fragile Phase. Denn die Regenten der AKP und des Staates haben immer noch nicht ihr Vorhaben aufgegeben, den Kurdenkonflikt mit staatlicher Waffengewalt und „PKK-frei" auszumerzen. Bei den vergangenen Kommunalwahlen hat die BDP die meisten Bezirke [*in den kurdischen Regionen der Türkei*] gewonnen. Der Grund hierfür liegt in den schweren Verlusten des Militärs bei den grenzübergreifenden Aktionen und dem danach folgenden Entschluss der kurdischen Seite, das Verfassungsreferendum zu boykottieren, was in dieser Gegend sehr erfolgreich verlief. Schließlich wurden Staat und Regierung, bedingt durch die effektiven Protestaktionen, wie zum Beispiel für muttersprachlichen Unterricht oder des „Schulboykotts", und weitere äußere Faktoren in die Verhandlungsphase gezwungen, die auch die „demokratische Autonomie" beinhaltet und von Staat und Regierung negiert wird. Diese Phase kann jedoch durch Militäroperationen oder Provokationen verdeckter Gruppen jeden Augenblick zurückgedreht werden.

Damit diese Verhandlungsphase zu ihrem Ziel kommt und ein dauerhafter wie auch sicherer Frieden gewährleistet wird, sich Recht und Zufriedenheit einstellen und sich eine auf Gerechtigkeit basierende Lösung auf dem Boden einer demokratischen Autonomie manifestiert, muss die „ideologische, nationalistische und rassistische Hegemonie" der türkischen Bevölkerung gesprengt werden. Natürlich wird den türkischen Intellektuellen beim Sprengen dieser Hegemonie eine wichtige Rolle zugewiesen. Denn sie können sich mutig mit ihrer Geschichte konfrontieren, wenn sie sich ihrer Verantwortung als Schutzpatrone der türkischen Gesellschaft bewusst sind. Die Konfrontation wird zum Verschwinden der gesellschaftlichen Psychose führen, die als Hürde vor dem Frieden und der Lösung steht.

An dieser Stelle muss das türkische Volk nun beginnen, sich der Konfrontation zu stellen. ♦



Am 12. September sollte die Bevölkerung in der Türkei mit einem Referendum über eine Verfassungsänderung abstimmen. Da diese für die KurdInnen keine Veränderung bringt, entschloss sich die BDP zu einem Boykott, der von der kurdischen Bevölkerung überwiegend angenommen wurde.
Foto: DIHA

Die jüngste Repression in der Türkei und internationale AktivistInnen

Gegen das kurze Gedächtnis

Interview mit dem ausgewiesenen Menschenrechtsaktivisten Jake Hess

Hallo Jake, Du arbeitest nun schon einige Jahre als Menschenrechtsaktivist in den kurdischen Provinzen in der Türkei. Kannst Du uns ein paar Informationen über die Entwicklung der Lage während Deines Aufenthalts erzählen?

Die Lage entwickelte sich von schlecht zu sehr schlecht. In den USA und Europa wird die momentane türkische Regierung, die von der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gestellt wird, aufgrund der rechtlichen Veränderungen, die sie im Rahmen ihrer Bewerbung um die EU-Mitgliedschaft einführte, als liberal-reformerisch angesehen. Diese Veränderungen sind wichtig, aber sie sollten nicht übertrieben dargestellt werden.

Der Reformprozess hat sich in einen Rollback in den letzten Jahren verwandelt. Gesetze wurden ratifiziert im Rahmen der EU-Reformen – besonders das abgeänderte „Antiterrorgesetz“, das Strafrecht und das Polizeigesetz –, diese Änderungen unterminierten einige der früheren Reformen und erweiterten den staatlichen Repressionsapparat. Durch die Renaissance des türkischen Nationalismus, durch die bewaffnete Kampagne der PKK, Entwicklungen im Nordirak und die feindliche und negative Haltung der EU gegenüber der Türkei wurde die Regierung ermutigt, eine härtere Haltung gegenüber der kurdischen Bevölkerung zu zeigen.

Wenn man die vom Menschenrechtsverein IHD, der ältesten und größten Menschenrechtsorganisation in der Türkei, gesammelten Daten betrachtet, dann sieht man, dass die Menschenrechtsverletzungen in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts sprunghaft angestiegen sind. Wie ich betonte, die wachsende Repression wurde auf einer rechtlichen und einer soziopolitischen Basis aufgebaut.

Polizeigewalt und Folter haben zugenommen, wer die staatlichen Autoritäten herausfordert, wird permanent mit Prozessen überzogen, der Staat brennt Wälder in den kurdischen Regionen nieder und verhindert die Rückkehr der vertriebenen Dorfbevölkerung und vieles mehr. Die türkischen Gefängnisse werden gefüllt mit kurdischen politischen und Menschenrechts-AktivistInnen. Des Weiteren befinden sich nach einem Bericht der OSZE im Moment mehr als 40 JournalistInnen in der Türkei in Haft und weiteren Hunderten drohen Verurteilungen und Haftstrafen.

Auf der anderen Seite der Grenze zum Nordirak leiden unschuldige Menschen weiterhin infolge des türkisch-iranischen Bombardements der kurdischen Gebiete.

Wie lange hast Du Dich im Land aufgehalten? Warst Du oder waren FreundInnen und Bekannte von Dir Ziel von Repression?

Insgesamt hielt ich mich etwa eineinhalb oder zwei Jahre in der Region auf. Etliche meiner FreundInnen wurden festgenommen und inhaftiert, während ich vor Ort war, und mindestens zwei sind immer noch im Gefängnis, während einer gerade erst ins Exil gehen musste. Ihre „Verbrechen“ waren, sich friedlich für die Rechte der kurdischen Bevölkerung organisiert und sich gegen die staatliche Repression engagiert zu haben. In der Türkei und insbesondere in den kurdischen Gebieten ist Dissidenz ein direkter Weg ins Gefängnis.

Ich wurde in Amed (Diyarbakır) festgenommen; die offizielle Anklage auf dem Haftbefehl lautete, dass ich in Kontakt mit der PKK stünde und für sie und die KCK agieren würde. Ich verbrachte vier Nächte in einer düsteren Zelle im Hauptquartier der Antiterrorpolizei in Amed (Diyarbakır) und vier oder fünf weitere Nächte in Abschiebehaft. Sie befragten mich intensiv zu meinen Artikeln über Menschenrechte im Südosten und zu meinen Kontakten zu Menschenrechtsorganisationen in England und der Türkei. Die, die mich verhörten, beschuldigten mich einer „Schmutzkampagne“ gegen die Türkei und der „Verletzung des internationalen Ansehens des Landes“. Einer sagte sehr wütend: „Es kostet sehr viel Energie, den Schaden, den Leute am Ruf der Türkei anrichten, zu reparieren.“

Vorher hatte ich auch schon etwas Repression und Einschüchterung erfahren. Zivil gekleidete Personen bedrohten mich mehrfach auf der Straße und einer versuchte mich sogar zu treten; ein paar Monate später zog dieselbe Person mir gegenüber ein Messer. Der Besitzer eines Ladens, den ich öfter besuchte, warnte mich ebenfalls, dass mir die Polizei in den Laden gefolgt sei und sich dem Besitzer vorgestellt hätte. Die Zivilpolizei stoppte einmal eine Freundin von mir auf der Straße, als sie von der Arbeit heimfuhr, und befragte sie über mich und woher sie mich kenne. Im Verhör wurde mir mitge-

teilt, dass sie mich verfolgt, mein Telefon und meine E-mails seit sieben oder acht Monaten überwacht hätten.

Anscheinend darf ich die Türkei für ein Jahr nicht betreten. Soweit ich weiß, gibt es kein Verfahren gegen mich, es ist wesentlich wahrscheinlicher, dass sie meine Aktivitäten als Belastungsmaterial gegen andere Menschen verwenden. Zum Beispiel beinhaltet die Anklage gegen Muharrem Erbey [*IHD; im Dezember 2009 neben vielen anderen im Rahmen der „KCK-“ und „BDP-Operationen“ festgenommen wegen „Mitgliedschaft in der KCK“*] einen Teil unserer E-mail-Korrespondenz als „Beweis“ gegen ihn.

Ist Dein kritischer Journalismus das Ziel der Repression? Siehst Du die Repression gegen Dich im selben Kontext wie die gegen Hamdiye Çiftçi oder Muharrem Erbey?

Der Inhalt meines Verhörs lässt kaum Zweifel, dass ich wegen nichts anderem als meinem kritischen Journalismus und dem bescheidenen Erfolg in der Schaffung internationaler Öffentlichkeit über die Situation in der Türkei zum Ziel der Repression geworden bin. Ich bewundere sowohl Hamdiye Çiftçi als auch Muharrem Erbey sehr, und ich bin mir bewusst, dass ich mich mit keinem von beiden vergleichen kann. Aber der Kontext ist grundsätzlich derselbe: Alle Formen von Kritik und Opposition gegenüber der Staatspolitik, insbesondere im Südosten, werden kriminalisiert.

In der Türkei laufen Polizisten und Soldaten, die KurdInnen foltern und ermorden, frei herum, während diejenigen, die ihre Taten ans Licht bringen, eingesperrt werden. Hamdiye ist im Gefängnis, weil sie bei mehreren Gelegenheiten die staatliche Gewalt in Colemêrg (Hakkari) thematisiert hat, was zu großen Schäden des Ansehens der Türkei führte. Außerdem ist sie eine junge, mutige, intelligente Frau, im Begriff, eine wichtige kurdische Führungsperson zu werden – genau die Art von Personen, welche der Staat fürchtet.

Die Anklage gegen Muharrem ist eine hundertprozentige Schandtat. Seine Interviews, die zu internationaler Öffentlichkeit führten, und Projekte mit internationalen Organisationen werden als Beweis präsentiert, um ihn als „Mitglied einer terroristischen Organisation“ anzuklagen. Es gibt hier nichts zu spekulieren, die Anklage zeigt deutlich, dass er aufgrund seiner Menschenrechtsarbeit angegriffen worden ist.

Nebenbei, Muharrem hat nichts zu tun mit der BDP und soweit ich weiß, Hamdiye ebenfalls nicht. Diese Festnahmen stellen einen breiten Angriff auf kurdische AktivistInnen und Intellektuelle dar, die um ihre Grundrechte kämpfen.

Die KCK-Verhaftungsoperationen werden oft als „Rache“ für den Sieg der DTP in den Regionalwahlen vom 19.03.2009 dargestellt, aber dies ist nur ein Teil der Geschichte. Die Ermittlungen, die hinter diesen Verhaftungen stehen, haben schon im Mai 2007 begonnen, und die Menschen in der Region messen ihnen eine größere historische Bedeutung zu als den Regionalwahlen.

Meiner Meinung nach ist das Ziel der Verhaftungen, die neue kurdische politische Führung, die sich in den letzten zehn Jahren im Rahmen des kurdischen Aktivismus entwickelt und kontinuierlich verbreitert hat, zu vernichten. Diese Personen und insbesondere die BDP-BürgermeisterInnen, die Jugend- und FrauenrechtsaktivistInnen haben den kurdischen Kampf in einen wirklich massenhaften Aufstand mit Wurzeln im ganzen Land verwandelt und halfen zudem zu verstehen, dass eine politische Lösung notwendig ist. Einfach gesehen, die KurdInnen repräsentieren die dynamischste politische Kraft in der Türkei und die Regierung reagiert wie jede autoritäre Regierung es würde.

Wie ist das Klima nach der Repressionswelle?

Die Anklage, die sich mit den höchsten Personen beschäftigt, ist etwa 7 600 Seiten stark, deswegen kann ich nicht behaupten, sie ganz gelesen zu haben, aber ich habe mir verschiedene Bereiche intensiver angeschaut. Die meisten „Beweise“ beruhen auf wilden Spekulationen, die auf gewöhnlichen Telefongesprächen zwischen den Angeklagten basieren. Zum Beispiel präsentiert der Staatsanwalt verschiedene KCK-Dokumente, in denen der Begriff „lokale Verwaltung“ auftaucht, und zeigt dann Transkriptionen von Gesprächen zwischen politischen AktivistInnen und Angestellten von Stadtverwaltungen, in denen derselbe Begriff fällt. Der Staatsanwalt sagt also: „Aha, schaut, sie benutzen dieselbe Terminologie, das zeigt deutlich, dass die Leute mit der KCK verbunden sind.“

Die Partizipation von Menschen bei Aktivitäten wie Demonstrationen und Konferenzen wird ebenfalls immer wieder als verdächtig angesehen. Die Justiz scheint sich hier insbesondere um den Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) zu kümmern, der die BDP mit der Zivilgesellschaft zusammenbringt, um die aktuelle Situation zu diskutieren und gemeinsame Strategien und Standpunkte zu entwickeln. Viele Aktivitäten des DTK werden diskutiert – wie zum Beispiel eine Kommission zur Veränderung der türkischen Verfassung – und viele aus der Führung wurden inhaftiert, so zum Beispiel Hatip Dicle, ehemaliger Abgeordneter und DTK-Vorsitzender.

Der skandalöseste Teil der Akte ist wahrscheinlich die Anklage gegen Muharrem und diejenigen, die sich um die inhaftierten BürgermeisterInnen gekümmert haben. Und auch die Beweise für die angeblichen schwierigen Fälle sind nicht bemerkenswert. Wenn es irgendeine Gerechtigkeit in der Türkei gibt, müssen alle entlassen werden.

Die Festnahmen haben ein intensives Klima der Furcht geschaffen. Die Menschen werden auf der Basis von Telefongesprächen, Gesprächen, die über Wanzen aufgezeichnet wurden, E-mails und anderen Formen privater Kommunikation inhaftiert. Es ist grundsätzlich unmöglich, in der Türkei im Moment eine private Kommunikation zu haben, jeder wird die ganze Zeit überwacht. Es ist, als würde eine Version des Panopticon-Gefängnisses [*Anfang des 19. Jh. entwickeltes Prinzip der permanenten und umfassenden Kontrolle von Gefängnisinsassen u. a. Fabrikarbeitern*] auf die ganze Türkei angewandt.

Kannst Du Dir vorstellen, was das mit den Menschen macht? Sie stehen unter einem enormen psychischen Druck. Einige Menschen, die ich kenne, haben es mittlerweile aufgegeben, Mobiltelefone zu benutzen.

Die andere Tatsache ist, dass Menschen aus den lächerlichsten Gründen inhaftiert werden, sogar Menschen, die nichts mit der BDP oder irgendetwas anderem Politischen zu tun haben. Es gibt die Wahrnehmung, dass jeder zu jeder Zeit aus irgendeinem Grund inhaftiert werden kann, und es ist nicht klar, wie dies alles enden wird.

Geht der Staat nun auch genereller gegen internationale Solidaritäts-, MenschenrechtsaktivistInnen vor?

Ein paar internationale SolidaritätsaktivistInnen wurden aus dem Land geworfen und einige dürfen nie wieder einreisen, z. B. Ella Schmidt, die bemerkenswerte Koordinatorin der Kampagne „Frieden in Kurdistan" in England. KurdInnen, die internationale Arbeit machen, werden ebenfalls angegriffen, Muharrem eingeschlossen. So wurden auch der ehemalige Bürgermeister von Licê, Şeymus Bayhan, und die gewählte Bürgermeisterin von Wêranşar (Viranşehir), Leyla Güven, die beide diplomatische Arbeit für die BDP mit europäischen Institutionen gemacht haben, inhaftiert.

Was glaubst Du, ist das Beste, was internationale AktivistInnen bezüglich der Situation in der Türkei tun können?

Während meines Verhörs wurde deutlich, dass die Türkei immer noch sensibel ist, was ihr internationales Image betrifft. In diesem Fall ist die Arbeit, die Aufmerksamkeit auf die Realität in der Region zu richten, immer noch wichtig. Aber ich denke, wir müssen uns mehr bemühen, verschiedene Kreise zu erreichen; es scheint so, als richte sich die meiste Solidaritätsarbeit mit den KurdInnen an MenschenrechtlerInnen, was schön ist, aber wir sollten schauen, wie wir zum Beispiel UmweltschützerInnen, Feministinnen, Menschen, die interessiert sind an sozialen Bewegungen und linken Alternativen, usw. einbeziehen können.

Ein Weg, um UmweltschützerInnen zu erreichen, ist die Diskussion um die Staudämme und Heskîf (Hasankeyf), die von der türkischen Armee ausgelösten Waldbrände usw. Feministinnen können angezogen werden, wenn wir über die kurdische Frauenbewegung sprechen, was einer der wichtigsten Punkte in der ganzen Region ist. Menschen, die sich an sozialen Bewegungen orientieren, werden sich interessieren, wenn sie hören, wie sich die kurdische politische Bewegung von der Basis her organisiert und wie sie Institutionen der Bevölkerung jenseits des Staates aufbaut.

Zwei der am weitesten verbreiteten Fehlurteile sind die, dass die AKP eine reformistische Bewegung sei, die den Konflikt friedlich lösen möchte, und dass die PKK eine ethnische, separatistische Organisation sei. Wir sollten uns besonders darum kümmern, diese Fehlinterpretationen zu korrigieren.

Delegationen sind wichtig, in dem Sinne, dass sie uns die aktuellen Bedingungen zeigen, aber die Lokalbevölkerung ist etwas ermüdet von ihnen. Sie beschweren sich immer wieder, dass Delegationen keinen messbaren Einfluss haben. Sie mögen eine übertriebene Wahrnehmung von der Macht dieser Delegationen haben, wenn man den Fakt betrachtet, dass wir vor allem „normale" BürgerInnen sind, aber wir sollten vorsichtig sein, Erwartungen zu wecken, und uns klar darüber, was wir tun und was wir nicht tun können.

Außerdem sollten Delegationen in der Arbeit, die wir in unseren Herkunftsländern machen, wurzeln und diese etwas damit zu tun haben, was wir in Kurdistan tun, und sie sollten Teil einer Langzeitkampagne sein. Ich denke, die „Tatort Kurdistan"-Kampagne ist beispielhaft in diesem Bezug, sie haben ihre Recherchen über Menschenrechte in Kurdistan mit der deutschen Politik verbunden, um zu zeigen, dass die aus Deutschland gelieferten Waffen zu Menschenrechtsverletzungen genutzt werden.

KurdInnen sagen im Allgemeinen auch, dass BesucherInnen aus Europa ein kurzes Gedächtnis haben. Die BesucherInnen sollten sich besser darum bemühen, mit den Menschen, die sie in Kurdistan treffen, in Kontakt zu bleiben. Schickt ihnen hin und wieder eine E-mail und fragt, wie es ihnen geht. Ruft sie nicht nur an, wenn Ihr eineN ÜbersetzerIn o. Ä. braucht. Solidarität bedeutet nicht nur, Gesetze und Politik zu verändern, sie ist ein Mechanismus, unsere gemeinsame Menschlichkeit zu verwirklichen und die Entfremdungsmechanismen moderner Kultur zu überwinden. Wenn eine Person, die Ihr während einer Delegation trefft, inhaftiert wird, dann schreibt einen offiziellen Protestbrief und schickt der Person einen Brief.

Einige Menschen sind erschreckend unsensibel und unverantwortlich diesbezüglich. Zum Beispiel einige internationale AkademikerInnen, die ihre lukrative und prestigereiche Karriere auf ihren Forschungen im Südosten der Türkei aufgebaut haben, sie verhielten sich extrem feige während dieser Festnahmeoperation. Ich weiß das, da ich versucht habe, Unterschriften für Muharrem zu sammeln. Sie haben in vielen Fällen ihre FreundInnen und Forschungsobjekte in der Stunde der Not alleingelassen. Die Ausrede? Diese AkademikerInnen haben Angst vor Repression, wenn sie über KurdInnen reden.

Unglaublich. Menschen wie Hamdiye und Muharrem, die wirkliche Repression erleben, haben keine Angst, aber diese widerwärtigen ProfessorInnen in ihren komfortablen Universitäten in Europa und Amerika, sie zittern bei dem Gedanken daran, eine Petition zu unterschreiben. Aber missversteht sie nicht, sobald einige der Gefangenen frei sind, werden diese AkademikerInnen schamlos angerannt kommen, um sie für zukünftige Bücher und Artikel zu interviewen.

Dennoch, es ist eine Menge wichtiger Forschung und Publikationen zu dieser Region zu tun. Ich würde es definitiv empfehlen, wenn unabhängige JournalistInnen und SchriftstellerInnen Kurdistan als ein Schwerpunktgebiet wählen. ♦

ROJ TV und die internationale Politik

„Allzu klein der größte" Staat

Luqman Guldivê

Als Nietzsches Zarathustra über den Menschen sagte: „allzu klein der größte"[1], wusste er auch vom Wesen des Staates und wie verlogen der ist. Nur sagte er nicht „allzu klein der größte" über die Staaten. Als Kurde sieht man viel offensichtlicher, dass „allzu klein der Größte" der Staat ist und natürlich alle Staaten einander „allzu ähnlich" sind. Die Verlogenheit der großen Zivilisationen mit ihren Werten und Normen, die sie selber preisen, macht sich so deutlich bemerkbar, wenn sie für ihre wirtschaftlichen Interessen alles, was mit Moral und Ethik zu tun hat, mit Füßen treten. Natürlich möchte ich dies niemandem beweisen, es ist nur, bevor ich ein Thema anspreche, das die Kurden behandelt, eine Einleitung, die vielleicht meine „Vorurteile" gegen die Staaten demonstrieren soll.

Seit mehr als drei Jahren gibt es in Kurdistan ein intensives Ringen des türkischen Staates, um gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung in die Gewinnerposition zu gelangen. Der Versuch, Anfang 2007 mit einer grenzüberschreitenden militärischen Operation in die Guerillagebiete einzudringen, wurde zur militärischen Niederlage, die natürlich auch innenpolitische Folgen für die Türkei hatte. Spätere Versuche, die kurdische Befreiungsbewegung durch polizeiliche Maßnahmen und Repressalien zu schwächen, erwiesen sich als ebenso uneffektiv, denn das Ergebnis der Kommunalwahlen am 29. März 2009 war für sie ein unbestreitbarer Erfolg. Die Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen unter der Bezeichnung „KCK-Operationen" kurz nach den Wahlen zeigte, dass der türkische Staat, anstatt die kurdische Frage zu lösen, ganz offensichtlich die kurdische Bewegung zu schwächen versucht. Trotzdem war die kurdische Seite immer offen für Verhandlungen, auch unter einer solchen feindseligen Haltung des türkischen Staates. Die sogenannte „kurdische Öffnung" begann mit der Verhaftungswelle gegen die kurdischen PolitikerInnen. Die kurdische Seite antwortete weiter für eine friedliche, politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage mit der Sendung einer „Friedensgruppe", welche mit sehr großer Freude in Nordkurdistan aufgenommen wurde. Gerade diese Freude genügte, dass die AKP-Regierung ihre „kurdische Öffnung" erst in die „demokratische Öffnung" und später in das „Projekt der nationalen Einheit und Eintracht" verwandelte. Mit dem Verfassungsreferendum konnte die AKP-Regierung zwar ihre Änderungswünsche durchsetzen, aber die Boykottbewegung in Kurdistan war für die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) ein absoluter Erfolg. Diese Situation und die ständigen Bemühungen Abdullah Öcalans brachten die AKP-Regierung dazu, eine neue Verhandlungsphase einzugehen: Es kam zu offenen Verhandlungen mit der BDP sowie zu Treffen mit Abdullah Öcalan. Wie sehr die Türkei wirklich zu einer Lösung bereit ist und ob in der AKP-Regierung tatsächlich ein solcher politischer Wille existiert, wird die Zeit zeigen. Was ich jetzt sagen kann, ist, dass die AKP mit allen ihren diplomatischen Möglichkeiten versucht, die kurdische Freiheitsbewegung einzuengen, dabei läuft der Verhaftungs-Terror gegen die kurdischen PolitikerInnen ungehindert weiter.

Unter diesen Umständen erhob die Staatsanwaltschaft in Dänemark Anfang Oktober Anklage gegen den kurdischen Fernsehsender ROJ TV wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung". Sie fordert die Schließung des Senders und den Widerruf der Sendelizenz durch die dänische Radio- und Fernsehbehörde. Die Gelder des Senders wurden ebenfalls beschlagnahmt. Als dies alles geschah, machte sich der Däne Anders Fogh Rasmussen, Generalsekretär der NATO, auf den Weg in die Türkei. Was hat das alles mit der Lösung der kurdischen Frage zu tun? Das ist die Frage, die ich mir seit Jahren mit der Frage nach dem „Warum" stelle. Wenn man sich die letzten Repressionen gegen kurdische PolitikerInnen und kurdische Vereinigungen in Europa anschaut, sieht man, dass sie nicht ganz zufällig stattfinden und eine gewisse Beziehung zwischen den Ereignissen in Kurdistan und der Repression in Europa besteht. Die Frage nach dem „Warum" lasse ich erstmal für später. Am Beispiel der Repression gegen den kurdischen Fernsehsender ROJ TV werde ich diese Beziehung versuchen darzustellen.

ROJ TV strahlt seit März 2004 mit einer dänischen Lizenz seine Programme in mehreren Sprachen und Dialekten nicht nur in Europa, sondern auch in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens aus und zählt für Millionen KurdInnen zu den wichtigsten Informationsquellen. Es steht in der Tradition der kurdischen Fernsehsender, die mit MED TV im Jahre 1995 begann. Kaum war MED TV gegründet, war der Sender – wie später Medya TV und heute ROJ TV – mit verschiedenen Angriffen aus der Türkei, dem Iran, Syrien und Irak konfrontiert. Die Sendungen wurden regelmäßig durch Störsignale aus der Türkei und dem Iran sabotiert. Der durch die Türkei ausgeübte politische Druck zeigte relativ schnell Wirkung. Am 18. September 1996 überfielen belgische Polizeisondereinheiten Studios von MED TV in Belgien. Die Sendelizenz

von MED TV wurde am 23. April 1999 entzogen und vier Wochen später wurde der Entzug umgesetzt. Ein späterer Fernsehsender MEDYA TV begann am 30. Juli 1999, mit einer französischen Lizenz zu senden, diese wurde ihm am 13. Februar 2004 entzogen. Warum ich diese Daten erwähne: Kurz bevor MED TV die Sendelizenz entzogen wurde, war Öcalan entgegen internationalem Recht infolge eines internationalen Komplotts in die Türkei verschleppt worden. Die Diskussionen um eine Neugestaltung der kurdischen Befreiungsbewegung waren in vollem Gange, was sich kurze Zeit später durch die Beendigung der Kampfhandlungen und den Rückzug der PKK-Guerilla aus der Türkei (August 1999) darstellte. Diese Auseinandersetzungen konnte die breite kurdische Öffentlichkeit nur über MED TV erfahren. Das heißt, die Verbotsbegründung Englands – „likely to encourage or incite crime or lead to disorder“ (wahrscheinliche Anstiftung zu Straftaten) – war in sich unbegründet; im Gegenteil, MED TV und später auch MEDYA TV übernahmen die Rolle einer einzigartigen Informationsquelle für die kurdische Öffentlichkeit, die die gewaltfreie Konfliktlösung und den Frieden förderte. Wie einfach zu sehen ist, die Verbotsbegründung und die Rolle des Senders waren widersprüchlich. Nun schauen wir uns einmal die Umstände während des Lizenzentzugs für MEDYA TV an: Februar 2004; der einseitige Waffenstillstand der PKK-Guerilla dauert noch an. Es gibt zivile Proteste gegen die Repressionen des türkischen Staates, und am 13. Februar 2004 entscheidet die französische „Justiz“, dass MEDYA TV Nachfolgesender von MED TV sei – ohne weitere Begründung –; dem Sender wird die Sendelizenz entzogen. Die Auseinandersetzungen – ob militärische oder anderweitige – spielen natürlich eine gewisse Rolle. Die Frage nach dem „Warum“ wird so aber nicht gänzlich beantwortet werden können.

Kommen wir zurück zum Sender ROJ TV. Seit seiner Gründung versucht die AKP-Regierung mit ihren internationalen Verbündeten, Druck auf die dänische Regierung auszuüben, um ROJ TV verbieten zu lassen. Bis vor 2009 geschah dies ohne großen Erfolg. Die türkische Regierung hatte die deutsche Regierung und die USA mit eingeschaltet, und mit ihren „Begründungen“ für eine Schließung des Senders ließ daraufhin das Sekretariat der dänischen Medien auf Wunsch des dänischen Staates eine Untersuchung durchführen, welche ergab, dass ROJ TV nach internationalem Recht weiterhin senden dürfe. Der Bericht, der den zuständigen Einrichtungen vorgelegt wurde, besagte, dass die Sendungen keine Gefahr beinhalteten, der Sender eine internationalen Grundsätzen entsprechende Sendepolitik ausübe und die Programme keine Gewalt enthielten.

Daraufhin hat die Türkei wirtschaftlich und politisch der Bundesrepublik Deutschland nachgegeben und letztendlich wurde ROJ TV durch Beschluss des deutschen Innenministe-



Am 19.10. hat ein Gericht in Kopenhagen die Beschlagnahme der Gelder von Roj TV aufgehoben. Die dänische Polizei hatte mehrere Konten gesperrt, nachdem die Staatsanwaltschaft in Kopenhagen Anklage gegen den Sender wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten erhoben hatte. Vor dem Gericht hatten sich viele Menschen versammelt, um gegen die Angriffe gegen Roj TV zu protestieren. Foto: ÖP

riums innerhalb Deutschlands verboten. Ebenfalls wurden Mesopotamia Broadcast, eine Firma mit Sitz in Dänemark, und VIKO Fernsehproduktion GmbH geschlossen. Deutschland musste das Verbot zurücknehmen. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 24. Februar 2010 das Verbot von ROJ TV aufgehoben und das Verfahren dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

Während die kurdischen Medien in der Türkei unter starken Repressionen durch die türkische Regierung leiden, lässt diese wiederum nichts aus, um die kurdischen Medien im Ausland zum Verstummen zu bringen. Bekanntlich gilt die Haltung der Türkei gegenüber der Meinungsfreiheit schlechthin als inakzeptabel. Gegenüber den KurdInnen übt sie eine Vernichtungspolitik aus, um sie politisch wirkungslos zu machen und sie im Bereich der Medien einzuschnüren. Bei jeder Gelegenheit, national wie auch international, äußert sich die Türkei folgendermaßen: „Wenn wir die westlichen Staaten auf unsere Seite ziehen und die Kurden kriminalisieren wollen, müssen wir zuallererst innerhalb und außerhalb der Türkei die kurdischen Medien stilllegen, und wir müssen alles dafür tun, um ROJ TV zu stoppen.“ Dies zeigt, warum es ihnen wichtig ist, ROJ TV auszuschalten.

Der türkische Staat hat neben seinen diplomatischen Unternehmungen Milliarden Dollar aufgewandt, um ROJ TV schließen zu lassen. Weil er sein gewünschtes Ergebnis mit Dänemark und Deutschland noch nicht erreichen konnte, versuchte er es nun über Belgien. Kurz nach der Aufhebung des Verbots von ROJ TV durch das Bundesverwaltungsgericht in Deutschland am 24. Februar 2010 führte am 4. März früh um 5.45 Uhr die belgische Polizei mit Hunderten Polizisten auf Befehl der Staatsanwaltschaft in den Studios von ROJ TV in der Kleinstadt Denderleeuw eine Razzia durch. Die Hände der MitarbeiterInnen wurden gefesselt und sie unterlagen dem Terror der Polizei. Über zehn MitarbeiterInnen wurden verletzt. Die technische Infrastruktur des Senders wurde demontiert und beschlagnahmt, wobei ein Schaden von über 1,2 Millionen Euro entstand.

Ein deutlicher Bezug ist zu erkennen zwischen der Politik der Türkei um ROJ TV und derjenigen der europäischen Staaten. Was aber geschieht jetzt in Dänemark? Um dies zu verstehen, müssen wir unsere Blicke in die Vergangenheit richten: Am 1. August 2009 trat Anders Fogh Rasmussen, ehemaliger Ministerpräsident Dänemarks, sein Amt als neuer Generalsekretär der NATO in Brüssel an. Als dänischer Ministerpräsident hatte er sich mit dem Hinweis auf die Unantastbarkeit der Presse- und Meinungsfreiheit in seinem Land strikt geweigert, den Forderungen der Türkei nach einem Verbot von ROJ TV nachzukommen. Das führte dazu, dass sich die Türkei massiv seiner Ernennung zum NATO-Generalsekretär widersetzte. Unter drei Bedingungen akzeptierte Ankara schließlich: Dänemark solle etwas gegen ROJ TV unternehmen, Rasmussen die islamische Welt wegen der umstrittenen Mohammed-Karikaturen um Entschuldigung bitten und als Letztes ein türkischer Vize-Generalsekretär der NATO ernannt werden. Eine einer Entschuldigung ähnliche Ansprache in Istanbul hat stattgefunden; im Sommer hat Rasmussen den türkischen Botschafter Hüseyin Diriöz ernannt[2]. So sehen wir, dass Rasmussen nur noch ein Wort halten muss: ROJ TV in Dänemark verbieten lassen. Was Anfang Oktober geschah, ließ sich schon früh erahnen. Die Durchsuchungen der Räume von ROJ TV in Kopenhagen im August 2010 waren nur spätere Erscheinungen des Feilschens um den Posten des NATO-Generalsekretärs. Und wann geschah dies? Zu einer Zeit, in der Repräsentanten des türkischen Staates mit Öcalan verhandeln und Gespräche zwischen der AKP-Regierung und der BDP stattfinden. Nun stelle ich meine Frage „Warum?“ wieder, aber mit Ergänzungen: Warum handeln europäische Staaten so, dass der Lösung der kurdischen Frage von europäischer Seite aus Steine in den Weg gelegt werden? Und das ist nicht nur in der Politik in Bezug auf ROJ TV zu sehen. Immer wenn sich ein Dialog zwischen den Konfliktparteien abzeichnet oder als möglich erscheint, gehen europäische Staaten mit Repressalien gegen kurdische PolitikerInnen vor, wie die Beispiele vom Anfang dieses Jahres in Italien und Frankreich gezeigt haben, wo bei zahlreichen Razzien kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen verhaftet wurden.

Auch wenn man die Geschichte des Imperialismus nur bruchstückhaft kennt, kann man schon auf eine ziemlich einfache Antwort kommen: Auf diese Weise ist es einfach, die Türkei zu manipulieren bzw. sie zu zwingen, Entscheidungen im Interesse europäischer Staaten zu treffen, und sie in vielerlei Hinsicht im Zaum zu halten. Dasselbe gilt auch für die Kurden.

Aus den genannten Gründen ist anzunehmen, dass eine politisch-demokratische Lösung der kurdischen Frage mit den legitimen Repräsentanten der Kurden wie KCK, Abdullah Öcalan oder BDP nicht im Interesse der europäischen Staaten oder auch der USA liegt.

Die KurdInnen dagegen setzen sich weiterhin für ein demokratisches, selbstverwaltetes Kurdistan ein, welches den unitären Staat Türkei und dessen Staatsgrenzen zwar nicht antastet, aber eine demokratische Konföderation der KurdInnen ermöglicht. Sie zeigen mit ihrem Kampf deutlich, dass durch Verbote, Repression, Krieg und Waffengewalt kein gerechter Frieden entwickelt werden kann. Dazu sind Dialog und gleichberechtigte, vernunftgeleitete Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien nötig.

Die europäischen Staaten als Teil der westlichen Zivilisation handeln sehr ähnlich wie die Staaten im Nahen/Mittleren Osten, sogar „allzu ähnlich“, und daher scheinen sie mir wie die anderen Staaten „allzu klein“ zu sein. Die Völker dagegen sind sowohl in der Lage als auch entsprechend ausgestattet, den Weg zu einem gerechten Frieden zu gehen; Solidarität gegen die Repression, die gegen die KurdInnen in Europa gerichtet ist, sowie Solidarität mit ROJ TV wird dies nochmals zur Sprache bringen. ♦

Fußnoten:
1 Also Sprach Zarathustra, München 1999, Teil drei, Der Genesende II, S. 274
2 Die regierungsnahe türkische Tageszeitung Zaman berichtete am 17. Juli 2010 darüber unter dem Titel „Rasmussen hielt sein Wort“.

Tötung von Andrea Wolf durch das türkische Militär:

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg verurteilt die Türkei wegen Verletzung von Art. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention

Pressemitteilung: der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission (IUK) zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf und weiterer Kämpferinnen in Kurdistan sowie zur Untersuchung von Kriegsverbrechen und der Behandlung von Kriegsgefangenen

Anwältin fordert: „Jetzt müssen endlich die verantwortlichen türkischen Militärs wegen vorsätzlicher Tötung von Andrea Wolf vor Gericht gestellt werden!“

Im Fall der Tötung der Münchnerin Andrea Wolf gibt es nach nunmehr über sieben Jahren ein Urteil gegen den türkischen Staat: In seiner Entscheidung vom 8.6.2010, verurteilt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Türkei wegen eines Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), weil „die nationalen Behörden entgegen den Forderungen von Artikel 2* der Konvention keine adäquate und effektive Untersuchung in Bezug auf das Schicksal der Tochter der Klägerin (Anmerkung: die Mutter von Andrea Wolf) geführt haben“. Die Türkei wird darüber hinaus zur Zahlung einer „angemessenen Genugtuung für die seelischen Leiden“ an Lilo Wolf, die Mutter der getöteten Andrea Wolf, verurteilt.

Akribisch listen die Richter in ihrem Urteil die einzelnen Punkte der Missachtung und Verletzung der Mindestanforderungen für ein rechtsstaatliches Ermittlungsverfahren durch die türkischen Justizbehörden auf und rügen dabei insbesondere einerseits die Unterlassungen von Ermittlungen und andererseits die Voreingenommenheit bei der Auswahl von Beweisen, die gerade nicht zur Aufklärung der Tötung beigetragen haben, sondern von vornherein auf die Einstellung des Verfahrens zielten. Das betrifft im Einzelnen u. a. die Feststellungen des EGMR, dass die türkische Justiz nicht nach dem Auffindungsort des Leichnams von Andrea Wolf gesucht hat, dass benannte und vorhandene Zeugen nicht gehört wurden sowie ungeprüft und einseitig bestimmte Zeugenaussagen übernommen worden sind. Der Gerichtshof beanstandet weiter, dass die türkische Staatsanwaltschaft nicht versucht hat herauszufinden, welche militärischen Einheiten und deren Akteure, die sich dem Vorwurf der Folter und vorsätzlichen Tötung von Andrea Wolf ausgesetzt sehen, an für den Sachverhalt relevanten militärischen Aktionen beteiligt waren. Im Hinblick auf die von der deutschen Justiz der türkischen Justiz zur Verfügung gestellten Beweise kritisiert der EGMR, dass die sich daraus ergebenden Ermittlungsansätze in keiner Weise für die Aufklärung des Todes von Andrea Wolf genutzt wurden. Diese Kritik bezieht der Gerichtshof explizit auch auf die Missachtung der der türkischen Justiz von der Internationalen unabhängigen Untersuchungskommission (IUK) übermittelten Beweise. Der EGMR bestätigt darüber hinaus, dass die Schlussfolgerung der IUK, die im Januar 2003 zu der Klage gegen die Türkei vor dem EGMR geführt hatte, sich auf „legitime Verdachtsmomente“ stützen kann: Die Nicht-Regierungskommission IUK kam bereits damals zu dem Schluss, dass die Münchnerin Andrea Wolf am 23. Oktober 1998 von der türkischen Armee im Gebiet Van gemeinsam mit anderen Mitgliedern der PKK lebend gefangen genommen und anschließend verhört, gefoltert und hingerichtet worden sei - die Leiche sei von den Soldaten am Ort des Kriegsverbrechens in den Bergen Kurdistans zurückgelassen worden. Auch der EGMR geht davon aus, dass Andrea Wolf dort getötet worden ist. Da dafür jedoch ausreichende gerichtsverwertbare Beweise noch fehlten, die „über jeden Zweifel erhaben“ die Verantwortung des türkischen Militärs beweisen, konnte der Gerichtshof die Türkei nicht auch wegen Verantwortlichkeit für die Tötung und Folter von Andrea Wolf nach Art. 2 EMRK verurteilen.

Rechtsanwalt Jörg Arnold, Mitglied im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins und Prozessbevollmächtigter der Mutter von Andrea Wolf: „Die Türkei hat sich eines schweren Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention schuldig gemacht. Die türkische Justiz hat versagt und offensichtlich aus politischem Interesse eine adäquate Aufklärung des Todes von Andrea Wolf seit Jahren unterlassen. Es ist zu hoffen, dass das Urteil des EGMR dazu führt, dass die Ermittlungen in der Türkei wieder aufgenommen werden, wozu es auch juristischer und politischer Anstrengungen durch die Bundesrepublik Deutschland bedarf. “

(...)

München, 8. September 2010

* Artikel 2 der Konvention: „1. Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt.“

Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht

Interview mit Oskar Schmid, Mitglied der IUK

Hunderte, vielleicht Tausende Guerillas wurden durch türkische Militärs, die Militärpolizei oder den Geheimdienst außergerichtlich hingerichtet. In den letzen Monaten häufen sich diese Fälle sogar wieder. Auch wurde vor wenigen Monaten mehrmals offensichtlich Giftgas gegen Guerillas eingesetzt, Guerillas wurden auch mehrfach und offensichtlich vom Militär postmortal verstümmelt. Der türkischen Regierung sind diese Fälle bekannt, wenn sie nicht selbst die Befehle für derartige Grausamkeiten gibt, nimmt sie sie zumindest billigend in Kauf. Du sagst, jetzt ist die Zeit gekommen, dass die Türkei zur Rechenschaft gezogen wird, leider wissen wir ja, dass die Türkei unzählige Male wegen Grausamkeiten verurteilt wurde, was veranlasst Dich zu der Einschätzung?

Die Zeit ist schon lange gekommen, dass die Verantwortlichen dieses und vieler anderer Massaker zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn es noch ein langer Weg bis dahin ist. Es gibt schon so viele Beispiele von ehemals Unantastbaren, die für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wurden. Ich möchte nur an den Putschgeneral Augusto Pinochet aus Chile erinnern, den nur sein tatsächliches oder gespieltes Greisentum vor der Verurteilung gerettet hat. Oder die Generäle der argentinischen Diktatur, die nun vor Gericht stehen. Wer hätte so etwas vor zehn oder zwanzig Jahren für möglich gehalten? Auch in der Türkei selbst gibt es Beispiele. Das türkische Militär ist nicht mehr per se unantastbar. Im Zusammenhang mit den Prozessen gegen das Verschwörernetzwerk Ergenekon sind einige hochrangige ehemals unantastbare Militärs bzw. Ex-Militärs vor Gericht gekommen. Einen Tag nach dem Verfassungsreferendum vom 12. September diesen Jahres haben Angehörige von Opfern des Militärputsches von 1980 offiziell Klage gegen die Putschgeneräle wegen der damals begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Das mag alles nicht sehr spektakulär erscheinen, es zeigt aber eine Tendenz: Es gibt überall auf der Welt Gruppen von Menschen, meist Angehörige oder Freunde von Opfern staatlicher Gewalt, die seit vielen Jahren daran arbeiten, alle verfügbaren Beweise dieser Verbrechen zu sichern, um – eben wenn die Zeit gekommen ist – die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei geht es uns nicht um Rache, sondern wir wollen denjenigen, die sich heute unantastbar fühlen, signalisieren: Niemand ist bis an sein Lebensende unantastbar und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht und werden weder vergessen noch vergeben.

Wie geht es Andreas Mutter mit dem Urteil, möchte sie weitermachen?

Die Mutter von Andrea sieht das ähnlich wie wir, dass das türkische Militär nicht straflos ausgehen darf. Sie will Gerechtigkeit – nicht nur für sich und ihre Tochter, sondern auch für all die anderen Opfer und deren Angehörige.

Wisst Ihr, was aus den Gefangenen, den Zeugen dieser militärischen Operation geworden ist? Sucht Ihr auch noch nach den beteiligten überlebenden Guerillas?

Wir sind sehr an Kontakten zu den beteiligten überlebenden Guerillas interessiert. Es geht ja nicht nur um Andrea Wolf, sondern allein bei diesem einen Massaker gab es viele weitere Todesopfer, deren Angehörige sicher auch wissen wollen, was genau geschehen ist und wer dafür die Verantwortung trägt. Darum ist jede Zeugenaussage wichtig. Vielleicht kann mit Eurer Hilfe ein Kontakt zu diesen Angehörigen zustande kommen?

Wie werden Eure nächsten Schritte aussehen? Welche weiteren juristischen Möglichkeiten gibt es jetzt noch?

Auch wenn das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 8. Juni 2010 für uns ein Erfolg ist, können wir uns damit nicht zufriedengeben. Denn die türkische Regierung wird lediglich wegen der Mangelhaftigkeit und der Ineffizienz ihrer Ermittlungen verurteilt – und das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. Das Gericht macht jedoch auch klar, dass es die bisher vorhandenen Beweise für die Verantwortung der Türkei, bzw. des türkischen Militärs für den Tod von Andrea Wolf für nicht ausreichend hält, um die Türkei dafür schuldig zu sprechen. Das Gericht betont aber, dass es unsere Version des Tathergangs für durchaus plausibel hält. Das heißt für uns, dass wir weitere Beweise und weitere Zeugenaussagen benötigen, insbesondere von Zeugen, die bereit und auch in der Lage sind, eine Aussage vor einem deutschen Gericht zu machen. Die türkischen Behörden müssen aus unserer Sicht die Ermittlungen wieder aufnehmen. Auch wollen wir die deutschen Behörden dazu bewegen, ihre Ermittlungen wieder aufzunehmen und ein neues Amtshilfegesuch an die Türkei zu stellen. Also ist es wie man sieht noch ein langer Weg. ♦

TATORT Kurdistan

Aktivitäten in vielen Städten zum Antikriegstag

Der Krieg in Kurdistan wird international geführt und ist näher an uns dran, als viele glauben mögen. Während in der Region Kurdistan seit Jahrzehnten Widerstand geleistet wird, ziehen deutsche Unternehmen und die Regierung in Form von Rüstungsexporten oder der Finanzierung und dem Bau von Staudämmen nahezu unbehelligt ihre Profite aus diesem Krieg. Die Bundesregierung arbeitet freudig mit der türkischen Regierung zusammen, wenn es um Auslieferungsanträge oder Rückführungsabkommen kurdischer Flüchtlinge geht. Solche Machenschaften müssen dort, wo sie zu Tage treten, genauso wie dort, wo sie entstehen, beleuchtet werden, müssen aufgezeigt, kritisiert und verhindert werden. Die Kampagne TATORT Kurdistan hat zum Ziel, die Verantwortung und die Rolle deutscher Unternehmen und der Bundesregierung an geeigneten Orten sichtbar zu machen.

Den vorläufigen Höhepunkt der Kampagne bildeten in vielen deutschen Städten durchgeführte Aktionen zum Antikriegstag am 1. September. Insgesamt fanden in 17 deutschen Städten Beiträge im Rahmen der TATORT-Kurdistan-Aktivitäten statt (siehe Kasten). Auf einem bundesweiten Treffen der Kampagne TATORT Kurdistan Anfang September wurde der bisherige Verlauf bewertet und das weitere Vorgehen diskutiert.

Die Kampagne hat es erreicht, die Situation in Kurdistan für breitere Teile der deutschen Öffentlichkeit wieder interessant zu machen. Die Hinweise auf die deutsche Beteiligung – ob durch staatliche Stellen oder Industrieunternehmen – an dortigen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen hat es in vielen Städten ermöglicht, lokale Bündnisse mit Gruppen aus dem antimilitaristischen und antifaschistischen Spektrum zu schließen. Auch die Zusammenarbeit mit Umweltbewegungen und Parteien kommt voran. Die Medien können zunehmend für das Thema gewonnen werden. Vor allem der völkerechtswidrige Einsatz von chemischen Waffen gegen die kurdische Guerilla in der Türkei fand durch die Kampagne initialisiert in allen wichtigen deutschen Printmedien und auch international Raum, so dass deutsche und türkische PolitikerInnen gezwungen waren, dazu Stellung zu nehmen.

Aufgrund des Erfolges soll „TATORT Kurdistan" auch im nächsten Jahr als Oberbegriff für vielfältige Aktivitäten weiterlaufen und ausgebaut werden. Entsprechend den Themenblöcken der Kampagne – etwa Rüstungsexporte und Menschenrechtsverletzungen, umweltzerstörende Infrastrukturprojekte (z. B. Staudämme und Pipelines), sowie staatliche Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland – wird es in vielen Städten dezentrale Aktionen geben. Als ein Schwerpunkt ist für nächstes Jahr der Protest gegen das in Deutschland seit 1993 bestehende PKK-Verbot geplant.

Aktuelle Informationen gibt es unter
http://tatortkurdistan.blogsport.de/

Städteaktionen im Rahmen der Kampagne „TATORT Kurdistan" zum Weltfriedenstag am 1. September 2010

In **Berlin** verfolgten ca. 500 Menschen über vier Stunden einen Mix aus Konzert- und Redebeiträgen über die aktuelle Situation in Kurdistan.

In **Bremen** wurde im Rahmen der Kampagne TATORT Kurdistan eine Kundgebung durchgeführt.

Celle: Im Rahmen der Kampagne TATORT Kurdistan wurde der kurdischsprachige Spielfilm „Min Dit – Die Kinder von Diyarbakır" in acht Vorstellungen gezeigt.

In **Erfurt** wurden auf dem Anger ein Infotisch und Stellwände aufgestellt, um über die Zusammenhänge der Kampagne zu informieren.

In **Düsseldorf** fand anlässlich der Kampagne TATORT Kurdistan eine Demonstration statt. Sie diente zeitgleich zur Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch am 04.09. in Dortmund. Etwa 150 KriegsgegnerInnen zogen lautstark von der Nordstraße zum Firmensitz der Rheinmetall AG.

In der Innenstadt von **Dortmund** wurde eine Mahnwache abgehalten.

Frankfurt: Die Kampagne TATORT Kurdistan Hessen organisierte zusammen mit VertreterInnen des Kreisverbandes der Linken aus Frankfurt und anderen Organisationen in einem antimilitaristischen Bündnis eine gemeinsame Kundgebung mit anschließender Demonstration durch die Innenstadt.

In **Hamburg** fand eine Kundgebung am Hafen statt. Im Anschluss gab es eine Hafenrundfahrt zum Thema „Wasser als Ware, Wasser als Waffe".

In **Hannover** beteiligten sich AktivistInnen der Kampagne TATORT Kurdistan an der offiziellen Veranstaltung zum Antikriegstag des DGB Niedersachen.

Heilbronn: Über 100 Menschen folgten am 1. September 2010 dem Aufruf des DGB Heilbronn Region Nordwürttemberg und der Friedensbewegung Heilbronn zu einer Gedenkstunde und Kranzniederlegung im Innenhof des Heilbronner Rathauses. Einige AktivistInnen nutzten die Gelegenheit, um im Rahmen der bundesweiten Kampagne TATORT Kurdistan auf den von der BRD materiell und politisch unterstützen Krieg der türkischen Armee gegen die KurdInnen hinzuweisen.

In **Karlsruhe** fand eine Filmveranstaltung zum Thema „Tatort Kurdistan" statt.

In **Kiel** demonstrierten etwa 100 Menschen anlässlich des internationalen Antikriegstages.

Köln: Morgens gab es eine Aktion vor der STRABAG-Niederlassung wegen Beteiligung an den Munzurstaudammprojekten. Nachmittags fand eine Kundgebung auf der Domplatte statt.

In **Mannheim** wurde mit einer Transparentaktion auf den Aktionstag Bezug genommen.

In **Münster** wurde eine symbolische Trauerfeier gegen den Krieg der Türkei in den kurdischen Gebieten und für „Frieden – überall auf der Welt" durchgeführt.

In **Nürnberg** fand eine Kundgebung auf dem Aufseßplatz statt.

In **Vechta** wurde an einem Infotisch die Bevölkerung über die deutsche Beteiligung am Krieg in Kurdistan aufgeklärt.

In **Wuppertal** gab es einen Infotisch in der Innenstadt.

Selbstverwaltung und Quantenphysik im Kandil

Die Erfahrung der eigenen Kraft

Emma Sterk

Die Kandilberge sind ein Gebiet in Südkurdistan an der iranisch-irakischen Grenze, ungefähr 100 km südlich von der Türkei. In Kandil gibt es 48 Dörfer, die an der weitesten Stelle ca. 2 Stunden Autofahrt voneinander entfernt liegen. Die Region steht unter regelmäßigem Beschuss von Seiten der Türkei wie auch des Iran. Die kurdische Autonomieregierung zeigt keinerlei Initiative hinsichtlich des Aufbaus der Region. Vor einem Jahr hat sich die Bevölkerung in Kandil in einem ersten Versuch mit 42 VertreterInnen in einem Kommunalrat organisiert. Eine Reportage über deren Arbeit, deren Perspektiven, Schwierigkeiten und Erfolge.

Die Arbeiten für die Wahlen begannen vor drei Jahren. In allen Dörfern wurden Versammlungen einberufen, auf denen mit den DorfbewohnerInnen über die Wahlen, die Aufgaben der Gewählten und über den Sinn und Zweck von Selbstorganisierung diskutiert wurde. Die KandidatInnen für die Wahlen wurden von den jeweiligen Dorfversammlungen aufgestellt. Ein Rat bestehend aus 42 Personen wurde gewählt. Eine Geschlechterquote von 40 % ist angestrebt, wurde aber in dieser ersten Wahl noch nicht erreicht. Die Beteiligung von Frauen ist noch sehr schwach. Aber Ziel auch hier ist der Aufbau eines Frauenrates.

Die Arbeitsbereiche der Ratsmitglieder umfassen vier Kommissionen: Ökologie und Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung. Außerdem gibt es noch ein generelles Finanzkomitee, das sich mit dem Budget der Kommunalverwaltung beschäftigt.

Der Rat arbeitet darüber hinaus kontinuierlich mit der selbstorganisierten Struktur der zwanzig iranischen Flüchtlingsfamilien zusammen, die im Laufe des letzten Jahres aufgrund akuter Lebensgefahr aus dem Iran nach Kandil geflohen sind. Ein Flüchtlingsstatus wurde ihnen von Seiten des UNHCR noch nicht zuerkannt. Sie gelten für den Rat zwar als reguläre BewohnerInnen Kandils, sind aber, weil sie erst nach den Wahlen kamen, nicht weiter in der Struktur vertreten.

Die Bevölkerung hat denjenigen ihre Stimmen gegeben, die sie akzeptieren und für fähig halten. Die Zusammensetzung des Rates ist entsprechend bunt gemischt. Ratsmitglieder arbeiten parallel für die Patriotische Union Kurdistans (YNK) oder die Demokratische Partei Kurdistans (PDK), Mitglieder der islamischen und der kommunistischen Partei sind vertreten und auch mehrere Schechs (religiöse Vertreter). Als der Rat das erste Mal zusammenkam, gab es einige Spannungen. Im Laufe der Zeit haben die unterschiedlichen Mitglieder festgestellt, dass es möglich ist, gemeinsam für die Bevölkerung zu arbeiten und etwas auf die Beine zu stellen.

Der Jahresplan für die Arbeit des Rates wird zusammengestellt auf Grundlage der Wünsche, die zuvor in allen Dörfern gesammelt wurden. Seien es die Wünsche nach Straßen, Wasserversorgung, Sportplätzen oder Bildungszentren. Vieles davon lässt sich aufgrund der begrenzten finanziellen Ressourcen nicht umsetzen, aber alles im Bereich des Möglichen Liegende wird dafür getan.

> „Die grundlegende Philosophie unserer Arbeit ist die Quantenphysik. Es gibt viele Möglichkeiten, viele Zusammenstöße und vieles, was letztendlich dabei herauskommt.“
> Zitat eines Mitarbeiters der Kommunalverwaltung in Kandil

So wurde auf Initiative der Jugendlichen gemeinsam mit dem Rat in einem der Dörfer ein Volleyballplatz gebaut. Um weitere Unfälle auf den teils sehr unsicheren Straßen einzudämmen, wurden Verkehrsschilder aufgestellt. Zwei Baufahrzeuge wurden angeschafft, um das Straßennetz zu verbessern.

Eine der ersten Aktionen des Rates war es, Mülltonnen an den Straßenrändern aufzustellen, um der weiteren Vermüllung der Region entgegenzuwirken. An den Kontrollposten wurden Flugblätter verteilt, mit denen das Vermüllen der Landschaft ab sofort untersagt wurde. Der Unterschied zu vorher ist sichtbar, es ist kaum noch Müll zu sehen.

Knackpunkt Selbstorganisierung – Kernpunkt Bildung

Eigenverantwortung ist das A und O von Selbstorganisierung. Aber insbesondere zu Anfang der Arbeit war das Verständnis vieler vom Rat: „Das und das brauchen wir – los Heval, mach mal!“ Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung sind ein wesentlicher Teil dabei, diese Hal-

tung zu verändern. Und zum Teil hat an einigen Punkten schon ein Umdenken stattgefunden, mehr und mehr entwickelt sich ein eigenes Interesse oder der Wunsch nach Beteiligung. Aber die Utopie lässt sich an diesem Punkt nicht von heute auf morgen verwirklichen. Sie entsteht nicht aus sich heraus, sondern erfordert sehr viel Anstrengung und Überzeugungskraft.

Viele der BewohnerInnen Kandils waren lange Zeit oder sind eventuell noch als Peschmerga* tätig. Damit einher geht vor allem die Gewohnheit, wenig Eigeninitiative aufzubringen und ein monatliches Gehalt zu kassieren.

Es gibt jedoch einige positive Beispiele für die Beteiligung der Bevölkerung. Als einige Umweltschutzgesetze u. a. hinsichtlich des Abholzens lebender Bäume oder des Fangens von Fischen und Vögeln verabschiedet wurden, reagierten viele der DorfbewohnerInnen erstmal ablehnend. Sie bräuchten das Holz ... Durch Diskussionen und kontinuierliche Bildungsarbeit unterstützen nun mehr und mehr BewohnerInnen diese Regeln. Sie finden es richtig, dass bestimmte Dinge geschützt werden. Jedoch gibt es Schwierigkeiten, die Leute langfristig in die Arbeit einzubinden. Während sporadisch immer wieder mal mit angepackt wird, herrscht darüber hinaus noch immer die Einstellung, Arbeit müsse auch entlohnt werden.

Kommunalrat versus Regionalregierung

Die Ratsstruktur wird von der Regionalregierung nicht anerkannt. Die Bevölkerung und die Arbeit des Rates werden regelmäßig von Seiten der PDK behindert und unter Druck gesetzt. Kandil gehöre doch gar nicht zu Südkurdistan, musste sich eine Delegation des Rates anhören, die sich bei der Regionalregierung für den Wunsch eines Dorfes nach dem Bau einer Moschee einsetzte. Für viele der DorfbewohnerInnen, die jahrelang als Peschmerga gearbeitet haben und die Regierung in allen Kämpfen unterstützt haben, kommen solche Äußerungen überraschend.

Als 2008 bei den Luftangriffen Häuser zerstört wurden, kam die Bevölkerung zusammen und gab im Namen der Kommunalverwaltung eine Presseerklärung ab. Nachdem diese im Fernsehen ausgestrahlt worden war, rief die PDK einzelne Ratsmitglieder zu sich und bedrohte sie. Es gab Vorwürfe wie: „Ihr seid in die Fänge der PKK geraten, lasst euch nicht instrumentalisieren." Die Ratsmitglieder wurden dazu aufgefordert, von den Strukturen Abstand zu nehmen.

Medikamente für das Volkskrankenhaus werden an den Kontrollposten teilweise beschlagnahmt. Eine Ärztin, die es in der Arbeit unterstützen wollte, wurde auf dem Weg nach Kandil an dem Kontrollposten nicht durchgelassen, sie musste umkehren. Ein anderer Arzt wurde festgenommen und gefoltert.

Erste Projekte auf dem Weg in die ökonomische Unabhängigkeit – Pilzplantagen im Kandil

Einen der ersten Schritte hinsichtlich ökonomischer Perspektiven und Alternativen zum Bestehenden verkörpern die in diesem Jahr neu aufgebauten Pilzplantagen. Die Idee war aus der Bevölkerung gekommen. Sie wurde ausgearbeitet und dem Kommunalrat vorgelegt, der das Projekt bewilligte. Zunächst hat kaum jemand daran geglaubt, dass dabei etwas herauskommen würde. Verantwortung übernommen haben diejenigen, die bereits aktiv in den Ratsstrukturen mitarbeiten.

Von der Kommunalverwaltung gab es eine Anfangsfinanzierung. Die Koordination für das Projekt wurde von einer aus dem Iran kommenden Flüchtlingsfamilie übernommen und von einem Ratsmitglied begleitet. Bücher über Pilzzucht wurden aus dem Iran organisiert und den beteiligten FreundInnen übersetzt.

Zum Erstaunen aller hat die erste Produktion sehr gut funktioniert. Die Nachfrage war letztlich größer als das Angebot, woraufhin die Produktion auf zwei weitere Standorte ausgeweitet wurde. Ab dem Punkt, an dem etwas produziert und verkauft wird, fließen 50 % des Ertrags an die Kommunalverwaltung und 50 % an die ProduzentInnen selbst. Sobald die Auslagen abgeglichen sind, fließen 30 % an die Kommunalverwaltung und 70 % an die ProduzentInnen. Entsprechend dieser Verteilung wurden auch zwei kleine Läden aufgebaut.

Auf lange Sicht sind sicherlich andere Projekte nötig. Eines der Ziele der Kommunalverwaltung ist es, auf den Aufbau von Kooperativen hinzuarbeiten. Es hat in einigen Dörfern Gespräche mit den BäuerInnen darüber gegeben. Dabei ging es darum, ob an Stellen, an denen die Böden in hohem Maße parzelliert sind, eine Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung oder eine gemeinsame Produktion möglich wäre. Es gab einige positive, aber auch ablehnende Reaktionen.

Die Pilzproduktion war ein erster Ansatz für alternative Einnahmequellen und für die Erfahrung, aus eigener Kraft, mit dem, was sie produzieren, auch leben zu können. Darüber hinaus geht es auch darum, die bestehende Tradition, Peschmerga zu werden, vom Staat Lohn zu beziehen, lohnabhängig zu werden, zu durchbrechen.

Ein Projekt im Bereich Honigproduktion ist in Vorbereitung

Die ökonomische Frage ist gleichzeitig auch eine politische Frage. Die Regionalregierung weiß, dass sie, wenn zur politischen Selbstverwaltung auch die ökonomische Unabhängigkeit kommt, ihre Macht verliert. Daher wird sie auch weiterhin über alle möglichen Wege diese Abhängigkeit aufrechtzuerhalten versuchen.

Ein erster Schritt in Richtung Selbstorganisierung ist getan. Und es geht weiter. Die Wechselwirkung der Prozessteilchen wird ihr Übriges tun.

Es gibt Unterstützungsbedarf in Kandil: Gesucht wird anleitendes Fachpersonal für den Umgang mit und die Wartung von Baufahrzeugen (Planierraupe und Bagger) sowie technische Unterstützung z. B. beim Brückenbau (IngenieurInnen, StatikerInnen). ♦

* Peschmerga sind bewaffnete kurdische Kämpfer der PDK und der YNK. 2007 wurde ihnen von der US-Armee die Zuständigkeit für die Autonome Region Kurdistan übertragen.

Doktor Medya über den Alltag in den Kandilbergen

Kandil soll entvölkert werden, aber die Bevölkerung will nicht gehen

Ein Brief aus Kandil

In den Dörfern und auf den Hochalmen in den Kandil-Bergen in Südkurdistan wird die gesundheitliche Versorgung durch ein kleines Ärzteteam gewährleistet. Medya ist eine des Teams. Sie lebt seit mehr als 17 Jahren in Kurdistan. Als gelernte Altenpflegerin ging sie in die Berge – jetzt wird sie von der Bevölkerung liebevoll Doktor Medya genannt. Die von Medya und dem kleinen Ärzteteam kostenlos angebotene medizinische Versorgung beinhaltet auch die Aufklärung über Hygienemaßnahmen. An Freunde und Freundinnen in Deutschland schrieb sie diesen Brief, den wir auszugsweise veröffentlichen.

„(…) Ich arbeite in der kleinen Dorfpraxis. Es kommen schon viele Patienten, so dass wir manchmal von morgens bis spät abends ohne Pause durcharbeiten. Viele Patienten kommen auch aus den umliegenden Kleinstädten. Jedoch könnten wir noch mehr ausrichten, wenn wir einen fahrbaren Untersatz hätten, oder mehr Medikamente, damit wir noch mehr Patienten, auch die in den Zeltlagern, versorgen könnten. Die Arbeit in der Bevölkerung macht sehr viel Spaß. Wir haben jetzt einen Gemeinderat, jedes Dorf hat seinen Vertreter gewählt. Jedes Dorf hat die Wünsche an die Gemeinde aufgeschrieben. Wie z. B. Ausbesserung eines Weges, Bau einer Brücke usw. Da gibt's also viel zu tun. In Kandil gibt es jetzt einen Kinderspielplatz, auf dem Weg Mülltonnen, Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, zwei Vorschulen, ein Projekt der Fischzucht und ein anderes mit der Aufzucht von Pilzen. Für Frauen werden Nähkurse, für Mädchen Computerkurse angeboten. Für die Jugend wurden ein Volleyballplatz und ein Ping-Pong-Salon aufgebaut. Es gibt eine Bücherei im Jugendzentrum. Ja, Kandil hat sich sehr verändert. Im Frauenzentrum werden neben den Nähkursen auch Seminare und Versammlungen abgehalten.

Kandil ist also nicht mehr eine Gegend mit kleinen schmutzigen Dörfern, die ab und zu bombardiert werden, in der man sich in der Nacht nicht getraut hat, auf die Straße zu gehen. Nein, die Bevölkerung nimmt nicht mehr bei jedem Luftangriff Reißaus und hat gelernt, die Interessen der Gemeinschaft zu verteidigen – und das ist gut.

Natürlich ist das erst der Anfang, es gibt noch sehr viel zu tun. Vor allem für die Rechte der Frauen muss noch stärker und umfangreicher gekämpft werden.

In den letzten Wochen gab es vereinzelte Angriffe mit Mörsern seitens des Irans und Luftangriffe der Türkei, wobei die Zivilbevölkerung großen Schaden erlitten hat. Der Verlust eines Beines, des Lebens, des Hauses oder der Einkommensquelle trifft die Menschen stark, und wir sind bemüht, uns um sie zu kümmern. So gingen wir letztens in das Zeltlager der ausgebombten Flüchtlinge von Kandil. Es war sehr schlimm zu sehen, wie die Menschen dort leben. Einfach aneinandergereihte Zelte ohne Abstand, bei schwellender Hitze ohne Schatten, an einem Fluss, ohne Grün (Baum oder Pflanzen). Die Menschen trinken aus dem Fluss, in dem die Kinder baden, in dem sich gewaschen wird, in dem Kleidung und Geschirr gewaschen wird. Einen ganzen Tag lang habe ich 84 Personen untersucht. Kurz, ein Anblick der Trostlosigkeit. Wenn ich mir dagegen die Schönheit der verlassenen Dörfer vor Augen halte, fühle ich mich noch schlechter. So blieb mir nichts anderes übrig, als den Vorschlag an die Gemeinde zu machen, täglich 1–2 Wassertanker zu schicken, den Bau einiger Toiletten und Laubhütten, die Schatten spenden, anzuregen und behilflich zu sein. Außerdem ist es notwendig, die Zelte, die eng aneinandergereiht sind, ein wenig voneinander zu entfernen, damit im Falle eines Brandes das Feuer nicht von einem Zelt zum anderen übergreift. Zum anderen sollten diese Menschen so oft wie möglich besucht und betreut werden. All diese Vorschläge sind akzeptiert worden.

Ja, Kandil soll entvölkert werden, aber die Bevölkerung will Kandil nicht verlassen, und sobald einige Wochen kein Beschuss mehr stattfindet, sind einige Bewohner schon wieder auf dem Weg zurück ins Dorf. Sie sind mit ihrer Heimat sehr verbunden. YNK und KDP setzen alles daran, die Menschen in ihre kontrollierten Gebiete zu lenken, aber die Menschen haben absolut nicht den Wunsch dorthin zu gehen. So kam letztens der Gemeindevorsitzende von Sengeser mit Ärzten, Peşmergas, Polizei und Presse in das Zeltlager. Die Presse war übereifrig mit der Ankunft des Gemeindevorsitzenden beschäftigt, so dass keine Zeit blieb, mal die Menschen zu fragen, was passiert sei, wie es ihnen geht, was ihnen fehlt usw. Die Ärzte gingen in ein Zelt und nach 10 Minuten hagelte es Rezepte, die in vielen Kartons und Plastiktüten mitgebrachten Medikamente wurden auf den Boden ausgeschüttet und großartig verteilt, wobei nicht immer die Medikamente gemäß dem Rezept ausgegeben wurden. Die Polizisten, mit den Schlagstöcken in der Hand, äugten die Umgebung ab. Die Peşmergas umringten den Gemeindevorstand. Was für ein Aufzug, und das nur zu Propagandazwecken. Aber der Bevölkerung ist es nicht entgangen, und die Wut schäumt über.



Medya im Behandlungsraum in Kandil Foto: ANF

Schon am Tag zuvor wurde in Sengeser ein Theater gespielt, das verhindern sollte, dass im Namen der Flüchtlinge gesammeltes Geld auch wirklich die Flüchtlinge erreichte. So ließen sie hören, dass das Geld gestohlen wurde. Wild in die Gegend schießende Peşmergas prügelten später mit Waffenkolben auf die Menschen ein. Einem jungen Mann haben sie die Zähne ausgehauen und auf dem Bein, Rücken, Po und Schultern zeugen Platzwunden von der Schlägerei. Völlig absurd.

Für uns ist es die beste Möglichkeit zu erklären, warum es keinen Sinn hat, einen Staat aufzubauen, der dann wieder das Volk unterdrückt, auch wenn es ein kurdischer Staat ist. So kann man besser auf die Wichtigkeit einer demokratischen Kultur mit Gewissen und Moral der Gesellschaft hinweisen. In solchen Fällen wird der Unterschied besser verstanden. Schade ist es, dass erst etwas Schlimmes passieren muss, bis die Menschen verstehen.

Was die Verhältnise der hier lebenden Menschen betrifft, ich bin erstaunt zu sehen, wie sie leben. Ich kam in ein Dorf zur Untersuchung und Behandlung der Bevölkerung. Die Gemeinde hatte gerade den Weg zum Dorf ausgebessert. Jedoch im Dorf gibt es keinen Strom, keine Toiletten, keine Schule, keinen Lehrer, keine Praxis, keinen Arzt, keinen Laden und im Juli trocknet die Wasserquelle aus. Damit ist die Bevölkerung gezwungen, mit den Tieren auf die Hochalmen zu ziehen. Aber eben diese Hochalmen liegen unter Mörserbeschuss seitens des Irans. So bleibt der Bevölkerung die Wahl zwischen dem Tod durch Mörserbeschuss oder andererseits durch Verdursten. Es ist hart, aber Realität. So machten wir wieder einen Vorschlag an unsere Gemeinde, doch mal einen Brunnen zu bohren oder von weiter her Wasser in ein Becken zu leiten und von dort ins Dorf zu leiten. Ihr seht, es gibt hier viel zu tun. Es ist nicht nur der Krieg, es geht vielmehr darum, das eigene alternative System aufzubauen, den Menschen richtig zu dienen und sie zu lehren, ihre eigenen Probleme besser zu lösen, damit sie nicht immer von anderen abhängig sein werden.

Die im Dezember 2007 seitens der türkischen Luftwaffe zerstörte Volksschule liegt immer noch in Schutt und Asche. Man weiß nicht, wo man anfangen und wo aufhören soll. Der Aufbau solcher Gebäude, Brücken, Straßen usw. kostet natürlich ne Stange Geld. Damit sich auch die Bevölkerung am Aufbau beteiligt, sind wir ständig am Aufrufen. Ja, das so weit von den neuen Arbeitsbereichen in Kandil.

(…)

Wenn ihr diesen Brief lesen werdet, hoffe ich, dass auch zwischen den Zeilen gelesen wird. Die Projekte in Kandil sind Ansatzpunkte, die z. T. Unterstützung von außen brauchen. Es läuft, aber mit Hilfe kann es besser laufen. Im Internationalismus hat es in der Geschichte schon sehr viel Mithilfe gegeben bei Projekten wie Kaffeeanbau, Aufbau von Institutionen usw. Das wäre ein Punkt, an dem auch deutsche Freunde und Freundinnen teilnehmen können. Zum anderen ist es auch ein wirksames Mittel, solche Projekte vorzustellen, die ja auch bezeugen, dass wir mit Terrorismus nicht viel am Hut haben. (…)“

Sommer 2010

Wer Medya und das Ärzteteam unterstützen möchte, kann sich an die Kurdistan-Hilfe e.V. in Hamburg wenden. Für die Verbesserung ihrer Arbeit möchten sie sich ein Auto anschaffen sowie weiteres für die medizinische Versorgung notwendiges Material. Geldspenden sind von daher erwünscht. Die Kurdistan-Hilfe ist ein gemeinnütziger Verein. Auf Wunsch können Spendenbestätigungen ausgestellt werden.

Kurdistan-Hilfe e.V.
Zweck: Gesundheitsprojekt im Kandil
Hamburger Sparkasse
Konto-Nr. 1049222704
BLZ: 20050550

Kontakt:
Kurdistan-Hilfe e.V.
Ottensener Hauptstraße 35
22765 Hamburg
http://kurdistanhilfe.de/
E-Mail: helddoc@aol.com

Seit meinen Kindertagen liebe ich es sehr zu malen ...

… eine große Wut auf alle Unterdrückungsverhältnisse

Interview mit der kurdischen Künstlerin Serpil Odabaşı

KR: Sie kommen aus Amed (Diyarbakır), inwiefern spiegelt sich Ihre persönliche Geschichte in Ihrer Kunst wider?

Serpil Odabaşı: Ja, ich bin in Amed (Diyarbakır) geboren und habe meine Grund- und Mittelschule dort abgeschlossen. Allerdings wurde meine Familie nach dem Militärputsch von 1980 versprengt und ich lebte für jeweils kurze Perioden in verschiedenen Städten wie Çankırı, İzmir oder Adana. Als ich 18 war, zog ich zum Studium nach Ankara. Ich bin ohnehin schon in einem politisch bewussten Haushalt aufgewachsen und die Atmosphäre in Amed (Diyarbakır) politisierte mich schon in den frühen Jugendjahren. Dies, aber auch verschiedene Diskriminierungen, die ich außerhalb von Amed (Diyarbakır) erlebte, prägen meine Werke.

Wie und warum haben Sie mit der Kunst angefangen? Woher nehmen Sie Ihre Inspirationen?

Seit meinen Kindertagen liebe ich es sehr zu malen, vielleicht hatte ich auch das Bedürfnis, einen Weg, mich auszudrücken, zu finden. Als später meine Brüder wollten, dass ich ein Fach wie Zahnmedizin studiere, habe ich mich durchgesetzt mit meinem Wunsch, Malerei zu studieren. Alles Weitere ergab sich dann. Ich entschied mich dafür, meine Erlebnisse auf diese Weise aufzuzeichnen. Dieses Bedürfnis entstand aus meinem eigenen Leben heraus; wenn man schreit, hört es niemand; ohne zu schreien oder jemandem zu schaden, war dies für mich vielleicht der einzige Weg.

Ihre Kunst reflektiert die politische Lage und die Menschenrechtsverletzungen in Ihrer Region. Sie thematisieren patriarchale Gewalt, Sexismus, Militarismus und Kapitalismus, können Sie uns über Ihre Motivationen Auskunft geben? Wie sind die Reaktionen in der türkischen und der kurdischen Gesellschaft? Wie diskutieren Männer und Frauen Ihre Kunst?

Die Tragödie in dieser Region ist schwer und die kurdische Frage ist das größte Problem dieses Landes, die Dörfer, die verbrannt und niedergerissen werden, die Menschen, die gefoltert werden, die Morde unbekannter Täter, die Säurebrunnen, die Assimilation, die Verleugnung, die Migration und die mit der Zwangsmigration auftretenden Traumata, diese Fragen sind hochexplosive Themen. Aber auch wenn ich keine Kurdin wäre, würde das nichts ändern, es gibt hier eine blutende Wunde, wie ein Bein mit Wundbrand, über diese Situation könnte ich sogar neue Wörter erfinden …

Und natürlich nimmt diese Tragödie ihren Platz in meinen Bildern ein. Ja, sicher beziehe ich mich auch auf den Kapitalismus, das Patriarchat und den Militarismus, denn ich bin Opfer von alldem, denn ich bin eine Frau. Und um nur ein Beispiel zu nennen, einer meiner Schulfreunde wurde auf offener Straße angeschossen und gelähmt, anschließend starb er. Der Kapitalismus entspricht weder dem Menschen noch der Natur, Millionen Menschen leben in Hunger und ohne Obdach, natürlich verspüre ich eine große Wut auf alle Unterdrückungsverhältnisse und dies reflektiert sich in meinen Werken und Ausstellungen. Alle die Unterdrückungsmechanismen, die unser Leben bestimmen, sind nicht unabhängig voneinander. Es sind Kräfte, die aufeinander aufbauen. Natürlich erlebe ich mit alldem insgesamt Probleme.

Die Reaktionen, die ich aus oppositionellen Kreisen erhalten habe, waren generell sehr positiv, darüber war ich sehr erstaunt, denn dies bedeutet, es hat eine solche Lücke gegeben. Ich bekomme Dankes- und Unterstützungsmeldungen. Von Menschen, die sich für Kunst interessieren, und solchen ohne Interesse und dem Umfeld erhalte ich sehr schöne Reaktionen. Manchmal gibt es aber auch negative Reaktionen, vor allem von Menschen, die sich als „Nationalisten" begreifen, von einigen wurde ich bedroht. Ich habe ernsthafte Probleme erlebt und erlebe sie immer noch. Sie alle darzustellen ist unmöglich, mit dem, was sie in der Grundschule auswendig gelernt haben, machen sie Politik oder glauben sie zumindest, dies zu tun. Ihre Lebenseinstellung beschränkt sich auf das, was sie von einer A4-Seite auswendig gelernt haben, und sie bezeichnen jegliche Diskurse außerhalb den eigenen als „verräterisch" oder „niederträchtig".

Ihre Themen sind in der Türkei oft mit Repression belegt, haben Sie Repression im Zusammenhang damit erfahren?

Ich bin kein Mitglied irgendeiner Gruppe, Stiftung oder Organisation, ich habe eine vollkommen zivile Haltung, ich mache nur meine Arbeit, aber das ist für viele schon unerträglich.

Ja, ich habe Drohungen erhalten, wie „Frau Künstlerin, benutze deinen Verstand“, es gibt Kreise, die durch meine Existenz beunruhigt sind und dies zeigen, unter denen, die sagen „das ist eine Terroristin“, gibt es Menschen, die mich nie kennen gelernt haben und pausenlos über mich sprechen. Wie ich gesagt habe, die meisten von ihnen nennen sich als „Nationalisten“, von meinem Hausbesitzer bis zum Lebensmittelgeschäft hin werden Gerüchte dieser Art verbreitet. Das erschwert mein Leben natürlich sehr. Ich möchte, um Geld zu verdienen, Malkurse geben, plötzlich sagen sie ab, danach höre ich andere Dinge. Der Preis, in diesem Land ein Mensch zu sein, insbesondere in der Opposition, ist ziemlich hoch, ich wusste all dies, als ich die Reise in diese Richtung angetreten bin. Denn wenn ich ruhig zuhause säße und nichts machte, würde mir auch weh getan werden, wenn es sowieso so ist, dann soll es sich wenigstens lohnen.

Aile Saadeti – Familienglück
Weitere Bilder von Serpil Odabaşı unter http://srpl.info

Was denken Sie über die aktuelle Menschenrechtslage in der Region? In der EU werden die Reformen der AKP viel diskutiert und insbesondere die Veränderung des Jugendstrafrechts wird positiv bewertet. Haben diese Änderungen den Kindern irgendetwas Gutes gebracht?

Ja, in der Phase der Annäherung an die EU wurde versucht, Schritte für Verbesserungen einzuleiten – ich halte diese aber für vollkommen unzureichend, die Tragödie der Region setzt sich fort und verschärft sich sogar. Soweit ich weiß, wurden 56 Kinder und Jugendliche [*aus der Haft*] entlassen, aber die Situation der anderen dauert an und die Änderungen blieben völlig unzureichend.

Wir haben gehört, dass Sie an einer Kampagne für die inhaftieren Kinder teilgenommen haben. Können Sie uns etwas über diese Kampagne berichten?

Ja, ich habe mit verschiedenen Aktivitäten versucht, für Gerechtigkeit für die Kinder einzutreten, die Opfer des Antiterrorgesetzes sind; eine der Aktivitäten war eine Ausstellung in Istanbul, mit Bildern, die ich für diese Kinder gemalt habe, später war ich mit dieser Ausstellung in Wan (Van) und in Colemêrg (Hakkari).

In Wan (Van) fand die Ausstellung auf der Straße statt. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten sie. In Colemêrg (Hakkari) wurden die Bilder dann zum Wohl der von Repression betroffenen Kinder verkauft. Sie waren sofort ausverkauft. Der Gewinn wurde den Kindern geschickt. Das Interesse in Colemêrg (Hakkari) war sehr groß. Die Ausstellung traf auf besonderes Interesse bei Grund- und MittelschülerInnen. Ich hatte dort die Möglichkeit, mit durchschnittlich 150 Kindern am Tag zu sprechen. Diese Ausstellung war diejenige, die meinen Horizont am meisten erweiterte und mich emotional am meisten bewegte.

Die Initiative für Gerechtigkeit für die Kinder, die Opfer des Antiterrorgesetzes geworden sind, brachte das Thema mit ihrem intensiven Engagement in einer breiten Kampagne auf die Tagesordnung.

Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Öffentliche Organisierung unter Bedrohung durch Todesschwadronen

Kolumbien: Ein „Plan de Vida" gegen den „Plan Colombia"

zendero

Die Geschichte Kolumbiens ist eng verknüpft mit Simón Bolívar, auf den sich die Bolivarianische Revolution in Venezuela heute beruft. Im 19. Jahrhundert versuchte er, die Staaten Südamerikas unter dem Dach Kolumbiens zu vereinigen. Obwohl dies mit Ecuador, Venezuela und Kolumbien kurzzeitig gelang, zerfiel es schon bald wieder in drei Teile, bis heute. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sorgte die US-Regierung für die Abtrennung des Nordens zum „eigenständigen" Staat Panama – für den Bau des Panama-Kanals.

Die Region ist bis heute fest verankert im Interessensbereich der USA, der „Plan Colombia", unter Clinton umgesetzt, war ein gigantisches Militärprogramm aus dem Norden. Aktuell besteht die Absicht, US-Militärbasen in Kolumbien zu errichten.

Dennoch oder vielleicht auch gerade deshalb liegt das Land seit 1948 im Bürgerkrieg: Nach der Ermordung des Präsidenten, der Land- und Sozialreformen durchgesetzt hatte, versank Kolumbien in einer Welle von Gewalt, die innerhalb von nur fünf Jahren 80 000 Menschen das Leben kostete und viele Tausend Menschen in die ländlichen Randzonen vertrieb. Dies war die Geburtsstunde der Guerilla, wie den FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo; Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens / Volksarmee). Die zweite heute noch einflussreiche Gruppe, die ELN (Ejército de Liberación Nacional; Nationale Befreiungsarmee), gründete sich erst in den 80er Jahren.

Allgemein gilt Kolumbien als Experimentierfeld für moderne Kriegsführung, Sicherheits- und Wirtschaftskonzepte. Wie auch in einigen afrikanischen Konflikten hat sich über die Jahrzehnte eine „Kriegsökonomie" herausgebildet. Trotz anhaltender Operationen der Guerillas betreiben multinationale Frucht-, Öl- und Bergbaukonzerne profitable Geschäfte – neben der seit den 80er Jahren stetig anwachsenden Drogenökonomie.

Sie gehen Hand in Hand mit schwersten Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung, Einschüchterung und Massaker durch paramilitärische Einheiten. Sie sind Teil des Organisierten Verbrechens und verfolgen in erster Linie eigene, ökonomische Ziele; ihre Entstehung parallel zu den Drogenkartellen wurde auch von Staat und Konzernen gefördert, logistisch wie finanziell.

Parapolíticas – die Politik der Todesschwadronen

Lateinamerikanische Militärs werden an der „School of the Americas" (SOA) in Fort Benning/USA, 1996 umbenannt zu „Western Hemisphere Institute for Security Cooperation", seit Jahrzehnten ausgebildet für Staatsstreiche, Aufstandsbekämpfung und Bevölkerungskontrolle; nicht nur Foltertechniken sind Unterrichtsinhalt, sondern auch die Aufstellung von Paramilitärs: Die „Privatisierung" der Verbrechen gegen die Bevölkerung kann staatlichen Stellen nicht angelastet werden, die sie dann „verurteilen und bekämpfen". Die Fakten werden dennoch in ihrem Sinne geschaffen.

In Kolumbien ist der Paramilitarismus stark mit der offiziellen Politik verwoben. Gegen etwa 30 % der Parlamentsabgeordneten bestehen Aussagen wegen Beauftragung paramilitärischer Gruppen – selbst gegen den amtierenden Präsidenten Juan Manuel Santos und seine Familie. Die Überlagerung von staatlichen, wirtschaftlichen und paramilitärischen Interessen wird in Kolumbien mit dem Wort „Parapolíticas" beschrieben.

Die Paramilitärs haben eine starke Ökonomie aufgebaut, durch Schutzgelderpressung, Auftragsmorde, Landraub, Menschen-, aber vor allem durch Drogenhandel. Einer Schätzung nach ist der Umsatz durch Drogen fast doppelt so hoch wie die regulären Einnahmen der kolumbianischen Exportwirtschaft – also große Summen an Geld, die ohne Belege, d. h. abseits jeder demokratischen Kontrolle für die Durchführung beliebiger undemokratischer Projekte ausgegeben werden können.

Scheinbar im Widerspruch dazu beschloss 2005 die damalige Regierung von Álvaro Uribe, der ebenso den „Parapolíticas" nahesteht, ein Gesetz zur „Demobilisierung" der paramilitärischen Verbände und setzte eine Sonderstaatsanwaltschaft zur Untersuchung der Verbrechen ein – wohl in der Hoffnung, die Flut der Aussagen würde das Projekt zum Erliegen bringen und keine Resultate zeitigen.

Aber einem offiziellen Zwischenbericht von 2009 zufolge, beruhend auf Aussagen von über 3 000 Paramilitärs, sind in den letzten 20 Jahren über 25 000 Menschen durch Paramilitärs ermordet worden. Gesicherte Zahlen beziffern die getöteten GewerkschafterInnen mit 223 Personen, die Gewerkschaften selbst sprechen jedoch von 2 200 Ermordeten. Dies verdeutlicht in etwa die Dunkelziffern dieser Untersuchung.

Resultat der „Demobilisierung" war der Übergang der geordneten paramilitärischen Verbände hin zu unabhängigen Banden

des Organisierten Verbrechens, die Vertreibungen nahmen sogar zu.

Kolumbien ist mittlerweile in der Welt bekannt für die hohe Zahl von Menschenrechtsverbrechen und die repressive Atmosphäre. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 70 % von Paramilitärs begangen werden, darunter fast alle Massaker an der Bevölkerung, weitere 20 % von der Guerilla, hauptsächlich in Form von Zwangsrekrutierungen und KindersoldatInnen, und etwa 10 % vom kolumbianischen Militär selbst. Dass diese Zahl möglicherweise zu niedrig angesetzt ist, zeigt das Beispiel der Ende 2008 bekannt gewordenen sogenannten Fälle der „Falsos Positivos", der gefälschten Erfolgsmeldungen.

Die „Falsos Positivos"

Im September 2008 kam ans Licht, dass eine Gruppe von Jugendlichen aus einem Armenviertel Bogotás mit einem Arbeitsangebot gelockt, ins Kampfgebiet gebracht und dort von Militärs erschossen worden war. Anschließend in Guerilla-Uniform gesteckt und fotografiert, strichen Soldaten die Prämien für getötete Guerillas ein. Diese Kopfprämien waren vom jetzigen Präsidenten Juan Manuel Santos, damals noch Verteidigungsminister, als Leistungsanreiz für Militärs ausgelobt worden.

Die Familienangehörigen glaubten der offiziellen Version der gefallenen Guerillas nicht und begannen eigene Untersuchungen, die ein Netz von Militärs hinter den Verbrechen aufdeckten. In der Folge wurden mehr als 1 200 Fälle dieser „Falsos Positivos" dokumentiert, Ergebnis offen. Die Opfer waren Sozial- oder Menschenrechts-AktivistInnen, GewerkschafterInnen, indigene VertreterInnen oder einfach nur unbequeme Personen, die auf diese Weise aus dem Weg geräumt wurden.

Die juristischen Konsequenzen dieser Taten sind gering oder sogar gleich null, auf Basis der Untersuchungen zum Paramilitarismus wurde bisher noch niemand verurteilt, das geraubte Land nicht zurückgegeben – insgesamt wurden durch Paramilitärs etwa 4 Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben, etwa 10 % der kolumbianischen Bevölkerung. Ausgerechnet nach der 2005 beschlossenen „Demobilisierung" kommt es zu den größten Vertreibungen vor allem meist indigener KleinbäuerInnen. Allein für das erste Halbjahr 2008 nennt das Anwaltskollektiv „Humanidad Vigente" eine Zahl von 270 000 Vertriebenen.

Ökonomie des Krieges

Der Journalist Raul Zelik betont, dass die meisten Vertreibungen nicht in Regionen des Krieges zwischen Guerilla und Militär oder Paramilitärs stattgefunden haben, sondern überwiegend in Gegenden, wo gar keine Guerilla aktiv sei. Insgesamt handelt es sich um 50 Millionen Hektar, eine Größe, die deutlich die Verquickung ökonomischer Interessen mit dem Paramilitarismus zeigt: Auf den Flächen der vertriebenen BäuerInnen werden unter anderem Palmölplantagen angelegt, für die Produktion von Bio-Diesel. Die BRD nahm in 2009 etwa 30 % des kolumbianischen Palmöls ab. Die Menschenrechtsverbrechen interessieren hierzulande niemanden, wenn genug Geld damit zu verdienen ist.

Alternative Organisierung in Kooperativen

Ein weiterer Grund für die Vertreibungen ist die vor allem in den Grenzregionen noch bis in die 60er Jahre zurückreichende Organisierung der KleinbäuerInnen in Kooperativen.

Im Zeichen demokratischer Prinzipien behindern sie die Ausbreitung des neoliberalen Kapitalismus. Mit dieser Form der Organisierung erreichen die Menschen ein hohes Maß an Eigenkontrolle über ihre regionalen Ressourcen – Wasser, Boden, Energie und Rohstoffe, aber auch über ihre Arbeitsbedingungen.

Adelso Gallo Toscano vom Kooperativen-Verband COAGROSARARE im Bundesstaat Arauca an der Grenze zu Venezuela besuchte im Sommer 2010 die BRD, um von der Situation vor Ort zu berichten:

Menschen, die durch den Bürgerkrieg vertrieben in den 50er Jahren nach Arauca kamen, bauten mithilfe der damaligen Regierung kleine landwirtschaftliche Kooperativen auf. Die Schuld an der Vertreibung und Enteignung der dort ansässigen indigenen Bevölkerung durch die Flüchtlinge ist heute ein schmerzliches Thema, der sich die Menschen bewusst sind und durch demokratische und ökologische Konzepte, angelehnt an die indigene Kultur, anzunehmen versuchen.

Sie verstehen sich als soziale Organisation, als „Plan de Vida" – Lebensplan, wie sie es nennen –, ein Rückgriff auf eben jene indigenen Kulturen, die sie verdrängten, eine Sicht, die umfassend sein möchte: Es geht um „Gleichgewicht" – „Das gebrauchen, was da ist, ohne dass die Gesellschaft mit der Zeit Mangel hat", sagt Adelso.

Trotz Repression und Spaltungsversuchen von Regierung, Militär, Paramilitärs oder Konzernen hat sich um die Stadt Saravena ein kleines Netz an kooperativer Ökonomie etabliert. Der ganze Stolz ist das kooperative Wasserversorgungsunternehmen ECAAS, das die Gegend mit günstigem und qualitativ hochwertigem Trinkwasser versorgt. Es wird durch einen Rat geführt, in den die VertreterInnen von der örtlichen Bevölkerung gewählt werden. Für das Unternehmen arbeiten etwa 50 TechnikerInnen und IngenieurInnen. Der Gewinn bleibt in der Hand der Kommune, ein fester Teil dient als Mittel für soziale Projekte.

Weitere Kooperativen bestehen im Bereich Produktion und Konsum, Transport, Kommunikation und Bildung. Letztere existiert nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für die Erwachsenen in Form von Alfabetisierungskursen und beruflicher Weiterbildung.

In den letzten Jahren gab es mehrere Anschläge auf die Büros der Organisation und von ECAAS, regelmäßig werden Menschen in Saravena erschossen, Einschüchterungen aus dem Nebel. „Unsere Organisation ist öffentlich, unsere Aktivitäten sind auf der Straße, in der Öffentlichkeit. Es ist der Vorschlag eines konkreten Weges."

Nach einer kurzen Pause sagt er: „Offensichtlich begeben wir uns in ein Risiko. Aber man muss daran arbeiten." Weltweit, möchte man dem hinzufügen. ♦

Das jüngst auf Deutsch erschienene Werk von Abdullah Öcalan

„Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“



Rezension von Elmar Millich

Das leider jetzt erst ins Deutsche übersetzte Buch „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ erschien im Original 2004 in einer Zeit der bisher größten Umbrüche in der kurdischen Befreiungsbewegung. Nach der Aufgabe des bisherigen Selbstverständnisses der PKK als marxistisch-leninistische Kaderpartei fanden intensivste Diskussionen über einen demokratischen ideologischen und organisatorischen Neuaufbau statt, die dann zur Gründung des KONRGA-GEL als Prinzip einer basisdemokratischen Rätestruktur führten. Die Eingabe von Öcalan [*an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte*] hatte auf diese Entwicklung maßgeblichen Einfluss.

Als roter Faden durch die verschiedenen Kapitel des Buchs zieht sich eine konsequent antietatistische Position, die den Staat nicht als Lösung, sondern als Quelle allen Übels sieht. Wie schon in Öcalans vorher erschienenem Buch „Gilgameschs Erben“ wird in einer historischen Analyse der Übergang von der matriarchalischen neolithischen Gesellschaft zum sumerischen Priesterstaat als „Modell“ aller Staats- und Klassenbildungen untersucht, an dessen Anfang die Unterdrückung der Frau stand. Nachdem der Staat einmal als Institution geschaffen war, gelang es ihm laut Öcalan durch alle geschichtlichen Epochen hindurch, progressive soziale Strömungen wie etwa das Christentum und die sozialistische Arbeiterbewegung zu neutralisieren, indem diese nach revolutionären Umbrüchen ebenfalls zur „Staatsideologie“ erklärt wurden und ihr reaktionäres Potential entfalteten.

Über „Gilgameschs Erben“ hinausführend ist in dem Buch das Postulat einer Rückerinnerung an die natürliche Gesellschaft enthalten, in der die Menschheit den größten Teil ihrer Entwicklungsgeschichte in Form von Clans lebte und kommunale Werte teilte. Auf diese Rückerinnerung in der Form eines „kollektiven Unterbewusstseins“ im Sinne C. G Jungs baut Öcalan eine zweite Dialektik der Widerständigkeit auf, die sich im Lauf der Geschichte gegen die Allmachtsansprüche des Staats zur Wehr setzt, sei es im Rückzug auf mittelalterliche kommunale Klostergemeinschaften oder in der Form nicht integrierbarer Nomadenvölker. Der ökonomisch ausgerichteten materiellen Sichtweise des historisch-dialektischen Materialismus erteilt Öcalan eine Abfuhr, indem er den ideengeschichtlichen Auseinandersetzungen den gleichen Wert beimisst und Zwangsläufigkeiten in der geschichtlichen Entwicklung verneint.

In seiner sowohl historischen als auch aktuellen Analyse der Situation des Mittleren Ostens führt Öcalan die aktuelle Rückständigkeit der Region auf zwei Faktoren zurück: Zum einen die im Vergleich zu Europa nicht erfolgten Perioden der Renaissance und der Aufklärung, was zu einem vom Islam geprägten Verharren im Fatalismus führte. Zum anderen macht Öcalan aber auch die im Mittleren Osten, da dort historisch entwickelt, besonders stark ausgeprägte Rückerinnerung an kommunale Werte verantwortlich. Dies führt dazu, dass die Bevölkerung nach wie vor mehr auf „organische“ Zusammenhänge wie Ethnien und Familienclans setzt und für westliche Ideen von Staat und Individuum als Voraussetzung kapitalistischer Durchdringung nur schwer zugänglich ist.

Die aktuelle Bewertung der Situation und Entwicklung der Region muss mittlerweile sechs Jahre nach Erscheinen des Buchs als überholt gelten. Im Nachklang der durch die US-amerikanische Intervention im Irak erreichten relativen Unabhängigkeit der Kurden im Nordirak glaubten viele, dass nun wieder in einer Art geschichtlichen Zwangsläufigkeit die kurdische Frage im Rahmen des „Greater Middle East Project“ der USA auf der Tagesordnung stünde. Die Voraussage, dass sich die auf dem „Status quo“ beharrenden Nationalstaaten – insbesondere die Türkei, der Irak und Syrien – auf Druck der USA demokratisieren müssten, erwies sich in dieser Form als Wunschdenken. Diese Lektion hat die kurdische Bewegung mittlerweile gelernt und vertraut wieder mehr auf ihre eigene Stärke und Initiative.

Das Kapitel speziell über die kurdische Frage im Mittleren Osten dient hauptsächlich dem Brückenbau zur türkischen Gesellschaft. Auch wenn die Ideologie der PKK nie von rassistischem Hass auf „die Türken“ geprägt war, ist es Öcalan wichtig, anhand der Entstehungsgeschichte der türkischen Republik und der Einstellung Mustafa Kemals aufzuzeigen, dass es keine unüberbrückbaren Gegensätze dafür gibt, dass Kurden und Türken in einem gemeinsamen Staat leben, insofern sich dieser umfassend demokratisiert.

Im letzten Kapitel, das als „Selbstkritik der PKK“ überschrieben ist, geht es im Wesentlichen um zwei Aspekte: Zum einen wird schon wie in „Gilgameschs Erben“ ein „Bandentum“ innerhalb der PKK anfangs der 90er Jahre in Form sich verselbstständigender Guerillakommandeure für Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung und stalinistische Liquidationen innerhalb der eigenen Reihen verantwortlich gemacht. Wohltuend ist, dass Öcalan in seinem neuen Buch hierfür mehr Mitverantwortung übernimmt als in seinen vorherigen Ausführungen.

Grundsätzlicher ist aber die ideologische Kritik am damaligen Selbstverständnis der PKK als marxistisch-leninistische Kaderpartei. Analog zu anderen nationalen Befreiungsbewegungen wurde der Kampf um die „Macht“ absolut gesetzt. Dies führte zu mehr oder weniger rein militärischen Konzepten, während der Bezug auf die kurdische Zivilbevölkerung und der Aufbau demokratischer Strukturen und Widerstandsformen kaum auf der Tagesordnung standen.

Perspektiven

Für die europäische Linke möglicherweise interessanter als die bisher vorgestellten Analysen sind die von Öcalan in diesem Buch entwickelten Zukunftsvorstellungen. Grundlage bildet ein radikaler Demokratiebegriff, der sich nicht wie bei den westlichen Staaten auf Wahlen repräsentativer Vertreter beschränkt, sondern über ein basisdemokratisches Rätesystem eine ständige Mitwirkung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen auch in ökonomischer Hinsicht sicherstellt. Ebenso wichtig ist es Öcalan, dass die Menschheit wieder ein spirituelles Naturverständnis entwickelt, das der Ausbeutung von Natur und Menschen entgegensteht. Die größte Hoffnung für diese Umsetzungen sieht Öcalan in der Befreiung der Frau, die diese Werte nach seinen Vorstellungen trotz Jahrtausende währender Deformation noch verinnerlicht hat.

Bei der Beurteilung von Öcalans Vorstellungen ist es wichtig, sie nicht als alleinstehende Theorie, sondern in ihrer Auswirkung auf die realen Umsetzungen in der kurdischen Gesellschaft zu bewerten, aber auch ihre Übertragbarkeit aufgrund europäischer Erfahrungen zu hinterfragen. Mit ihrer Abkehr von einem kurdischen Nationalstaat und mit einer generell antistaatlichen Haltung hat die kurdische Bewegung mittlerweile Anschluss an die weltweite Antiglobalisierungsbewegung gefunden. Öcalan selbst bezieht sich auf die Bewegung der Weltsozialforen und fordert eine „supranationale Haltung“ anstatt „internationaler Solidarität früherer Zeiten“. Die im Folgenden aufgeworfenen exemplarischen Fragestellungen sind daher weniger als Kritik an Öcalans Konzepten zu verstehen, sondern als Herausforderungen an die gesamte weltweite linke Bewegung und daher auch mehr thesenartig:

- Auch wenn Öcalan zuzustimmen ist, dass mit der Gründung eines Nationalstaats allein kein emanzipatorischer Wert verbunden ist, zeigt die Erfahrung des 20. Jahrhunderts, dass Revolutionen, wenn sie nicht staatlich und militärisch abgesichert waren, von der Bourgeoisie binnen kurzer Zeit zu Fall gebracht wurden und die blutigsten Massaker folgten. Als Beispiel seien hier die deutsche Novemberrevolution 1918 und der Militärputsch in Chile von 1973 genannt. Besteht die berechtigte Hoffnung, dass durch die Globalisierung die internationale Gemeinschaft solche Massaker im 21. Jahrhundert nicht mehr zulässt? Wie können lokale Emanzipationsfortschritte global abgesichert werden? Ist das Konzept der Selbstverteidigung und des Schutzes der Bevölkerung, wie es von der kurdischen Guerilla praktiziert wird, tragfähig und übertragbar?

- Ist das Nebeneinander von staatlichen und rätedemokratischen Strukturen, wie es Öcalan vorschwebt, realistisch? Die gesamte europäische Staatstheorie, von Hobbes angefangen, beruht auf dem unteilbaren Gewaltmonopol des Staates. Gerade deshalb werden ja aktuell die KCK-Strukturen als demokratische Selbstorganisierung vom türkischen Staat massiv angegriffen. Auch in den westlichen Demokratien wird die Zivilgesellschaft nur so lange hochgehalten, wie sie ehrenamtlich den sozialpolitischen Ausputzer des kapitalistischen Systems spielt. Stellt sie sich gegen staatliche und unternehmerische Entscheidungen, kommt wie aktuell bei Stuttgart 21 schnell der Polizeiknüppel. Sind Elemente direkter Demokratie wie Volksentscheide und „Bürgerhaushalte“ Schritte auf dem Weg zum Ziel oder Beruhigungspillen, um radikalen Widerstand zu kanalisieren?

- Spannend ist auch die Dialektik von Individualismus und Kollektivismus. Öcalan attestiert den Menschen im Mittleren Osten einen Mangel an Individualismus und Selbstverantwortung, während der kapitalistische Westen an einer Überindividualisierung leide und emotional verarme. Wichtig ist hier auch die materielle Analyse. Die Sozialgesetzgebung Bismarcks hat erst den von der Familienstruktur einigermaßen ökonomisch unabhängigen „Staatsbürger“ geschaffen. Die aufgrund der 68er-Bewegung in Deutschland erfolgte notwendige Änderung des Scheidungsrechts zugunsten der Frauen hat die Auflösung von Familienstrukturen und die Individualisierung befördert – mag man das als Feministin begrüßen oder als Katholik bejammern. Wie löst die kurdische Bewegung aktuell diesen Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Geborgenheit und Freiheit?

- Unzureichend bleibt die Analyse Öcalans über den Realsozialismus. Er übernimmt hier den totalitarismus-theoretischen Ansatz und nimmt die unbestreitbare Unterdrückung des Individuums durch den Staat als alleinigen Gegenstand der Betrachtung. In seinen im vorliegenden Buch geäußerten ökonomischen Vorstellungen fordert Öcalan, bei der Produktion den Gebrauchswert und nicht den Tauschwert der Produkte in den Vordergrund zu stellen. Eben dies machte den zentralen Unterschied zwischen kapitalistischer und realsozialistischer Produktionsweise aus. Ohne eine ökonomische Analyse des Realsozialismus wird in Europa eine breitere Gesellschaft kaum für antikapitalistische Projekte zu gewinnen sein. Wie kann eine antikapitalistische, ökologische Ökonomie in den hochtechnisierten europäischen Ländern aussehen jenseits von VEB und Landkommune?

Wer die kurdischen Gebiete besucht, ist immer wieder erstaunt, mit welcher Kraft und mit welchem Optimismus die Gesellschaft versucht, die von Öcalan entwickelte Theorie in all ihren Aspekten über Außenpolitik, Demokratie, Frauenbefreiung und Kultur umzusetzen. In einem Umfeld, das fast vollständig zwischen islamischem Fundamentalismus und imperialistischer Abhängigkeit zerrieben wird, bilden Öcalans Ideen ein Fundament, auf dem die kurdische Gesellschaft gegen alle Widerstände versucht, ein emanzipatorisches Projekt aufzubauen. Wer diesen Optimismus verstehen will, sollte vor den 600 Seiten nicht zurückschrecken und Öcalans Buch lesen. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
18.10. Prozessbeginn gegen die 151 kurdischen PolitikerInnen in Amed
Foto: DIHA

Rückseite:
Cumartesi Annelerine Ithafen – Gewidmet den Samstagsmüttern, von der Künstlerin Serpil Odabaşı

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375